

Landeshauptstadt

Hannover

Der Oberbürgermeister

**LAGEBERICHT ZUR
STADTENTWICKLUNG**

2022



**HANNOVER IM DEUTSCHEN
GROSSSTÄDTEVERGLEICH**

Schriften zur Stadtentwicklung 143

Herausgeber: Landeshauptstadt Hannover
Der Oberbürgermeister
Dezernat für Stadtentwicklung und Bauen
Fachbereich Planen und Stadtentwicklung
Rudolf-Hillebrecht-Platz 1
30159 Hannover

Erarbeitung: Bereich Stadtentwicklung
Telefon: (0511) 168-44842
Fax: (0511) 168-45020
E-Mail: 61.5@hannover-stadt.de

Hannover, Juli 2023

Vorwort

Der diesjährige Lagebericht zur Stadtentwicklung steht im Zeichen der Auswirkungen der Coronapandemie auf viele stadtentwicklungsrelevante Themenbereiche im zweiten Corona-Jahr 2021. Die Zahlen des Jahres 2021 bilden wie die von 2020 im Vergleich zum Vor-Corona-Jahr 2019 die teilweise stark nachteiligen Effekte der Maßnahmen gegen die Coronapandemie ab März 2020 ab.

Auch auf den Stillstand der **Bevölkerungsentwicklung** – die Bevölkerung ist 2020 und 2021 im Großstädtevergleich erstmals seit der Volkszählung 2011 insgesamt nicht gewachsen – hatten die Maßnahmen zur Bekämpfung der Coronapandemie Einfluss, primär indem sie die Wanderungen verringerten.

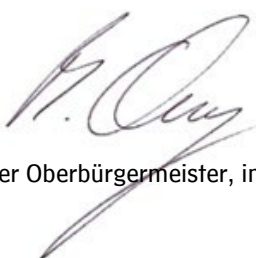
Auch das Thema **Wohnen** wird von Coronapandemie und Ukraine-Krieg beeinflusst: 2021 ist – trotz des Fachkräfte- und Baustoffmangels, gestiegener Preise usw. – die Zahl der Baufertigstellungen bundesweit mit 293.400 Neubauwohnungen nach 2020 der zweitbeste Wert seit Jahren bei einem leichten Minus gegenüber dem Vorjahr um 4,4 Prozent. In den Großstädten allerdings fällt der Rückgang mit 12,9 Prozent deutlich höher aus. Immerhin lässt sich für 2022 aus Sicht der Stadt Hannover vermelden, dass aufgrund der großen Baugebiete die Zahl der Baufertigstellungen mit über 2.800 ein neues Hoch erreicht hat.

Auf dem **Arbeitsmarkt** gab es 2020 nach Jahren sinkender Arbeitslosigkeit einen Anstieg der Arbeitslosenquote um knapp ein Viertel von 7,1 auf 8,8 Prozent im Großstädtevergleich. Bis Mitte 2021 ging die Arbeitslosenquote wieder zurück auf 8,3 Prozent und verbesserte sich weiter auf 7,5 Prozent Mitte 2022. Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) liegt auf Ebene der Großstädte für 2020 vor: Hier gab es erstmals seit vielen Jahren einen Rückgang, und zwar in allen 15 Vergleichsstädten.

In den **Innenstädten** sind die Passant*innenfrequenzen 2022 wieder deutlich höher als in den beiden stark durch Coronamaßnahmen geprägten Vorjahren 2020 und 2021. Verglichen mit 2019 sind die Passant*innenfrequenzen allerdings tendenziell niedriger: Über das ganze Jahr 2022 betrachtet war die Passant*innenfrequenz in Hannovers Georgstraße 8,5 Prozent geringer als 2019.

Im **Bildungssystem** ging die Zahl der Studierenden im Großstädtevergleich im Wintersemester 2021/2022 nach vielen Jahren des Wachstums erstmals – wenn auch minimal – zurück (-0,3 %). Nur in Berlin, Hamburg und Leipzig gab es mehr Studierende als im Vorjahr. Die Volkshochschulen hatten nach 2020 auch 2021 stark unter den Auswirkungen der Coronamaßnahmen zu leiden, was in den Statistiken zu Kursen und Teilnehmenden deutlich zum Ausdruck kommt.

Auch im **kulturellen Bereich** war das Jahr 2021 durch Corona geprägt: Die Zahl der Kinobesuche lag im Großstädtevergleich 2021 nur bei rund einem Drittel des Niveaus von 2019. In der Theaterstatistik der Spielzeit 2020/2021 sank insbesondere bedingt durch den zweiten, lange andauernden Lockdown ab November 2020 die Zahl der Veranstaltungen um zwei Drittel gegenüber der Spielzeit 2019/2020.



Der Oberbürgermeister, im Juli 2023

Inhaltsverzeichnis

Einleitung	7
-------------------------	---

Großstädtevergleich	9
----------------------------------	---

1. Bevölkerungsentwicklung	10
2. Wohnen	14
3. Arbeitsmarkt und Wirtschaft	20
4. Innenstadt - Einzelhandel	26
5. Sozialstruktur	30
6. Bildung und Ausbildung	40
7. Kultur und Freizeit	44
8. Verkehr	48
9. Tourismus	56
10. Öffentliche Sicherheit/Kriminalität	60
11. Finanzen	64

Anhang

Abbildungsverzeichnis

Schriften zur Stadtentwicklung

Einleitung

Die 15 größten deutschen Städte, die im Lagebericht zur Stadtentwicklung regelmäßig in verschiedenen Themengebieten verglichen werden, sind alle Städte Deutschlands mit einer Bevölkerung von über 500.000 Menschen sowie Duisburg mit 495.152 Einwohner*innen Ende 2021. Der Städtevergleich umfasst die Millionenstädte Berlin, Hamburg, München und Köln, weiterhin – in Reihenfolge ihrer Bevölkerungszahl – Frankfurt am Main, Stuttgart, Düsseldorf, Leipzig, Dortmund, Essen, Bremen, Dresden, Hannover, Nürnberg und Duisburg.

Wesentliche Datenbasis des Großstädtevergleichs sind die offiziellen Statistiken der Statistischen Landesämter bzw. des Bundes und der Länder.

Die Stadtverwaltung dankt allen, die sie bei der Erstellung des Lageberichts mit der Bereitstellung von Daten und Anregungen unterstützt haben, insbesondere den Mitarbeiter*innen der folgenden Statistischen Landesämter:

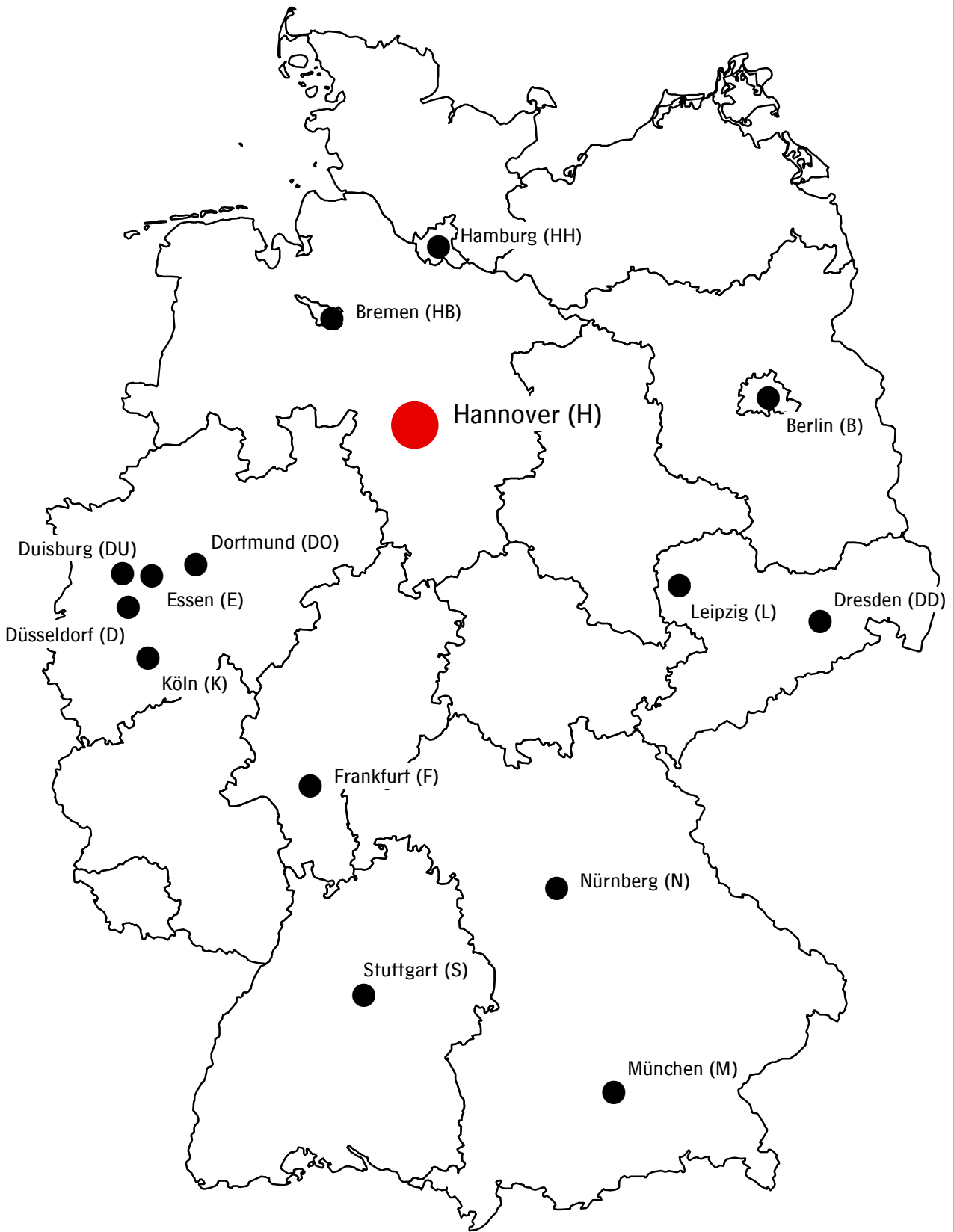
- Statistisches Landesamt Baden-Württemberg
- Bayerisches Landesamt für Statistik
- Amt für Statistik Berlin-Brandenburg
- Statistisches Landesamt Bremen
- Statistikamt Nord
- Hessisches Statistisches Landesamt
- Landesamt für Statistik Niedersachsen
- Information und Technik Nordrhein-Westfalen
- Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen

Als Datenquelle dienen teilweise auch die Online-Datenbank GENESIS-Online des Statistischen Bundesamtes (<https://www-genesis.destatis.de>) und die Regionaldatenbank Deutschland der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder (<https://www.regionalstatistik.de>) sowie die Homepages der einzelnen Statistischen Landesämter.

Weitere Datenquellen waren:

Allgemeiner Deutscher Fahrrad-Club (ADFC), Bundesagentur für Arbeit (BA), Bundesverband CarSharing e. V. (bcs), Consulting für Steuerung und soziale Entwicklung GmbH (con_sens), Deutscher Bühnenverein, Deutsches Institut für Erwachsenenbildung e. V. (DIE-Bonn), Filmförderungsanstalt FFA, GfK GeoMarketing GmbH, hystreet.com GmbH, Immobilienverband Deutschland (IVD), Krafffahrt-Bundesamt Flensburg, MLP Finanzberatung SE, Polizeiliche Kriminalstatistik (PKS), Arbeitskreis Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder (VGRdL) sowie die Geoinformation und die Statistikstelle der Landeshauptstadt Hannover (LH Hannover).

Städte für den Großstädtevergleich



GROSSSTÄDTEVERGLEICH

1. Bevölkerungsentwicklung

In diesem Kapitel werden folgende Aspekte der Bevölkerungsentwicklung im Großstädtevergleich bis einschließlich des Jahres 2021 untersucht: Die Gesamtentwicklung, die natürliche Entwicklung (Geburten und Sterbefälle) und die Wanderungen über verschiedene Grenzen.

Bisheriges Bevölkerungsmaximum in Deutschland 2021, im Großstädtevergleich 2019

Deutschland hatte Ende 2021 83,24 Mio. Einwohner*innen – ein historischer Höchststand. Im Großstädtevergleich lebten zeitgleich 14,53 Mio. Menschen, 0,1 Prozent weniger als Ende 2020 und 0,2 Prozent weniger als Ende 2019, als die 15 größten deutschen Städte ihren bisherigen Bevölkerungshöchststand von insgesamt 14,55 Mio. Menschen hatten. Vier Städte in Deutschland sind Millionenstädte: Berlin mit 3,68 Mio. Ew., Hamburg mit 1,85 Mio. Ew., München mit 1,49 Mio. Ew. und Köln mit 1,07 Mio. Ew. Von den Städten in der Größenklasse 500.000 bis 1 Mio. Menschen ist Frankfurt mit 759.200 Einwohner*innen die größte und Nürnberg (510.600 Ew.) hinter Hannover (535.900 Ew.) die kleinste. Duisburg mit seinen 495.200 Einwohner*innen ist ebenfalls Bestandteil des Großstädtevergleichs, da es bei Erstellung des ersten Lageberichts zur Stadtentwicklung Ende der 1990er Jahre noch deutlich über 500.000 Einwohner*innen besaß.

Größtes absolutes Wachstum seit 2011 in Berlin, größtes relatives Wachstum in Leipzig

Ende 2021 gegenüber Ende 2011, d. h. auf Basis der Volkszählung vom Mai 2011, wiesen die Ruhrgebietsstädte Duisburg (+7.700 Ew.), Essen (+13.500 Ew.) und Dortmund (+15.400 Ew.) das geringste Wachstum auf. Die größten Städte Berlin (+351.500 Ew.), Hamburg (+135.700 Ew.) und München (+122.800 Ew.) sind im Zehnjahreszeitraum am stärksten gewachsen. Auf Rang 4 folgt bereits Leipzig (+91.800 Ew. auf heute 601.900 Ew.), das mit 18,0 Prozent relativ deutlich die meisten Einwohner*innen hinzugewonnen hat (vgl. Abb. 1). Frankfurt hatte mit 12,2 Prozent das zweitstärkste Wachstum vor Berlin (+10,6 %), das geringste gab es relativ wie absolut in Duisburg (+1,6 %), Essen (+2,4 %) und Dortmund (+2,7 %). Hannover liegt beim absoluten Wachstum (+26.400 Ew.) auf Rang 10 und beim relativen Bevölkerungswachstum mit 5,2 Prozent auf Rang 9 des Großstädtevergleichs.

In allen Großstädten ist die Bevölkerungszahl in jedem Jahr gegenüber dem Stand von 2011 angestiegen, nur in Duisburg gab es in den ersten drei Jahren bis 2014 noch einen Rückgang.

2021 nur in vier Großstädten Bevölkerungsgewinne

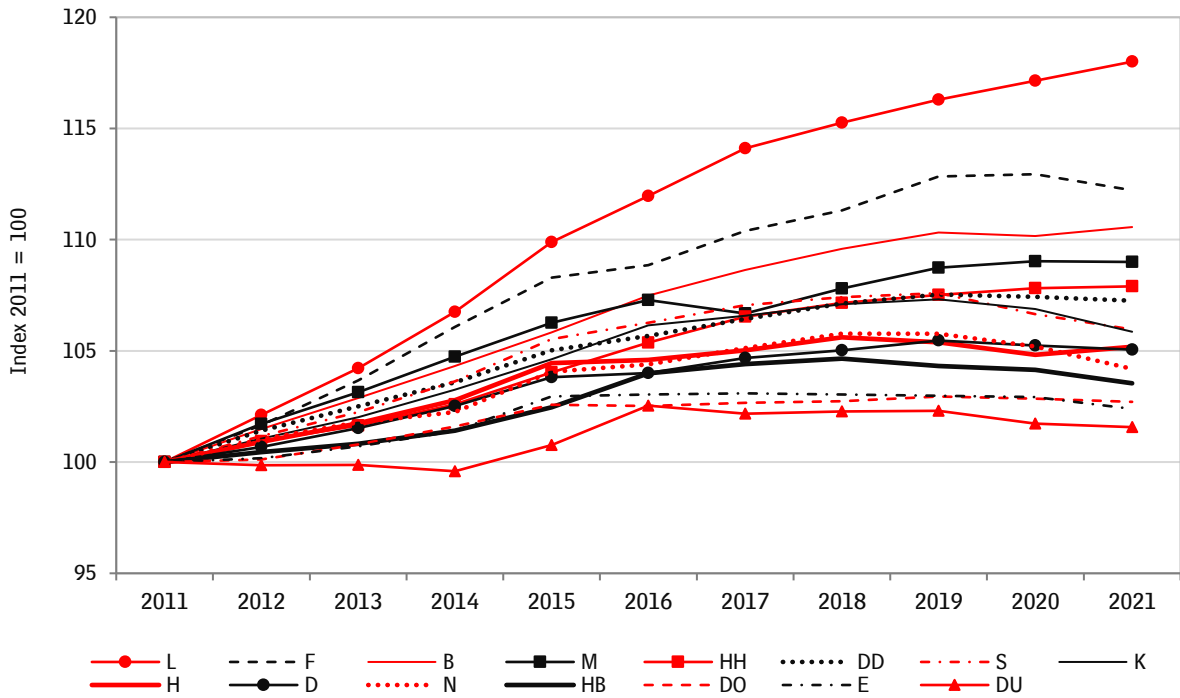
Betrachtet man nur das Jahr 2021, so hatten lediglich Berlin (+13.400 Ew.), Leipzig (+4.400 Ew.), Hannover (+1.900 Ew.) und Hamburg (+1.500 Ew.) Bevölkerungsgewinne zu verzeichnen. Die stärksten Abnahmen gab es in Köln (-10.400 Ew.) hinter Nürnberg und Frankfurt mit jeweils minus 4.900 Einwohner*innen (vgl. Abb. 2). Der Bevölkerungsverlust in Köln entstand vor allem durch deutliche Wanderungsverluste: Die Zahl der Fortzüge lag 2021 zwar wieder auf dem Vor-Corona-Niveau, die Zuzüge sind jedoch weiter gesunken.

Natürlicher Saldo in Deutschland durchgehend negativ, im Großstädtevergleich seit 2011 positiv

In Deutschland ist der Saldo aus Geburten und Sterbefällen in der Betrachtung seit 1995 durchgängig negativ gewesen. Den geringsten Sterbeüberschuss (gleichzusetzen mit einem Geburtendefizit) gab es 1997 mit 48.200, den zweitgeringsten im Folgejahr 1998 mit 67.300 weniger Geburten als Sterbefällen. Den höchsten Sterbeüberschuss gab es im aktuellen Betrachtungsjahr 2021: 795.500 Geburten standen erstmals über einer Million (1,02 Mio.) Todesfällen gegenüber. Der daraus resultierende Sterbeüberschuss von 228.200 Personen übertraf noch den bisherigen Höchstwert des Vorjahres 2020 von 212.400. Zwar liegt die Zahl der Geburten in Deutschland seit 2016 auf einem stabilen hohen Niveau – 2021 gab es mit 795.500 die drittmeisten Geburten seit 1995 –, die Zahl der Sterbefälle steigt aber weiterhin an.

Abbildung 1:

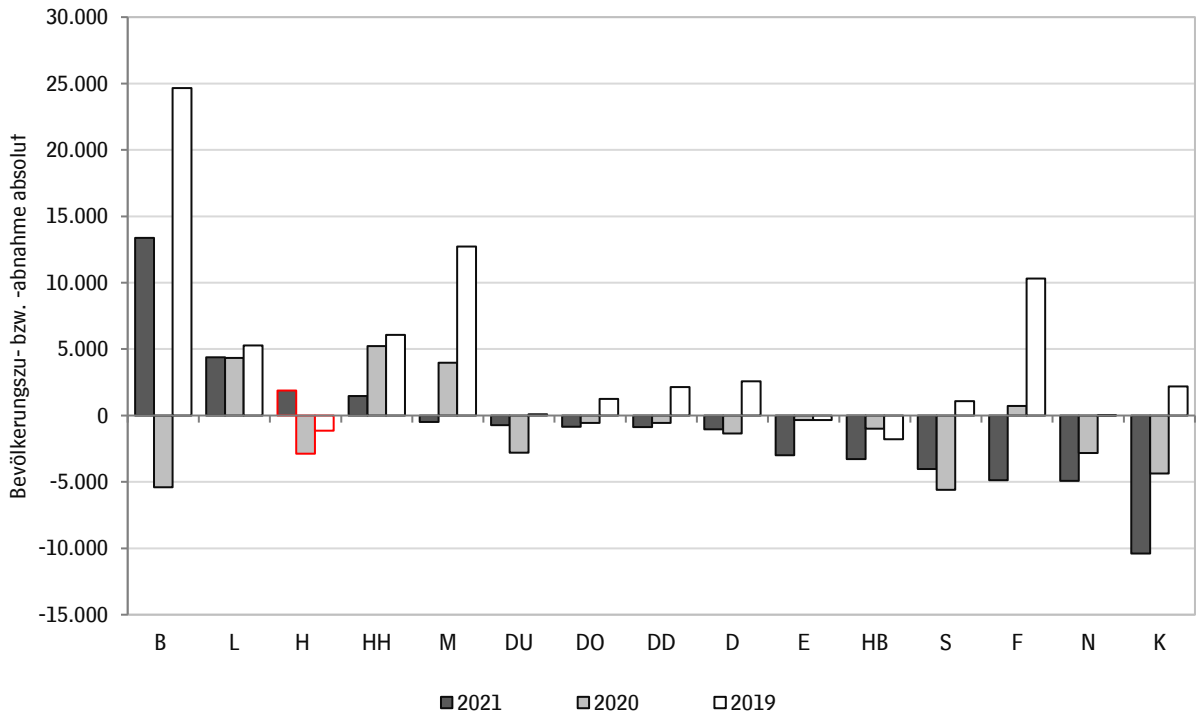
Bevölkerungsentwicklung in ausgewählten deutschen Großstädten vom 31.12.2011 bis zum 31.12.2021 (Index 2011 = 100)



Quelle: Statistische Landesämter

Abbildung 2:

Bevölkerungsentwicklung in ausgewählten deutschen Großstädten 2021, 2020 und 2019



Quelle: Statistische Landesämter

Im Großstädtevergleich stellt es sich anders dar. Zwar gab es zwischen 1996 und 2010 auch hier jedes Jahr insgesamt ein Geburtendefizit, es verringerte sich aber vom Höchstwert des Jahres 1995 von minus 35.700 kontinuierlich auf lediglich knapp 210 mehr Sterbefälle als Geburten im Jahr 2010. Ein erstmaliges Plus von gut 980 im Jahr 2011 auf maximal 25.700 mehr Geburten als Sterbefälle im Jahr 2016. Das hohe Niveau hielt bis 2019 an (+17.400), ging dann aber in den letzten beiden Jahren deutlich zurück: 2020 und 2021 gab es in den 15 größten deutschen Städten gerundet jeweils insgesamt 6.300 mehr Geburten als Sterbefälle. Ursächlich hierfür sind höhere Sterbefälle als in den Vorjahren.

**Höchste Geburtenüberschüsse
seit 1999 alljährlich in
München**

1995 hatten noch alle 15 Großstädte ein Geburtendefizit. Von 1996 bis 1998 hatte Köln den höchsten Geburtenüberschuss, wobei 1996 und 1998 nur München ebenfalls einen Geburtenüberschuss erzielte, 1997 als dritte Großstadt Stuttgart. Seit 1999 ist München jedes Jahr die Großstadt mit dem höchsten Geburtenüberschuss gewesen: Von einem Überschuss in Höhe von 723 1999 ausgehend, stieg der positive Saldo kontinuierlich deutlich an und erreichte 2016 mit 7.082 seinen Höhepunkt. In den letzten Jahren stagnierte der Geburtenüberschuss in München auf hohem Niveau, lediglich 2020 war er mit 5.283 für Münchner Verhältnisse etwas geringer, aber immer noch deutlich höher als im zweitplatzierten Frankfurt mit 2.525 (vgl. Abb. 3). Hannover hatte 2021 wie in den Jahren zuvor das ausgeglichene Verhältnis von Geburten (5.761) und Sterbefällen (5.797), und zwar einen minimalen Sterbeüberschuss von 36 Personen (2020: Geburtenüberschuss von 73 Personen, 2019 von 8 Personen, 2018 Sterbeüberschuss von 48 Personen).

**2021 nach 2020 erneut
Wanderungsverlust im
Großstädtevergleich – Verluste
im Inland entscheidend**

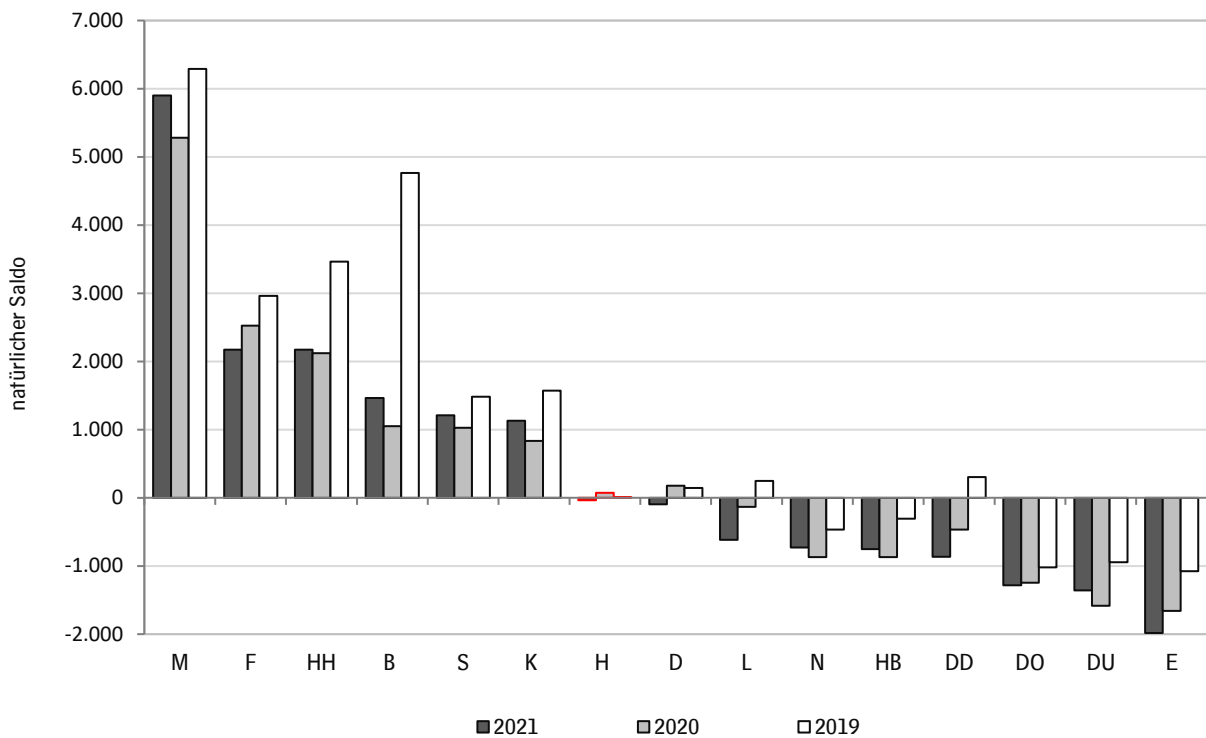
Nachdem es seit 2010 jedes Jahr bis 2019 insgesamt mehr Zuzüge als Fortzüge in den 15 größten deutschen Städten gegeben hatte, gab es nach 2020 auch 2021 insgesamt einen – wenn auch geringen – Wanderungsverlust (vgl. Abb. 4). Einem Wanderungsplus von zuletzt 55.300 Personen im Jahr 2019 folgte ein Wanderungsverlust von 14.900 Personen 2020 und von 12.200 Personen 2021 (davon 8.500 männlich und 3.700 weiblich). Wie Abbildung 4 weiterhin zu entnehmen ist, war der Wanderungssaldo im Großstädtevergleich dem Ausland gegenüber zwischen 2010 und 2021 immer positiv – mehr Personen zogen aus dem Ausland in die 15 größten deutschen Städte als umgekehrt. Beim Inlandssaldo ist dagegen eine klar negative Entwicklung zu erkennen: Bis 2016 zogen jedes Jahr innerhalb Deutschlands mehr Menschen in die Städte des Großstädtevergleichs als aus ihnen hinaus, der Wanderungsgewinn sank dabei aber fast kontinuierlich; seit 2017 ist der Inlandssaldo jedes Jahr negativ, und dies bei weiterhin sich verschlechternder Tendenz. Zuletzt im Jahr 2021 war der Inlandssaldo mit minus 82.500 der schlechteste der Zeitreihe. Im gleichen Jahr zogen 70.300 Personen mehr aus dem Ausland in die Großstädte als umgekehrt. Dies konnte den Wanderungsverlust innerhalb Deutschlands um 12.200 Personen jedoch nicht ausgleichen.

**Sechs Großstädte mit
Wanderungsgewinnen, neun
mit Wanderungsverlusten 2021**

Sechs Großstädte erzielten 2021 einen Wanderungsgewinn, dabei die stärksten Berlin (+16.200), Leipzig (+5.100) und Hannover (+2.000). Die Wanderungsverluste reichen von knapp minus 100 in Hamburg bis hin zu minus 6.300 in München, minus 7.400 in Frankfurt und maximal knapp minus 9.500 in Köln. In allen Großstädten außer in Frankfurt (-1.300) war dabei der Saldo dem Ausland gegenüber positiv – maximal 25.500 in Berlin und 9.300 in Hamburg sowie minimal 300 in Köln und 400 in Bremen (Hannover: +2.600). Der Wanderungssaldo innerhalb Deutschlands war dagegen 2021 in allen Vergleichsstädten negativ und reichte von minus 500 in Leipzig und minus 600 in Hannover bis zu maximal minus 15.100 Personen in München: Hier standen 57.900 Zuzüge aus Deutschland 73.000 Fortzüge innerhalb Deutschlands gegenüber.

Abbildung 3:

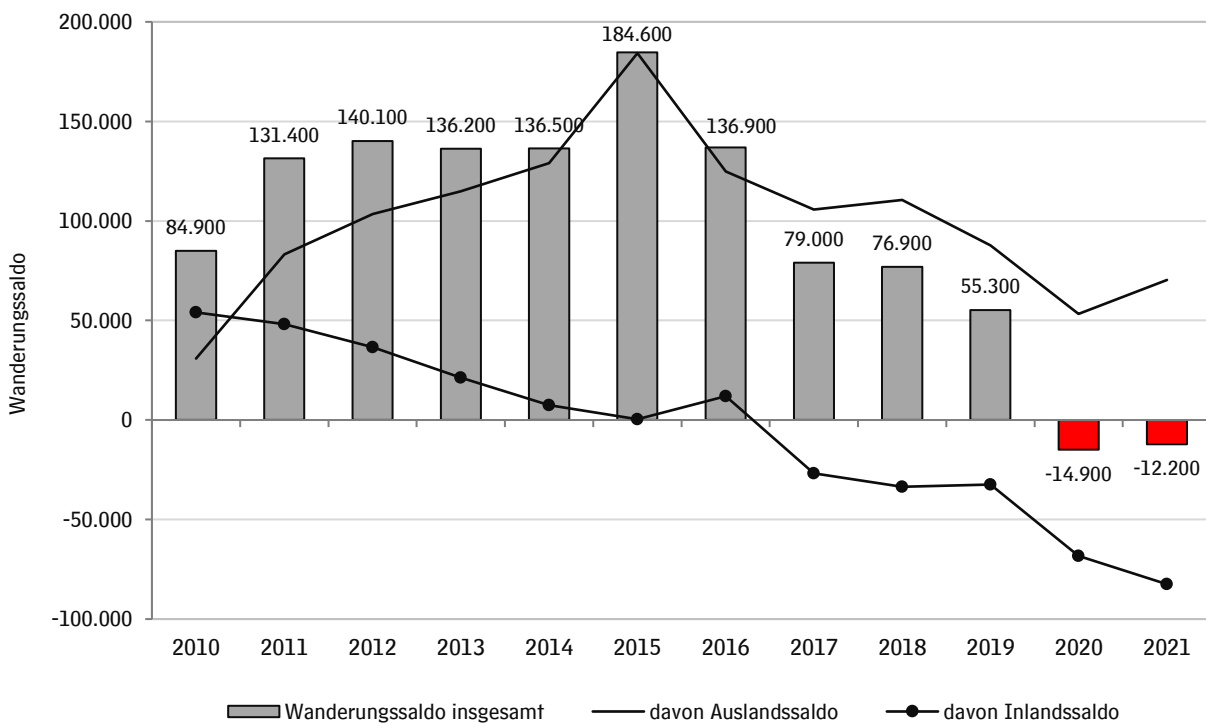
Natürlicher Saldo aus Geburten und Sterbefällen in ausgewählten deutschen Großstädten 2021, 2020 und 2019



Quelle: Statistische Landesämter

Abbildung 4:

Wanderungssaldo aus Zuzügen und Fortzügen der 15 größten deutschen Städte insgesamt sowie unterteilt nach Auslands- und Inlandssaldo 2010 bis 2021



Quelle: Statistische Landesämter

2. Wohnen

Die Zahl der **Baugenehmigungen** ist ein wichtiger Frühindikator für die zukünftige Bauaktivität, da Baugenehmigungen in der Regel geplante Bauvorhaben darstellen. Die Zahl der Baugenehmigungen für Wohnungen stieg 2021 bundesweit mit 380.736 um 3,3 Prozent gegenüber dem Vorjahr und ist damit höher als die Zahl der **Baufertigstellungen**.

2021 ist die Zahl fertiggestellter neuer Wohnungen in Deutschland wieder unter 300.000 gesunken, bundesweit sind knapp 293.400 neue Wohnungen errichtet worden. Das ist ein Minus gegenüber dem Vorjahr von 4,4 Prozent (-13.000 Wohnungen). Trotz Fachkräfte- und Baustoffmangels, gestiegener Preise etc. erreicht die Zahl der Baufertigstellungen nach 2020 damit den zweitbesten Wert seit vielen Jahren – dennoch bleibt dies deutlich unter dem von der aktuellen Bundesregierung festgesetzten Ziel von 400.000 Neubauwohnungen pro Jahr. Der seit 2011 feststellbare jährliche Anstieg der fertiggestellten Wohnungen setzt sich 2021 nicht fort.

Bauüberhang auf höchstem Stand seit 1996

Dies führte nunmehr zu einem Überhang von genehmigten, aber noch nicht fertiggestellten Wohnungen von insgesamt 846.467 Wohnungen (+67.035 gegenüber 2020). Der seit 2008 anhaltende Anstieg des Bauüberhangs beschleunigte sich somit im Jahr 2021 und erreichte den höchsten Stand seit 1996 von damals 922.343.

Wohnungsbau stockt wegen Materialknappheit, hoher Preise und Personalmangel

Der bundesweite Rückgang der Baufertigstellungen bei gleichzeitig starker Zunahme des Bauüberhangs deuten auf angebotsseitige Störungen hin, die Unternehmen und Bauherren daran hindern, ihre Vorhaben zeitnah zu realisieren. Hier dürften Lieferengpässe und Rohstoffknappheit, deutliche Preissteigerungen als Folge einer erhöhten Nachfrage nach Baustoffen wie Holz und Stahl im In- und Ausland sowie die hohe Auslastung beziehungsweise Personalknappheit im Baugewerbe eine maßgebliche Rolle spielen.

In den Großstädten sinkt die Zahl der Baugenehmigungen 2021 gegenüber dem Vorjahr

In den Vergleichsstädten ist die Zahl der Baugenehmigungen 2021 gegenüber dem Vorjahr um 8,0 Prozent gesunken (von rund 73.500 auf 67.670). Dieser Rückgang ist nicht überall gleich: Am höchsten fällt der Rückgang in Essen aus (-38,0 %), gefolgt von Leipzig (-33,4 %), München und Düsseldorf (je etwa -25,0 %) (vgl. Abb. 5). Die höchste Zunahme bei den Baugenehmigungen verzeichnet Hannover (+51,1 %), gefolgt von Dortmund (+17,7 %), Stuttgart (+16,4 %) sowie Frankfurt und Bremen (je +14,0 %). In der niedersächsischen Landeshauptstadt resultiert die Zahl der Baugenehmigungen aus den großen Baugebieten Kronsberg-Süd und Wasserstadt Limmer.

Hannover weist 2021 die höchste Baugenehmigungsintensität in den Vergleichsstädten auf

Die durchschnittliche Baugenehmigungsintensität 2021 liegt in den Vergleichsstädten bei 4,7 Baugenehmigungen je 1.000 Einwohner*innen, 2019 waren es noch 5,4. 2020 wurde aufgrund des Corona-Effektes „übersprungen“. Hannover hat mit 7 Baugenehmigungen je 1.000 Einwohner*innen die höchste Baugenehmigungsintensität, gefolgt von Frankfurt (6,3) und München (5,8) (vgl. Abb. 6). Die geringste Baugenehmigungsintensität zeigt sich in Essen (1,2) und Duisburg (1,8).

Die **Wohnungsbestandsstatistik** speist sich aus den jährlichen Baufertigstellungen sowie aus den Abgängen und Umwandlungen. Gegenüber 2019 wächst der Wohnungsbestand in den Vergleichsstädten bis Ende 2021 im Durchschnitt um 1,5 Prozent, am stärksten in Frankfurt (+2,1 %), Hamburg (+1,8 %) sowie München und Dresden (+1,7 %). Am schwächsten bzw. unterdurchschnittlich entwickelt sich der Wohnungsbestand in Essen, Köln (je +0,7 %) sowie beim Schlusslicht Duisburg (+0,4 %). Hannover liegt im unteren Drittel mit einem Wachstum des Wohnungsbestands um 0,9 Prozent.

Abbildung 5:

Absolute und relative Entwicklung genehmigter Wohnungen in den 15 größten deutschen Städten 2020 gegenüber 2021

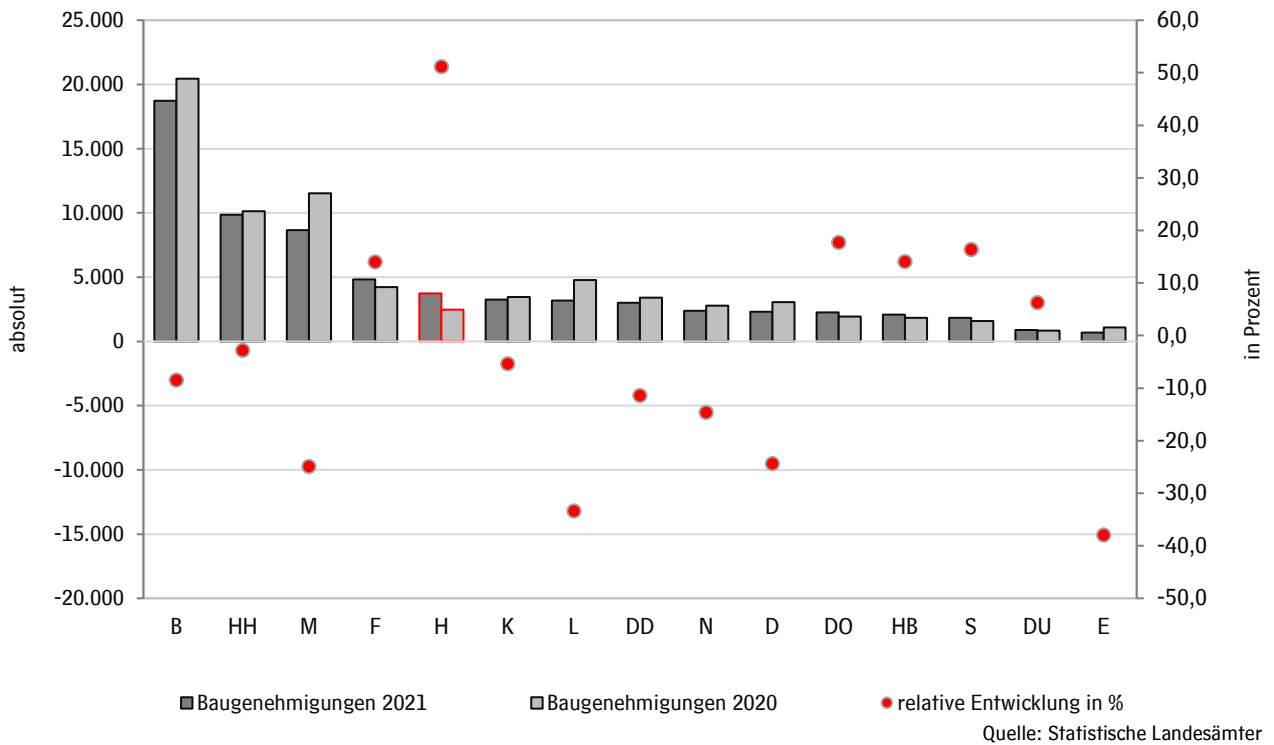
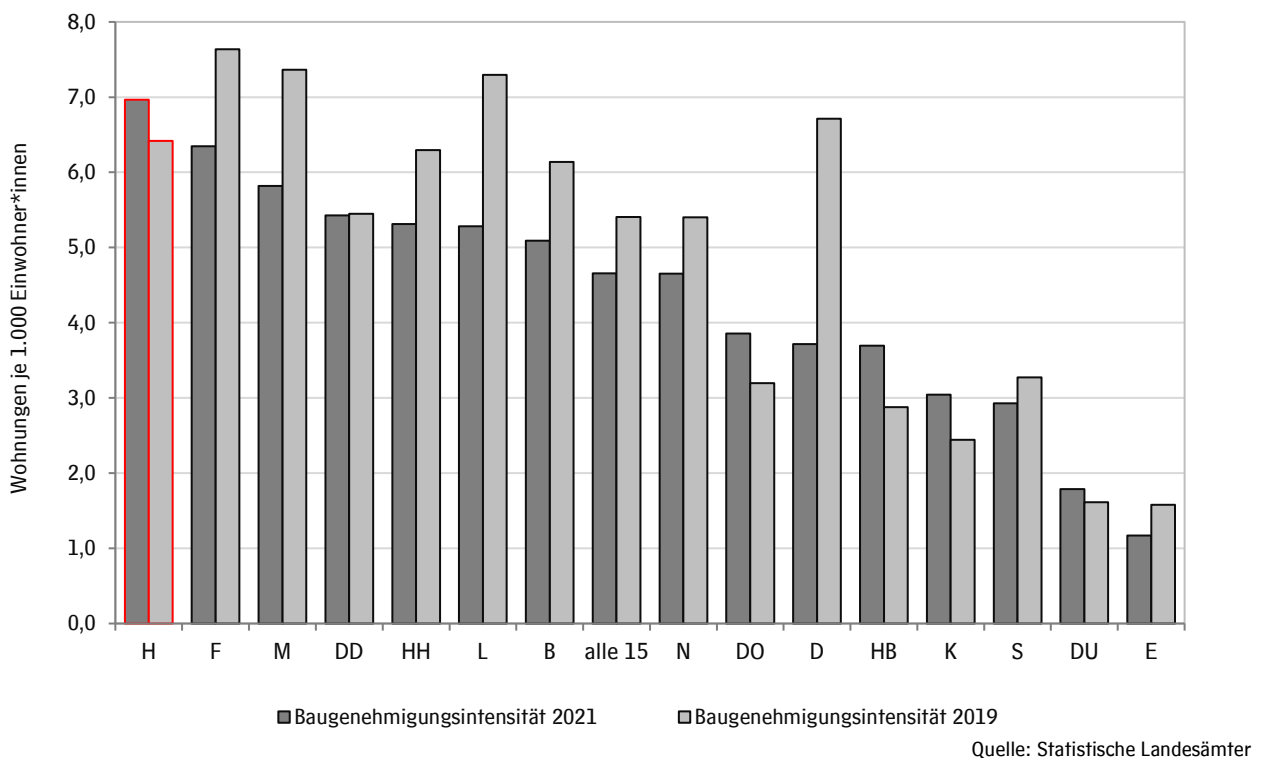


Abbildung 6:

Baugenehmigungsintensität: Genehmigte Wohnungen je 1.000 Einwohner*innen in den 15 größten deutschen Städten 2021 und 2019



In den Großstädten ist die Zahl der Baufertigstellungen 2021 gegenüber dem Vorjahr deutlicher als im Bundestrend eingebrochen

2021 sind bundesweit rund 293.400 Wohnungen neu errichtet worden. Fast ein Fünftel (18,4 Prozent) davon entfallen auf die Neubautätigkeit in den Großstädten des Städtevergleichs. Allerdings ist in den 15 Großstädten ein weitaus höherer Rückgang der Baufertigstellungszahlen gegenüber dem Vorjahr zu beobachten als im bundesweiten Trend: In den 15 Großstädten sind 53.900 Wohnungen neu fertiggestellt worden, das sind 7.000 Wohnungen weniger als noch vor einem Jahr und damit eine Verringerung um 12,9 Prozent, während bundesweit der Rückgang der Baufertigstellungen 2021 gegenüber dem Vorjahr bei 4,2 Prozent liegt.

Am stärksten ist der relative Rückgang im Neubau in Leipzig (-45,6 %), Dresden (-40,7 %) und Hamburg (-30,5 %). In Hamburg ist zudem der Rückgang absolut am höchsten ausgefallen (-3.400 Wohnungen weniger), wobei 2020 die absolute Höchstzahl an neu errichteten Wohnungen in der Hansestadt erreicht wurde. Auch in München (-795; -9,6 %), Frankfurt (-761, -16,3 %) und Berlin (-467; -2,9 %) sind absolut und relativ deutliche Rückgänge zu verzeichnen. Nennenswert zugelegt haben hingegen Essen (+368; +34,1 %) und Köln (+501; +24,9 %). In Hannover sind 134 Wohnungen (+11,3 %) mehr errichtet worden als im Vorjahr. Den Zugewinnen auf der einen Seite stehen absolut die Verluste in den Metropolen gegenüber, so dass sich insgesamt ein deutliches Defizit in der Summe der Vergleichsstädte ergibt. Es ist zu vermuten, dass sich noch deutlichere Einbrüche erst bei Betrachtung der Zahlen für 2022 zeigen werden.

Die Bauintensität der Großstädte ist etwas höher als im Bundesdurchschnitt, aber geringer als im Vorjahr

Eine aussagekräftigere Vergleichsmöglichkeit als die absolute und relative Veränderung der einzelnen Städte ist die Baufertigstellungsrate oder Bauintensität. Mit dem Indikator **Bauintensität** lassen sich unterschiedliche Bautätigkeiten in den verschiedenen großen Städten besser miteinander vergleichen, da die Anzahl neu errichteter Wohnungen auf jeweils 1.000 Einwohner*innen bezogen sind, wodurch die unterschiedliche Größe der Städte nivelliert wird. 2021 kommen deutschlandweit 3,5 Neubauwohnungen auf je 1.000 Einwohner*innen (2020: 3,7). In den 15 Großstädten liegt die Bauintensität bei 3,7. Damit fällt 2021 die Bauintensität in den Vergleichsstädten gegenüber dem bundesweiten Wert höher aus, ist aber deutlich geringer als im Vorjahr (2020: 4,2).

Am höchsten ist die Bauintensität in den Metropolen Frankfurt (5,1), München (5,0), Berlin (4,3) und Hamburg (4,2), am geringsten in Duisburg (1,2). Hannover liegt mit 2,5 Neubauwohnungen je 1.000 Einwohner*innen auf dem 12. Rang (vgl. Abb. 8).

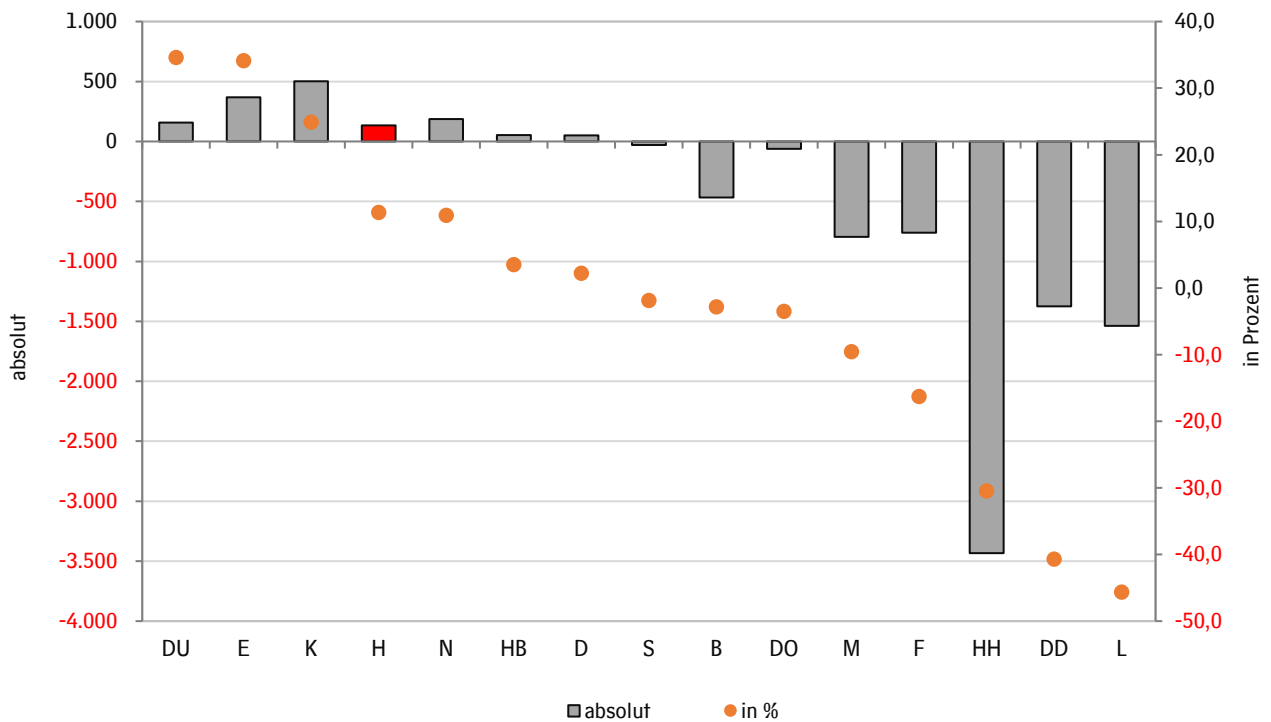
Die Dynamik bei den Baufertigstellungszahlen wird fast ausschließlich von den Fertigstellungen im Geschosswohnungsbau getragen. So liegt der Anteil der neuen Wohnungen im Mehrfamilienhaus bei 89 Prozent. Anteilig am meisten Etagenwohnungen gibt es in Düsseldorf (94 %), Frankfurt (93 %) sowie Stuttgart und Berlin (91 %).

Die finanzielle Situation für die Studierenden verschärft sich weiter

Die Situation von Studierenden hat sich nach der Corona-Zeit wieder und weiter verschärft, wie der **MLP-Studentenwohnreport 2022** des Unternehmens MLP Finanzberatung SE zeigt: Während Corona haben die meist zur Gruppe der Niedrigverdienenden gehörenden Studierenden kaum jobben können, so dass ihre Sparquote deutlich rückläufig war. Die steigenden Energie- und Lebenshaltungskosten belasten die Studierenden zusätzlich. Die hohe Inflation zehrt den finanziellen Spielraum weiter auf. „Vor diesem Hintergrund wiegen die enormen Preisanstiege für studentisches Wohnen umso schwerer“, lautet daher ein Fazit des MLP-Studentenwohnreports. In den 38 untersuchten Universitäts-Städten stiegen die Mieten für kleine Wohnungen durchschnittlich um 5,9 Prozent, so dass Mietkosten für kleine Wohnungen von 500 Euro und mehr die Regel darstellen. Der Wohnungsmarkt kann für viele Studierende daher kaum als offen bezeichnet werden.

Abbildung 7:

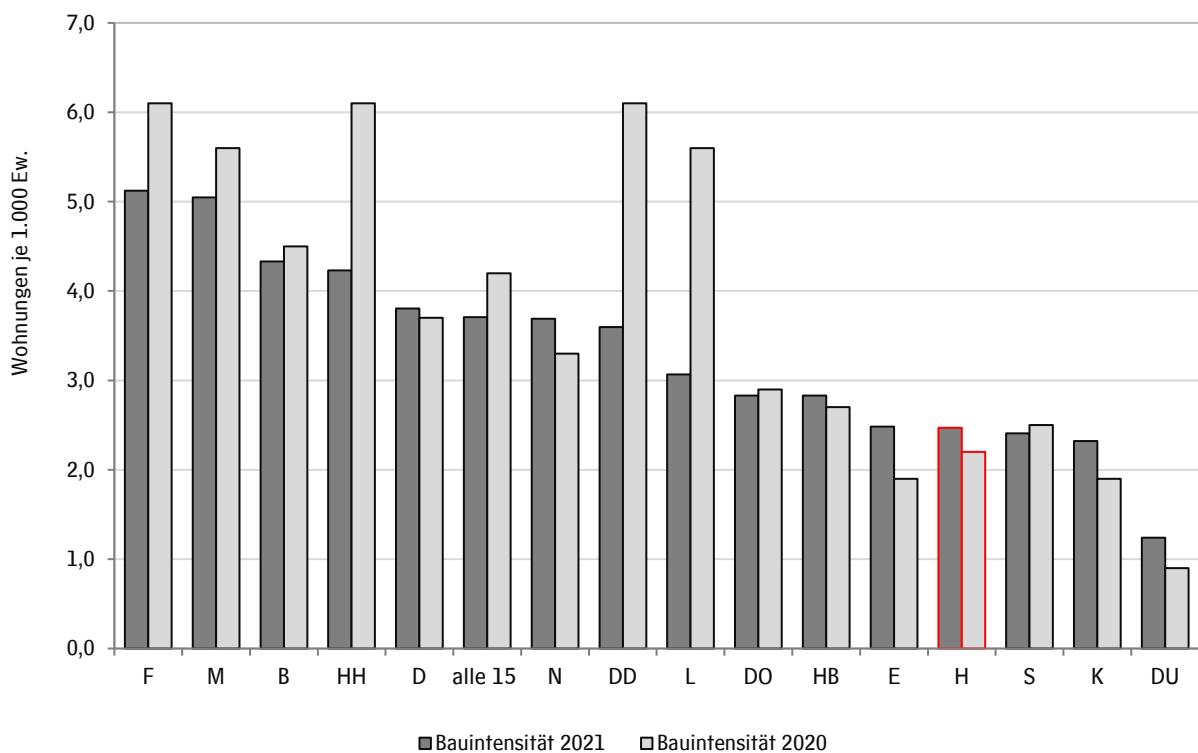
Veränderung der Baufertigstellungen (absolut und relativ) in den 15 größten deutschen Städten 2021 gegenüber 2020



Quelle: Statistische Landesämter

Abbildung 8:

Bauintensität in den 15 größten deutschen Städten 2021 gegenüber 2020

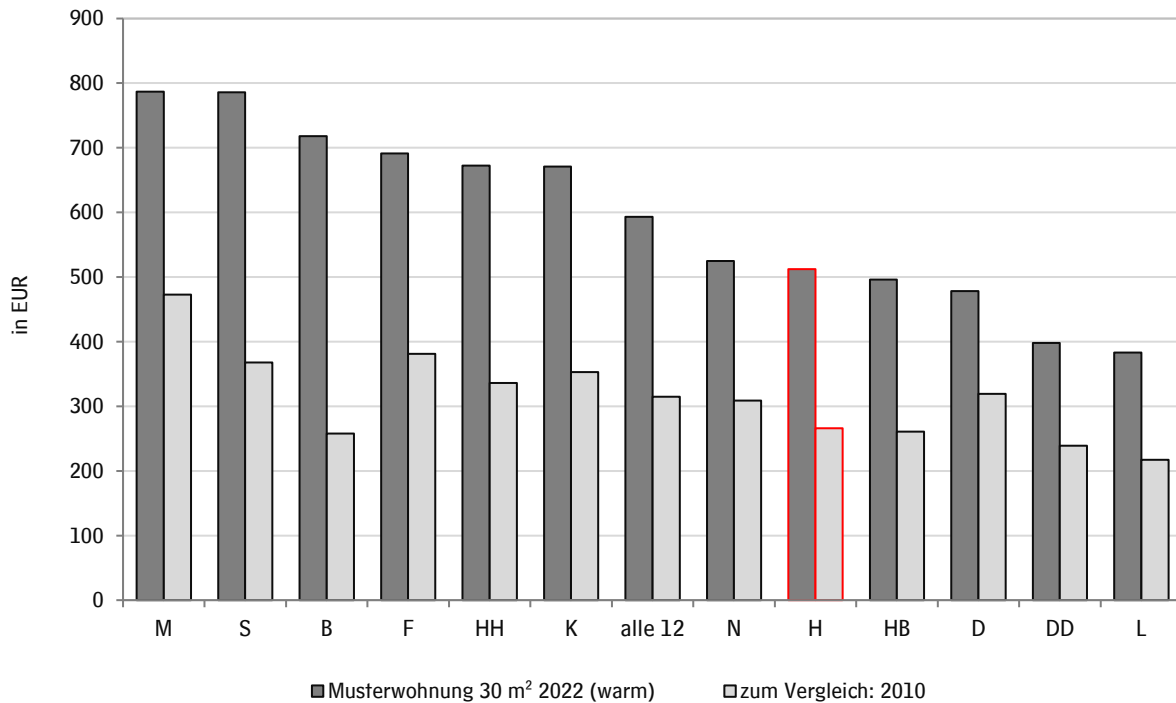


Quelle: Statistische Landesämter

Teuerster Wohnungsmarkt für Studierende in München; Günstigster in Leipzig	Der teuerste Wohnungsmarkt ist für Studierende die bayrische Landeshauptstadt: 787 EUR wird hier für eine Musterwohnung von unter 30 m ² kalkulatorisch aufgerufen (inkl. 20 % Nebenkosten), gefolgt von Stuttgart (786 EUR) und Berlin (718 EUR). Deutlich günstiger und unter 400 EUR wohnt es sich für Studierende in Dresden (398 EUR) und in Leipzig (383 EUR). Hannover liegt im Mittelfeld mit 512 EUR. Zwischen dem teuersten Standort München und dem günstigsten Standort Leipzig besteht eine Differenz von 404 EUR (vgl. Abb. 9).
Mietsteigerungen fallen in WG-Zimmern höher aus als in kleinen Wohnungen	Diese Mieten für Musterwohnungen fallen damit deutlich höher aus als bei WG-Zimmern, obwohl diese zuletzt deutlich teurer inseriert wurden. Die Differenz zwischen München und Leipzig beträgt bei den Muster-WG-Zimmern (20 m ² , inkl. 20 % Warmkosten) 304 EUR. Damit bleibt München auch im Segment der WG-Zimmer der teuerste Studienstandort: Für ein studentisches Muster-WG-Zimmer werden 545 EUR aufgerufen, gefolgt von Berlin (487 EUR) und Stuttgart (473 EUR). Deutlich günstiger wohnen Studierende dagegen in Düsseldorf (285 EUR), Dresden (242 EUR), und Leipzig (240 EUR). Hannover liegt mit 314 EUR bei WG-Zimmern auf dem 4. Platz.
Zwischen 2010 und 2022 Mieten für Kleinwohnungen und WG-Zimmer im Schnitt um 88 Prozent teurer inseriert	<p>Besonders gravierend sind die Preissteigerungen für inserierte kleine Wohnungen (bis 30 m²) im Vergleich der Jahre 2022 zu 2010 ausgefallen: Um 88 Prozent sind die Mietforderungen seitdem im Durchschnitt der 12 Städte gestiegen. Am stärksten von den Preissprüngen betroffen sind Berlin (+179 %), Stuttgart (+114 %) und Hamburg (+100 %). In Hannover beträgt der „Aufschlag“ seit 2010 93 Prozent (vgl. Abb. 10). Am geringsten sind die inserierten Mieten für Kleinwohnungen in Düsseldorf gestiegen (+50 %).</p> <p>In Berlin stiegen die Mieten für Kleinwohnungen mit weniger als 30 m² von 2021 auf 2022 um 18,5 Prozent, in Leipzig um 12,0 Prozent und auch in Bremen war der Zuwachs zweistellig mit 10,1 Prozent. Hannover liegt mit 8,0 Prozent an vierter Stelle. Am geringsten stiegen die Mieten für Studierende in Stuttgart und München (je +6,7 %) sowie in Frankfurt (+3,5 %).</p> <p>Für viele Haushalte sind die derzeit hohen Energiekosten ein wichtiges Kriterium bei der Wohnungswahl, so dass kleinere Wohnungen stark nachgefragt sind. Steigende Zinsen haben dazu geführt, dass die an sich nach Eigentum strebenden Haushalte auf i.d.R. größere Mietwohnungen ausweichen, die theoretisch auch WG geeignet wären. Damit stehen vermehrt Paare und Familien in noch stärkerer Konkurrenz zu Studierenden. Dies führt 2022 zu höheren Mietsteigerungen bei WG-Zimmern (im Durchschnitt der hier eingeflossenen 38 Uni-Standorte +9,4 %), was z.T. auch dem Nachholeffekt (in den Jahren zuvor geringere Preissteigerungen) geschuldet sein könnte.</p> <p>Das Bild bleibt aber ähnlich: München bleibt auch bei dem Modell Wohngemeinschaften das teuerste Pflaster für Studierende (31,43 EUR/m², warm da inkl. 20 % für Nebenkosten), gefolgt von Stuttgart mit deutlichem Abstand (24,29 EUR/m²) sowie Frankfurt und Berlin (je mehr als 23,00 EUR/m²). Hannover liegt mit 17,16 EUR/m² auf dem drittletzten Rang. Am preiswertesten sind WG-Zimmer inseriert in Dresden (13,40 EUR/m²) vor Leipzig (13,94 EUR/m²).</p> <p>Letztlich ist auch die Anzahl der Angebote ausschlaggebend dafür, ob Studierende sich in den Uni-Städten mit adäquatem Wohnraum versorgen können: So ist das Angebot an inserierten und für Studierende geeigneten Wohnungen und WGs in Dresden mit 10,4 Inseraten je 100 Studierende am höchsten, gefolgt von München (8,1) und Frankfurt (7,8). Hannover liegt mit 5,5 inserierten Wohnungen, die kleiner sind als 30 m², auf Rang 7. Köln (4,2) bildet hinter Berlin (4,5) das Schlusslicht.</p>

Abbildung 9:

Inserierte Mieten für Kleinwohnungen bis 30 Quadratmeter und WG-Zimmer (inkl. 20 % für Nebenkosten, kalkulatorisch) in den 15 größten deutschen Städten* 2022

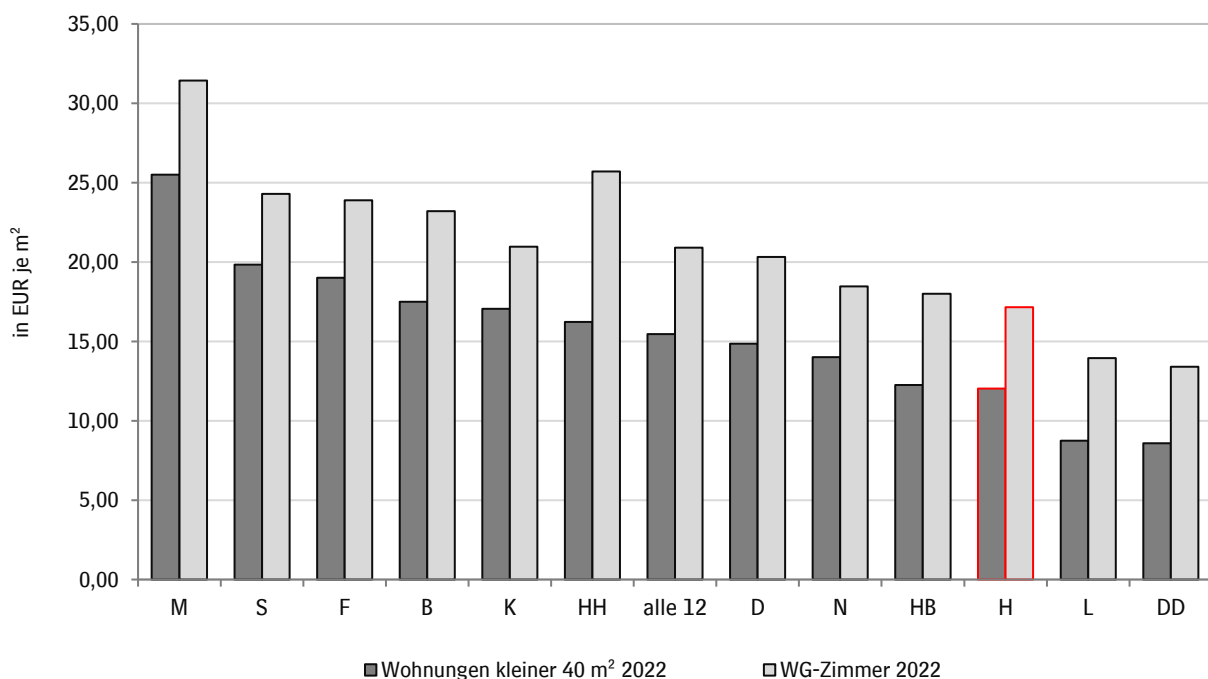


*ohne Duisburg, Essen, Dortmund

Quelle: MLP Finanzberatung SE

Abbildung 10:

Entwicklung inserierter Mieten für Kleinwohnungen bis 30 Quadratmeter und WG-Zimmer (inkl. 20 % für Nebenkosten) in den 15 größten deutschen Städten* 2010 zu 2022



*ohne Duisburg, Essen, Dortmund

Quelle: MLP Finanzberatung SE

3. Arbeitsmarkt und Wirtschaft

In diesem Kapitel wird zunächst die Arbeitslosenstatistik 2022 ausgewertet. Es folgt die Gewerbeanzeigenstatistik 2021. Als drittes Thema wird die GfK-Kaufkraft 2022 behandelt und abschließend das Bruttoinlandsprodukt 2020.

Die Arbeitslosenquoten der **Bundesagentur für Arbeit (BA)** zeigen die relative Unter- auslastung des Arbeitskräfteangebots an, indem sie die registrierten Arbeitslosen zu den Erwerbspersonen (umfassen Erwerbstätige und Arbeitslose) in Beziehung setzen. Die im Folgenden verwendete Arbeitslosenquote bezieht sich auf alle zivilen Erwerbspersonen. Diese umfassen neben den Arbeitslosen die abhängigen zivilen Erwerbstätigen sowie Selbständige und mithelfende Familienangehörige.

2022 erneut Rückgang der Arbeitslosenquote im Großstädtevergleich

In den letzten zehn Jahren von Mitte 2012 bis Mitte 2022 (die Arbeitslosenquote bezieht sich auf den 30. Juni) ist die Arbeitslosenquote im Großstädtevergleich jedes Jahr außer 2020 gesunken (vgl. Abb. 11). Zwischen 2012 und 2019 sank sie im ungewichteten Schnitt von 9,4 auf 7,1 Prozent. 2020 – im ersten Jahr der Maßnahmen gegen die Covid-19-Pandemie – stieg sie deutlich um 1,7 Prozentpunkte auf 8,8 Prozent an. 2021 sank sie erneut auf 8,3 Prozent ab und erreichte 2022 7,5 Prozent – 0,8 Prozentpunkte weniger als im Vorjahr.

Geringste Arbeitslosenquote in München mit 4,2 Prozent, höchste in Duisburg mit 12,3 Prozent

Die höchsten Arbeitslosenquoten gab es 2022 in den Ruhrgebietsstädten Duisburg (12,3 %), Dortmund (10,5 %) und Essen (9,6 %), gefolgt von Bremen (9,2 %). In München (4,2 %) und Stuttgart (4,4 %) liegt die Quote nur bei gut einem Drittel des Wertes von Duisburg. Auch in Nürnberg und Frankfurt liegt die Arbeitslosenquote unter 6 Prozent. Hannover bewegt sich mit 8,3 Prozent (Vorjahr: 9,3 %) im Mittelfeld des Großstädtevergleichs (vgl. Abb. 12).

Die Zahl der Langzeitarbeitslosen (mindestens seit einem Jahr auf der Suche nach Beschäftigung) war im Großstädtevergleich von 255.200 2012 auf 170.400 Mitte 2019 kontinuierlich um insgesamt ein Drittel (33,2 %) deutlich zurückgegangen. 2020 stieg die Zahl wieder um 23.200 an, 2021 sogar um 84.300 auf 277.800. 2022 ging die Zahl um 14,3 Prozent auf 238.100 Langzeitarbeitslose im Großstädtevergleich wieder zurück.

Über die Hälfte Langzeitarbeitslose in Köln und Hannover

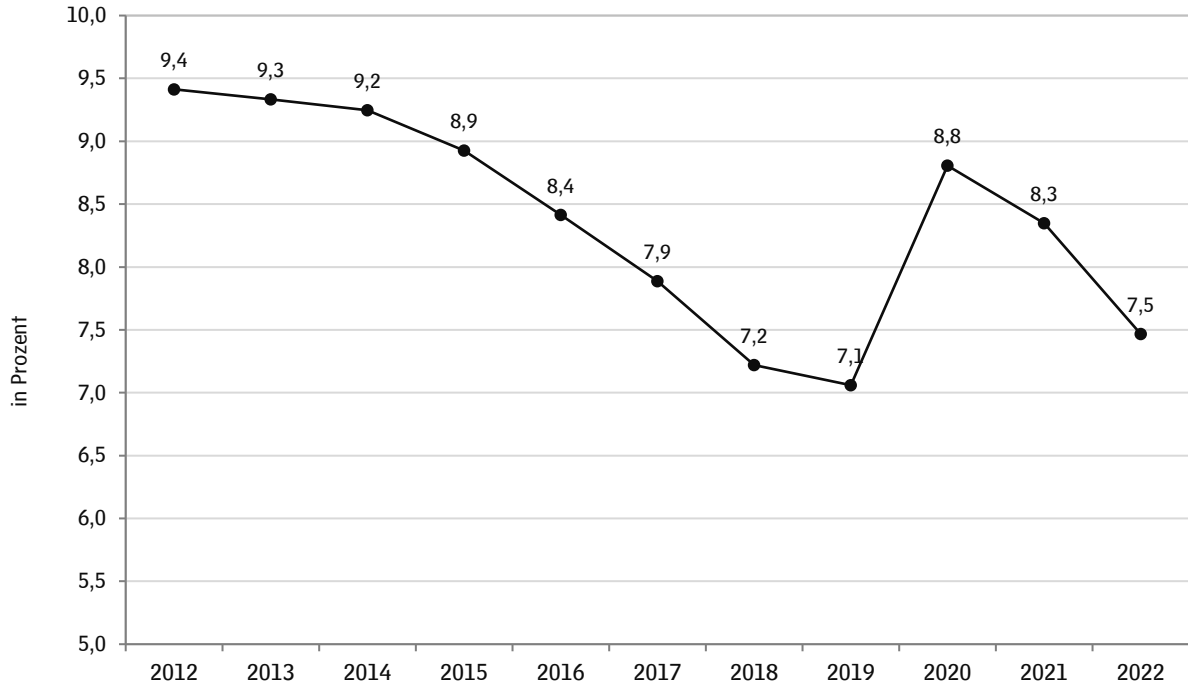
Der Anteil der Langzeitarbeitslosen an allen Arbeitslosen lag im Großstädtevergleich 2022 bei 39,7 Prozent, nur leicht über dem Wert Deutschlands von 38,3 Prozent. In Köln (51,2 %) und Hannover (50,9 %) ist mehr als jede zweite arbeitslose Person langzeitarbeitslos. Es folgt mit 3 Prozentpunkten Abstand Dortmund (47,9 %). In München sind mit 28,6 Prozent die wenigsten Arbeitslosen langzeitarbeitslos. Auch in Dresden (32,9 %) und Hamburg (33,3 %) sind mit ca. einem Drittel der Arbeitslosen im Großstädtevergleich relativ wenige Arbeitslose langzeitarbeitslos.

Ältere häufiger arbeitslos als Jüngere

Geschlechtsspezifisch ist die Arbeitslosenquote im ungewichteten Großstädteschnitt bei Männern mit 7,6 Prozent nur leicht höher als bei Frauen mit 7,4 Prozent. Den geringsten Wert erzielen arbeitslose Männer in München mit nur 4,1 Prozent, den höchsten arbeitslose Frauen in Duisburg mit einer Arbeitslosenquote von 13,5 Prozent. Nach Altersgruppen betrachtet ist die Arbeitslosenquote bei der ältesten Gruppe der 55- bis Unter-65-Jährigen mit 7,8 Prozent deutlich höher als bei den Jungen zwischen 15 und unter 25 Jahren mit lediglich 5,9 Prozent. Schließlich nach Staatsangehörigkeit betrachtet beträgt die Arbeitslosenquote bei Ausländer*innen Mitte 2022 17,0 Prozent und ist damit mehr als doppelt so hoch wie insgesamt (7,5 %).

Abbildung 11:

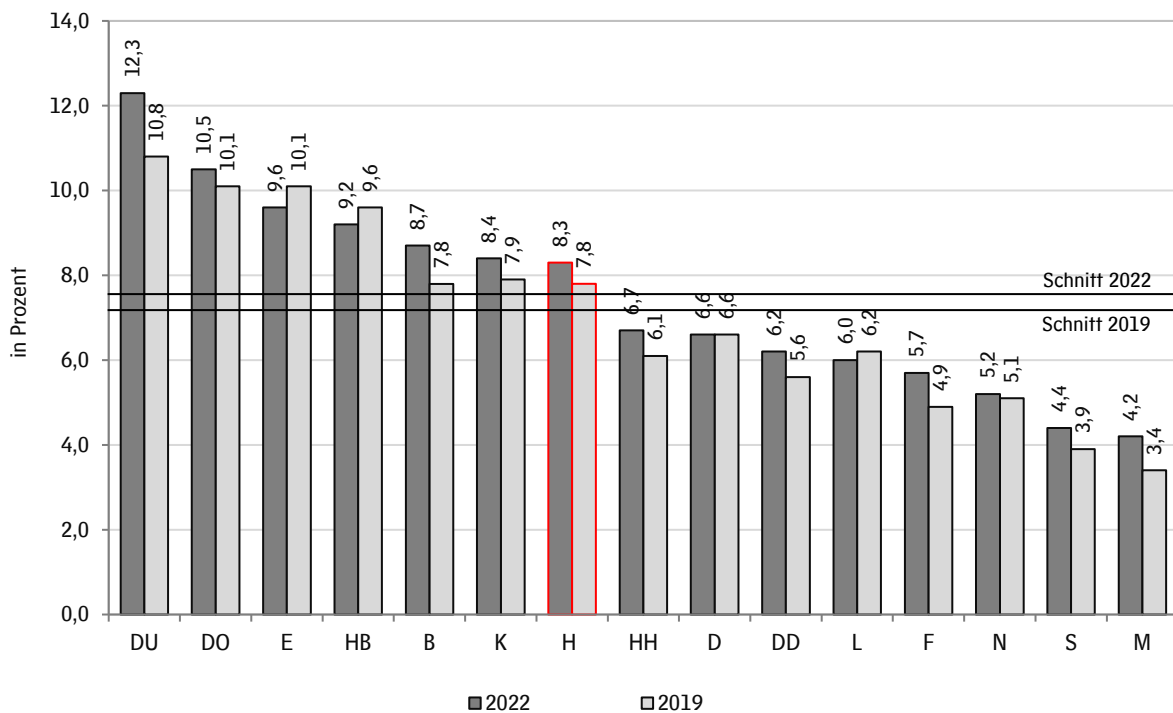
Entwicklung der Arbeitslosenquote (bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen) im ungewichteten Schnitt der 15 größten deutschen Städte von Juni 2012 bis Juni 2022



Quelle: Bundesagentur für Arbeit (BA)

Abbildung 12:

Arbeitslosenquote (bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen) in ausgewählten deutschen Großstädten im Juni 2022 gegenüber Juni 2019



Quelle: Bundesagentur für Arbeit (BA)

Mehr Gewerbean- als -abmeldungen 2021

Im Jahr 2021 gab es im Großstädtevergleich gemäß Gewerbeanzeigenstatistik insgesamt 140.200 Gewerbeanmeldungen und 100.200 Gewerbeabmeldungen und damit einen positiven Saldo von 40.000 Betrieben. 2020 hatte der positive Saldo 33.000 Betriebe umfasst und 2019 20.100 Betriebe.

COVID-19-Insolvenzaussetzungsgesetz verringert Zahl der Betriebsaufgaben 2020 und 2021

Während die Zahl der Gewerbeanmeldungen in den letzten drei Jahren auf einem ungefähr gleichen Niveau lag (2019: 139.600, 2020: 135.000, 2021: 140.200), gab es 2021 (100.200) und 2020 (101.900) deutlich weniger Gewerbeabmeldungen als 2019 (119.400). Dies hängt unter anderem mit dem COVID-19-Insolvenzaussetzungsgesetz (COVInsAG) zur Abfederung der negativen Folgen der Pandemie für die Wirtschaft zusammen, das am 1. März 2020 in Kraft trat und Ende April 2021 auslief. Durch die Aussetzung der Insolvenzantragspflicht wurde Gesellschaften, die durch die COVID-19-Pandemie in eine finanzielle Schieflage geraten waren und aufgrund ihrer eingetretenen Insolvenz verpflichtet gewesen wären, ein Insolvenzverfahren einzuleiten, ermöglicht, die Schieflage zu überwinden. Die Aussetzung der Insolvenzantragspflicht galt aber nur, wenn die finanzielle Krise pandemiebedingt war.

Wie Abbildung 13 zeigt, war in allen Großstädten die Bilanz von Gewerbean- und -abmeldungen 2020 und 2021 besser als 2019 – außer in Frankfurt, wo sie 2021 schlechter war als 2019. Auch in Deutschland insgesamt war die Bilanz 2021 (166.200) und 2020 (119.100) besser als 2019, als es nur 58.400 mehr Gewerbeanmeldungen als -abmeldungen gab.

Mehr Gewerbeabmeldungen als -anmeldungen gab es in den letzten drei Jahren nur 2019 in Dresden, wo rund 4.100 Anmeldungen gut 4.200 Abmeldungen gegenüberstanden. Die beste Bilanz gab es in Berlin mit einem positiven Saldo von 12.100 im Jahr 2021, 2020 waren es 11.100 Betriebe mehr, die hier angemeldet als abgemeldet wurden.

90 Prozent der Gewerbeanmeldungen entfallen auf Neuerrichtungen, 86 Prozent der Abmeldungen auf Aufgaben

Gewerbeanmeldungen werden unterschieden nach Neuerrichtungen (Neugründung und Gründung nach dem Umwandlungsgesetz), Zuzügen (Wiedereröffnung nach Verlegung) und Übernahmen eines bestehenden Betriebs (Kauf, Pacht, Erbe, Änderung der Rechtsform, Gesellschaftereintritt). Die Abmeldungen werden analog unterschieden nach Aufgaben eines Gewerbebetriebs (vollständige Aufgabe und Aufgabe nach Umwandlungsgesetz), Fortzügen (Verlegung in einen anderen Meldebezirk) und Übergeben eines bestehenden Betriebs (Verkauf, Verpachtung, Erbfolge, Änderung der Rechtsform, Gesellschafteraustritt).

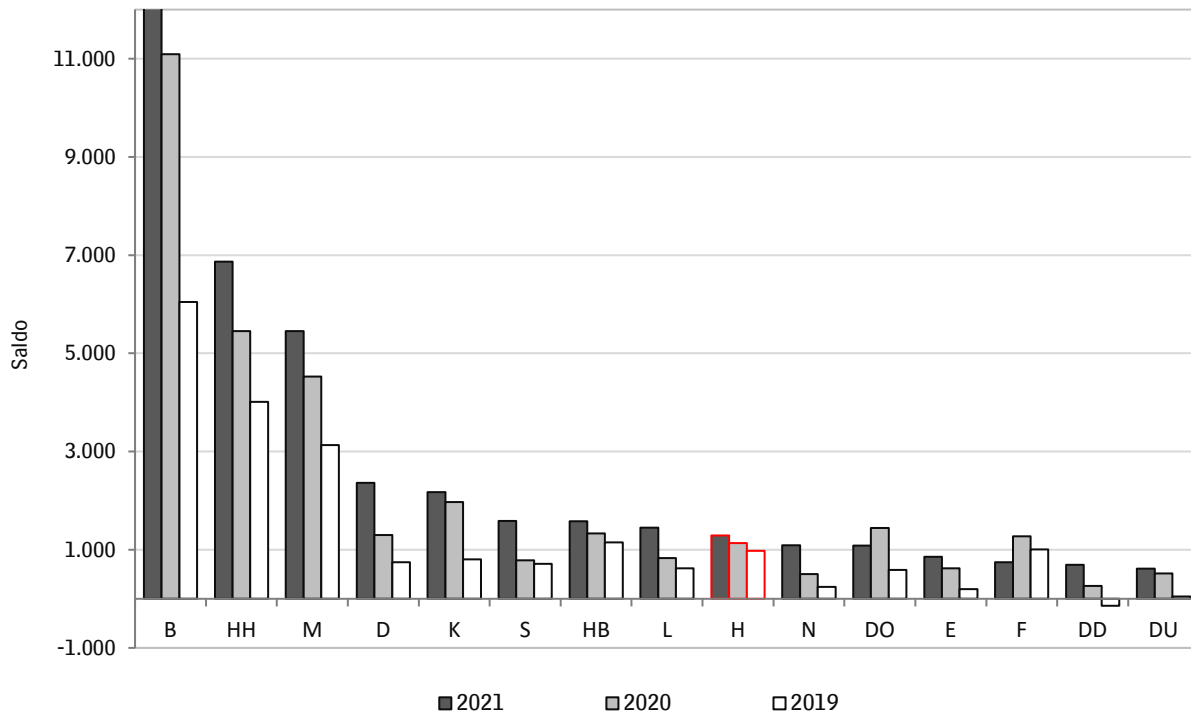
90 Prozent der Gewerbeanmeldungen entfielen im Großstädtevergleich 2021 auf Neuerrichtungen und 86 Prozent der Gewerbeabmeldungen auf Aufgaben (vgl. Abb. 14). Den höchsten Anteil von Neuerrichtungen an den Gewerbeanmeldungen gibt es in Dortmund (93 %) und Berlin (92 %), den geringsten in Stuttgart mit 84 Prozent hinter Nürnberg und Hannover mit je 86 Prozent.

Eine Untergruppe der Neuerrichtungen bilden die Betriebsgründungen, auf die gut ein Viertel (26 %) der Neuerrichtungen im Großstädtevergleich entfielen. Auf Betriebsaufgaben als Untergruppe der Aufgaben entfielen 2021 knapp ein Viertel (23 %) der Aufgaben.

Im Zehnjahresvergleich zwischen 2011 (43.300) und 2021 (40.000) hat der positive Saldo von Anmeldungen gegenüber Abmeldungen eine ähnliche Dimension. Die absoluten Zahlen sind dabei aber im Zeitverlauf tendenziell jedes Jahr gesunken: So standen 2011 noch 185.500 Gewerbeanmeldungen 142.200 Gewerbeabmeldungen gegenüber, 2021 waren es nur noch 140.200 Anmeldungen bei 100.200 Abmeldungen.

Abbildung 13:

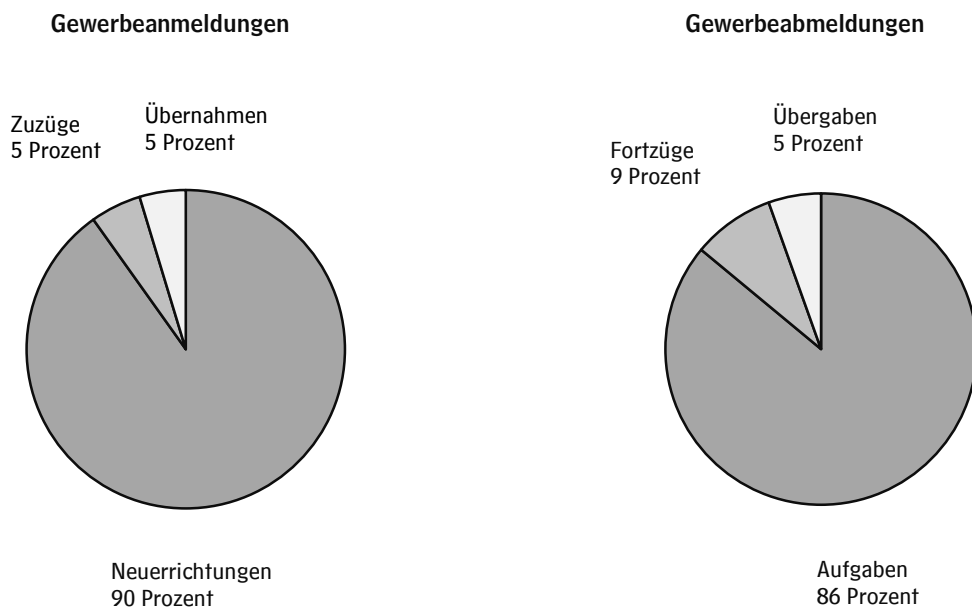
Saldo aus Gewerbean- und -abmeldungen in ausgewählten deutschen Großstädten 2021, 2020 und 2019



Quelle: Statistische Landesämter

Abbildung 14:

Verteilung der Gewerbean- und abmeldungen nach Arten im Großstädtevergleich 2021



Quelle: Statistische Landesämter

GfK Kaufkraft zeigt regionale Verteilung des verfügbaren Einkommens

Die **GfK Kaufkraft** ist eine laut GfK am Markt anerkannte Richtgröße zur Ermittlung des Konsumpotenzials. Sie zeigt die regionale Verteilung des verfügbaren Einkommens der Bevölkerung. Unter der Kaufkraft versteht man das nominal verfügbare Nettoeinkommen der Bevölkerung inklusive staatlicher Transferzahlungen wie Arbeitslosen- und Kindergeld sowie Renten. Wie viel von einem nominalen Kaufkraftzuwachs real übrig bleibt, hängt allerdings davon ab, wie sich die Verbraucherpreise entwickeln. Vom verfügbaren Einkommen sind Ausgaben für z. B. Lebensmittel, Versicherungen, Miete und Nebenkosten wie Gas oder Strom abzuziehen.

Bei den Kaufkraftzahlen handelt sich jeweils um eine Schätzung für das kommende Jahr. Für das Jahr 2022 prognostizierte GfK eine Kaufkraft der Deutschen von 24.807 EUR pro Kopf. Dies entspricht einem Plus von 4,3 Prozent gegenüber dem Vorjahr.

Höchste Kaufkraft je Einwohner*in 2022 in München, geringste in Duisburg, Hannover im Mittelfeld

Im Großstädtevergleich liegt die Kaufkraft bei durchschnittlich 25.384 EUR pro Kopf und damit leicht über dem Bundesschnitt. München liegt mit 32.364 EUR klar auf Rang 1 vor Düsseldorf mit 28.674 EUR/Kopf und Stuttgart (27.590 EUR/Kopf). Das geringste verfügbare Einkommen gibt es in Duisburg mit lediglich 20.447 EUR/Kopf. Hannover liegt im Mittelfeld auf Rang 8, die Kaufkraft von 24.766 EUR/Kopf ist dabei etwas geringer als der Schnitt der 15 Großstädte.

Die Kaufkraft lässt sich auch als Index ausdrücken, bei dem der Wert 100 dem Wert Deutschlands entspricht. Die sieben Großstädte mit der höchsten Kaufkraft erreichen einen überdurchschnittlichen Kaufkraftindex: von Nürnberg mit 103,3 bis zu München mit 130,5 (vgl. Abb. 15). In München ist die Kaufkraft damit 30,5 Prozent höher als im Bundesdurchschnitt. In den übrigen Großstädten ist die Kaufkraft unterdurchschnittlich. Den höchsten Wert erreicht dabei Hannover mit 99,8 Prozent, in Duisburg auf Rang 15 liegt der Index bei lediglich 82,4 Prozent.

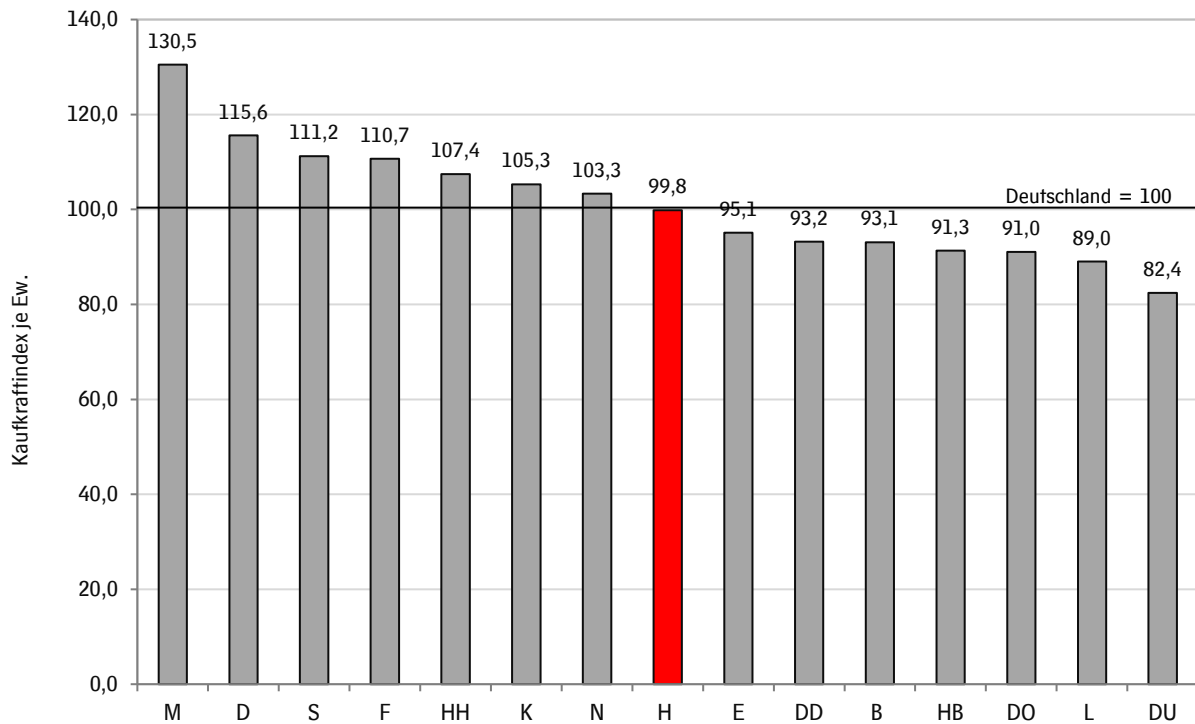
Das **Bruttoinlandsprodukt (BIP)** umfasst gemäß des Arbeitskreises der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen der Länder (VGRdL) den Wert aller während eines Jahres produzierten Waren und Dienstleistungen innerhalb eines Wirtschaftsgebietes – hier: einer Großstadt. Es entspricht der Bruttowertschöpfung aller Wirtschaftsbereiche zuzüglich der Gütersteuern und abzüglich der Gütersubventionen.

Rückgang des BIP in allen Großstädten 2020 gegenüber 2019

Nachdem das BIP sowohl insgesamt (Summe), pro Kopf als auch pro erwerbstätiger Person im ungewichteten Schnitt der 15 Großstädte in den letzten zehn Jahren bis 2019 stets gestiegen war, gab es 2020 einen Rückgang: Das BIP je Einwohner*in sank um 4,0 Prozent von 60.767 EUR auf 58.324 EUR, das BIP je erwerbstätiger Person sank um 3,2 Prozent von 84.410 EUR auf 81.718 EUR. Die Gesamtsumme des BIP in den 15 Großstädten ging von 868,00 Mrd. EUR um 3,8 Prozent auf 835,45 Mrd. EUR zurück. In Stuttgart war der Rückgang 2020 mit 7,6 Prozent relativ am größten (-4,37 Mrd. EUR), gefolgt von Duisburg und Hamburg. Essen (-1,0 %) und Dresden (-1,6 %) hatten die relativ geringsten Rückgänge hinzunehmen. Hannovers Rückgang um 3,8 Prozent – von 36,50 Mrd. EUR auf 35,09 Mrd. EUR – entspricht dem Schnitt des Großstädtevergleichs. Abbildung 16 zeigt das BIP pro erwerbstätiger Person der Jahre 2018 bis 2020. In jeder Großstadt war der Wert 2020 gegenüber 2019 rückläufig.

Abbildung 15:

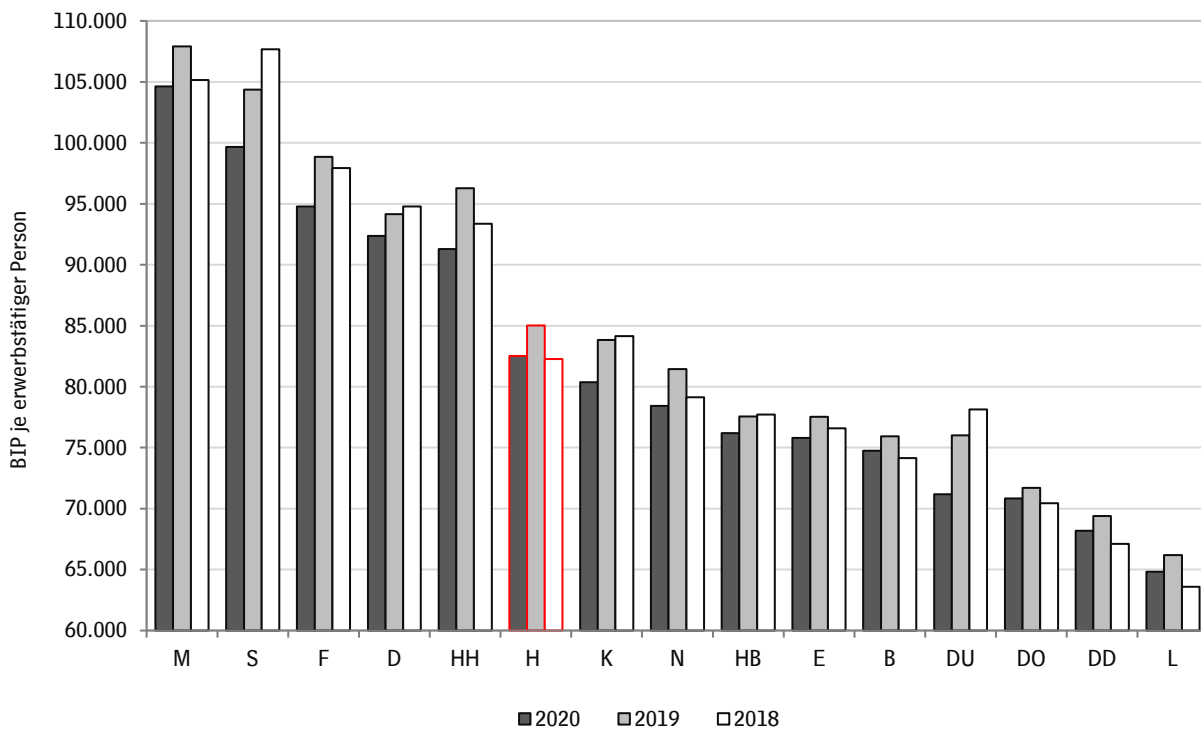
Kaufkraftindex je Einwohner*in (Deutschland = 100) in ausgewählten deutschen Großstädten 2022



Quelle: GfK-Geomarketing

Abbildung 16:

Bruttoinlandsprodukt je erwerbstätiger Person in ausgewählten deutschen Großstädten 2020, 2019 und 2018



Quelle: Arbeitskreis Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder (VGRdL)

4. Innenstadt - Einzelhandel

In diesem Kapitel wird zunächst die Entwicklung der Passant*innenfrequenzen in innerstädtischen Einkaufsstraßen des Großstädtevergleichs der letzten Jahre beschrieben. Anschließend wird der Einzelhandelsumsatz der Jahre 2022 und 2021 verglichen, und als drittes Thema werden Laden- und Büromieten des Jahres 2022 ausgewertet.

Zählung der Passant*innenfrequenzen in innerstädtischen Einkaufsstraßen an 78 Messpunkten

Die Firma hystreet.com GmbH erfasst an inzwischen 78 Standorten in allen Städten des Großstädtevergleichs außer Duisburg durch Lasermessung durchgehend die **Zahl der Passant*innen** in Einkaufsstraßen. Die Zahl der Messstandorte reicht von einem in Dresdens Prager Straße über zwei in Bremen (Obernstraße und Sögestraße) sowie Dortmund (Westenhellweg Mitte und Ort) bis hin zu 11 in Köln und 9 in Düsseldorf. In Hannover wird mit der Georgstraße, Großen Packhofstraße und Karmarschstraße an drei Standorten gemessen; die Georgstraße weist hier die höchsten Passant*innenfrequenzen auf. Sofern eine Einkaufsstraße mehrere Messpunkte besitzt, z. B. die Neuhauser Straße in München, die Schildergasse in Köln und die Schadowstraße in Düsseldorf, wird im Folgenden nur der Standort der Straße mit der höchsten Passant*innenzahl berücksichtigt.

Meistfrequentierte Einkaufsstraßen 2022 in München, Frankfurt und Hannover

Der meistfrequentierte Lasermesspunkt der Einkaufsstraßen im Großstädtevergleich war 2022 wie bereits im Vorjahr die Neuhauser Straße (Ost) in München mit 25,12 Mio. Passant*innen (2021: 16,63 Mio. Passant*innen), erneut gefolgt von der Kaufinger Straße, ebenfalls in München, mit 24,15 Mio. Passant*innen (2021: 15,52 Mio.) (vgl. Abb. 17). Auf Rang 3 folgt die Frankfurter Zeil (Mitte) (23,90 Mio. Passant*innen, 2021: 12,53 Mio.) vor der Georgstraße in Hannover mit 21,22 Mio. Messungen (2021: 14,03 Mio.) Dass die Zeil (Mitte) 2021 nur auf Rang 5 hinter der Schildergasse (West) in Köln (13,60 Mio.) lag, ergab sich durch mehrfache Messstörungen durch Laserausfall.

Deutlich verringerte Passant*innenfrequenzen in den Coronajahren 2020 und 2021

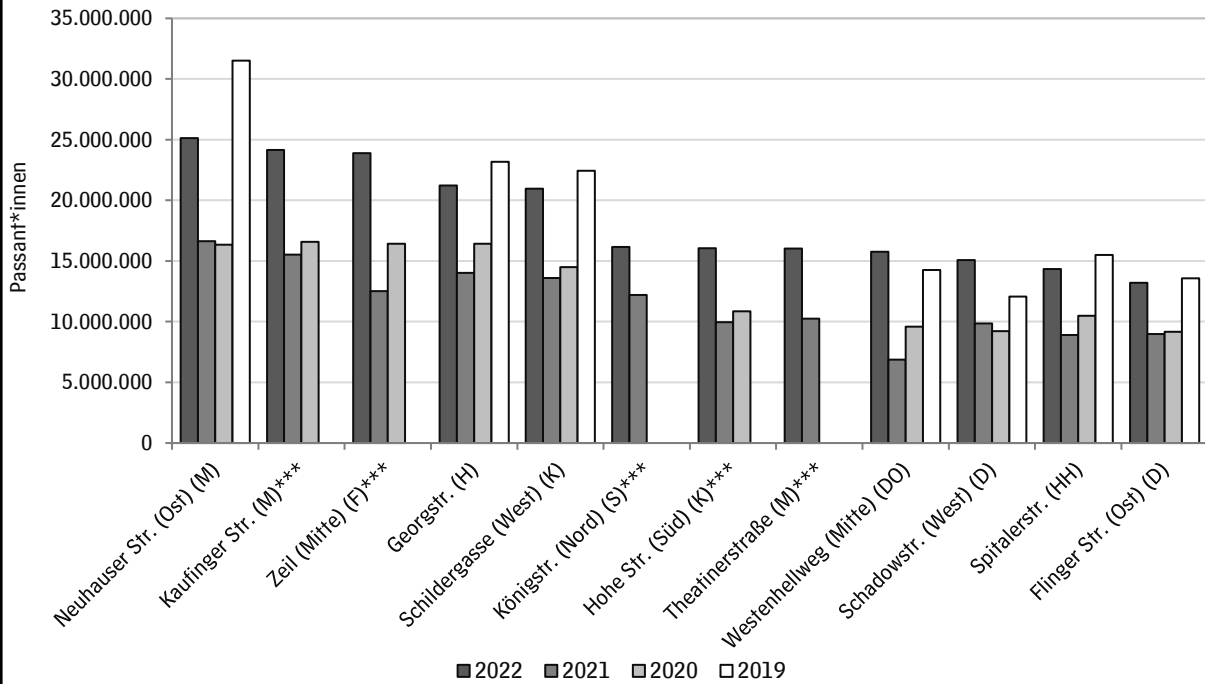
Abbildung 17 zeigt anschaulich die an allen Standorten 2022 deutlich höheren Frequenzen als in den beiden stark durch Coronamaßnahmen geprägten Vorjahren 2020 und 2021. Verglichen mit 2019 sind die Passant*innenfrequenzen 2022 allerdings tendenziell niedriger. Abbildung 18 zeigt dies exemplarisch für die Georgstraße in Hannover: Nur in den Sommermonaten waren die Frequenzen 2022 höher als 2019. In den ersten Monaten des Jahres 2022 lagen sie in der Georgstraße deutlich unter denen von 2019, als es anders als in den ersten Monaten 2022 keine Maßnahmen wie Maskenpflicht in Innenräumen (Einzelhandel, Gastronomie, Kulturveranstaltungen usw.), 2Gplus- (inkl. Pflicht zu einem offiziellen Coronatest), 2G- oder 3G-Regelungen und noch keine Sorge vor einer Ansteckung mit dem Covid-19-Virus gab. Lagen Passant*innenfrequenzen in der Georgstraße von Januar bis April 2022 noch deutlich (20,6 %) unter den Werten von 2019 (wenn auch viel höher als 2020 und 2021; vgl. Abb. 18), waren sie zwischen Mai und Dezember insgesamt eher ähnlich: 2022 2,8 Prozent niedriger als im Vergleichszeitraum 2019. Über das ganze Jahr 2022 betrachtet war die Passant*innenfrequenz in der Georgstraße 2022 8,5 Prozent geringer als 2019.

Passant*innenfrequenzen 2022 häufig unter dem Niveau von 2019

Für 7 der in Abbildung 17 dargestellten 12 Standorte mit den höchsten Frequenzen im Jahr 2022 liegen Vergleichswerte für 2019 vor, und in 5 dieser Fälle lagen die Werte niedriger als 2019. Nur der Westenhellweg (Mitte) in Dortmund (15,76 Mio.) und die Schadowstraße (West) in Düsseldorf (15,08 Mio.) hatten 2022 mehr Passant*innen als im Jahr 2019.

Abbildung 17:

Die 12 meistfrequentierten innerstädtischen Einkaufsstraßen* in ausgewählten deutschen Großstädten 2022, 2021, 2020 und 2019**

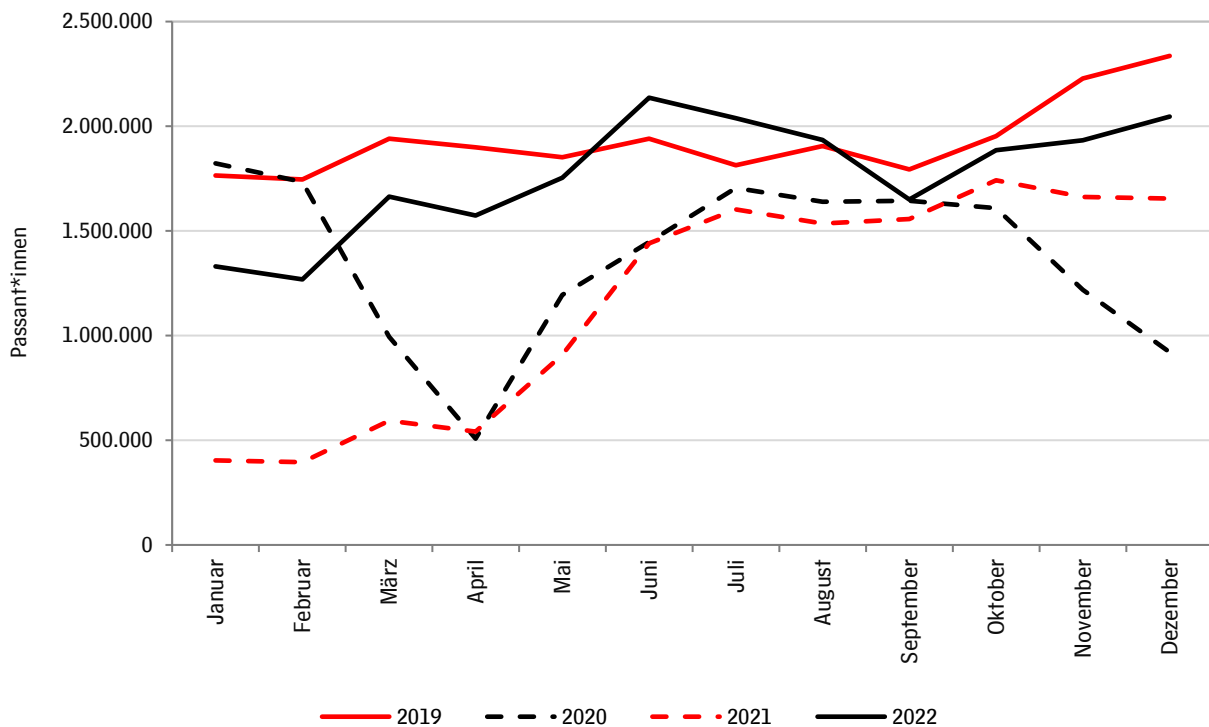


* bei mehreren Messpunkten in einer Straße wurde der Messpunkt mit der höchsten Zahl berücksichtigt
 ** ohne Duisburg
 *** Standorte ohne 2019 und tw. 2020, falls die Lasermessung erst im Laufe des Jahres begann

Quelle: hystreet.com

Abbildung 18:

Entwicklung der monatlichen Zahl der Passant*innen am Standort Georgstraße in der City von Hannover von 2019 bis 2022



Quelle: hystreet.com

Einzelhandelsumsatz 2022 gegenüber 2021 gesunken

Der in den 15 größten deutschen Städten erwirtschaftete **Einzelhandelsumsatz** lag gemäß **GfK-Geomarketing 2022** bei 85,32 Mrd. EUR, das entspricht einem Fünftel (20 %) des Einzelhandelsumsatzes in Deutschland. Gegenüber dem Vorjahr ist er im Großstädtevergleich um 1,6 Prozent gesunken. Nur in Leipzig blieb der Umsatz mit knapp 2,83 Mrd. EUR konstant. In den übrigen Städten reichte der Rückgang von minimal 0,3 Prozent in Dresden (3,04 Mrd. EUR Einzelhandelsumsatz 2022) und 0,6 Prozent in Berlin (19,15 Mrd. EUR) bis zu maximal 3,2 Prozent Schrumpfung in Stuttgart (3,96 Mrd. EUR) und 2,7 Prozent in Köln (6,84 Mrd. EUR) sowie Hannover (3,30 Mrd. EUR Einzelhandelsumsatz).

Auch pro Kopf, d. h. je Einwohner*in, ist der Einzelhandelsumsatz 2022 in allen 15 Großstädten gegenüber dem Vorjahr gesunken. In München ist er mit 7.196 EUR/Ew. deutlich am höchsten, gefolgt von Nürnberg (6.696 EUR/Ew.) und Düsseldorf (6.656 EUR/Ew.) (vgl. Abb. 19). In Leipzig ist der bevölkerungsbezogene Einzelhandelsumsatz mit 4.735 EUR/Ew. am geringsten hinter Duisburg (4.843 EUR/Ew.) und Berlin (5.225 EUR/Ew.). Hannover liegt mit 6.179 EUR/Ew. auf Rang 6 und damit über dem Durchschnitt des Großstädtevergleichs von 5.868 EUR/Ew.

Angaben des IVD zu Laden- und Büromieten 2022

Die Preisangaben im **IVD-Gewerbe-Preisspiegel 2022/2023** zu Laden- und Büromieten fußen auf aktuellen Marktpreisen des 1. Halbjahres 2022. Die Ladenmieten sind monatlich netto kalt in EUR je m² bei ebenerdiger Ladenfläche angegeben. Für Hannover liegen für 2022 keine Angaben zu den Ladenmieten vor. Unterschieden wird nach Geschäftskern 1A-Lage für kleine (ca. 60 m²) und für große (ca. 150 m²) Ladengeschäfte. Es werden zudem Spitzen- bzw. Höchstmiete für Spitzenobjekte in Toplagen angegeben, allerdings nur für 6 der 15 Großstädte des Städtevergleichs. Bei den Büromieten (netto kalt in EUR je m² monatlich) bietet IVD zwei Kennzahlen an: guter Nutzungswert und eine Spitzen- bzw. Höchstmiete für Spitzenobjekte in Toplagen, die 2022 für sieben Großstädte vorliegt.

Seit 2017 Ladenmieten deutlich gefallen, Büromieten deutlich gestiegen

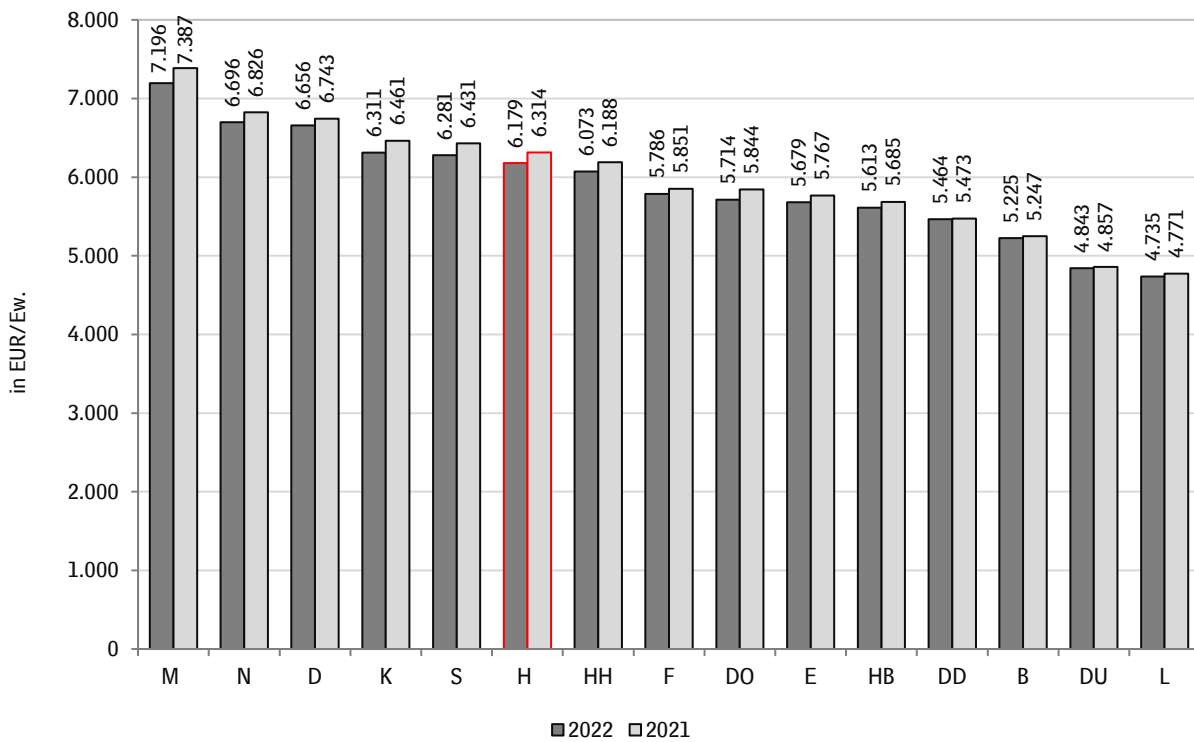
2017 sind zuletzt die Laden- und Büromieten im Schnitt der Großstädte in allen fünf Kategorien gestiegen. Seither zeigte sich bei den Ladenmieten eine deutlich negative und bei den Büromieten eine deutlich positive Entwicklung im ungewichteten Großstädteschnitt. 2022 gegenüber 2017 ist die Ladenmiete Geschäftskern 1A-Lage für kleine Geschäfte um 17,6 Prozent auf 163,33 EUR/m² gesunken (vgl. hierzu auch Abb. 20); die für große Geschäfte um 19,4 Prozent auf 108,07 EUR/m² (2022 jeweils ohne Hannover). Bei der Spitzen- bzw. Höchstmiete für Spitzenobjekte ging die Miete im Großstädteschnitt um 15,5 Prozent auf 187,78 EUR/m² zurück (2017 Angaben für sieben, 2022 für sechs der Großstädte). Bei den Büromieten guter Nutzungswert gab es dagegen einen deutlichen Anstieg um 15,0 Prozent auf 16,95 EUR/m² im Schnitt der 15 Großstädte. Bei der Spitzen- bzw. Höchstmiete für Spitzenobjekte betrug der Anstieg sogar 20,6 Prozent auf 25,49 EUR/m² (2017 und 2022 Angaben für sieben Großstädte).

Höchste Ladenmieten in Frankfurt, günstigste Miete für Büros mit gutem Nutzungswert in Hannover

Die höchsten Ladenmieten werden 2022 durchweg in Frankfurt erzielt: für kleine Ladengeschäfte 290 EUR/m² (minimal 60 EUR/m² in Duisburg), große Ladengeschäfte 230 EUR/m² (minimal 35 EUR/m² in Dresden) und für Ladengeschäfte als Spitzenobjekte in Toplagen 290 EUR/m². Die Büromieten für Immobilien mit nach Lage und Ausstattung gutem Nutzungswert sind mit 36,50 EUR/m² in München am höchsten (minimal 10,25 EUR/m² in Hannover), die für Spitzenobjekte in Toplagen in Berlin (42 EUR/m²).

Abbildung 19:

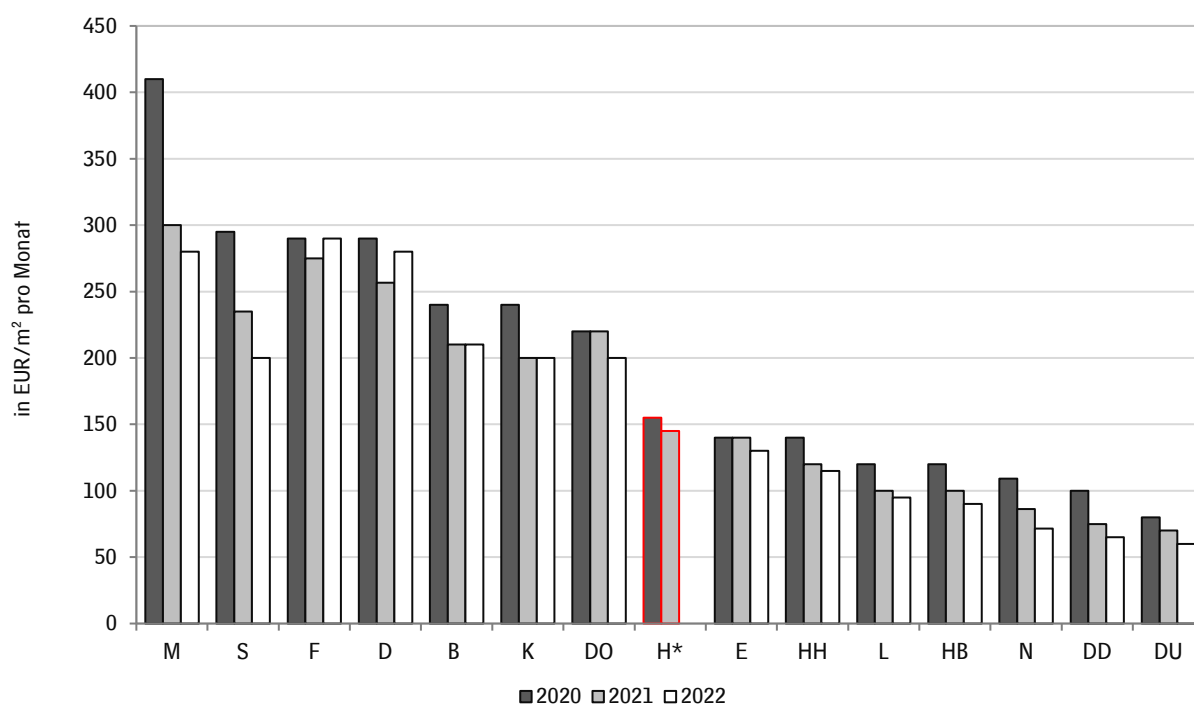
Einzelhandelsumsatz pro Kopf in ausgewählten deutschen Großstädten 2022 gegenüber 2021



Quelle: GfK Geomarketing

Abbildung 20:

Entwicklung der monatlichen Ladenmieten im Geschäftskern 1A-Lage für kleine Geschäfte (ca. 60 m², ebenerdig, netto kalt) in ausgewählten deutschen Großstädten von 2020 bis 2022



* Hannover: 2022 keine Angabe

Quelle: IVD-Gewerbe-Preisspiegel 2022/2023

5. Sozialstruktur

Im Folgenden werden die Themen Einbürgerungen, Krankenhausstatistik, Wohngeld und das con_sens-Benchmarking behandelt.

Merkmale der Einbürgerungsstatistik und Definition Einbürgerungen

Die **Einbürgerungsstatistik** der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder umfasst neben der Zahl der Einbürgerungen insgesamt (ab 2011 vorliegend) unter anderem die Zahl der Einbürgerungen von Ausländer*innen unterteilt nach ehemaliger Staatsangehörigkeit EU-Staaten und Nicht EU-Staaten, die Einbürgerungsquote und das ausgeschöpfte Einbürgerungspotential (ab 2016 vorliegend). **Einbürgerungen** sind die Gesamtzahl der im Laufe eines Jahres durch deutsche Behörden vollzogenen Einbürgerungen von Ausländer*innen. Bei der Einbürgerung wird der ausländischen Person durch die Aushändigung einer Einbürgerungsurkunde die deutsche Staatsangehörigkeit verliehen. Hierfür muss ein Antrag gestellt werden und die betreffende ausländische Person muss bestimmte Voraussetzungen erfüllen. Der Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit durch Geburt von im Inland geborenen Kindern ausländischer Eltern ist in der Statistik nicht enthalten.

37.400 Einbürgerungen im Großstädtevergleich 2021 – zweithöchster Wert seit 2011

Zwischen 2011 und 2021 gab es in Deutschland insgesamt 1,25 Mio. Einbürgerungen. In diesem Elfjahreszeitraum waren es im Großstädtevergleich 371.900, das entspricht 29,7 Prozent aller Einbürgerungen in Deutschland. Die 37.400 Einbürgerungen des aktuellsten Jahres 2021 waren dabei der zweithöchste Wert nach 2019 (vgl. Abb. 21). Die meisten Einbürgerungen gab es 2011 bis 2021 insgesamt in Berlin (73.000), Hamburg (63.900) und München (47.200), die wenigsten in Dresden (3.800) und Leipzig (5.500) hinter Duisburg (12.600). Hannover liegt mit 14.100 Einbürgerungen in elf Jahren auf Rang 10.

Einbürgerungsquote im Großstädtevergleich mit 1,3 Prozent nur geringfügig über der Deutschlands

Die **Einbürgerungsquote** setzt die Zahl der Einbürgerungen im jeweiligen Jahr in das Verhältnis zur Zahl der Ausländer*innen nach Bevölkerungsfortschreibung zum Jahresende des Vorjahres der Einbürgerung. In den letzten Jahren war die Einbürgerungsquote in Deutschland nur wenig geringer als im Großstädtevergleich, sie lag 2021 bei 1,2 Einbürgerungen je 100 ausländischen Einwohner*innen in Deutschland – d. h. bei 1,2 Prozent – und bei 1,3 im ungewichteten Mittelwert der Großstädte. Von 2016 bis 2021 hatte Hamburg mit im Schnitt einer jährlichen Einbürgerungsquote von 1,9 Prozent den höchsten Wert, Berlin mit 1,0 den geringsten (Hannover: Rang 6 mit 1,3 %).

Höchstes ausgeschöpftes Einbürgerungspotential in Leipzig und Dresden

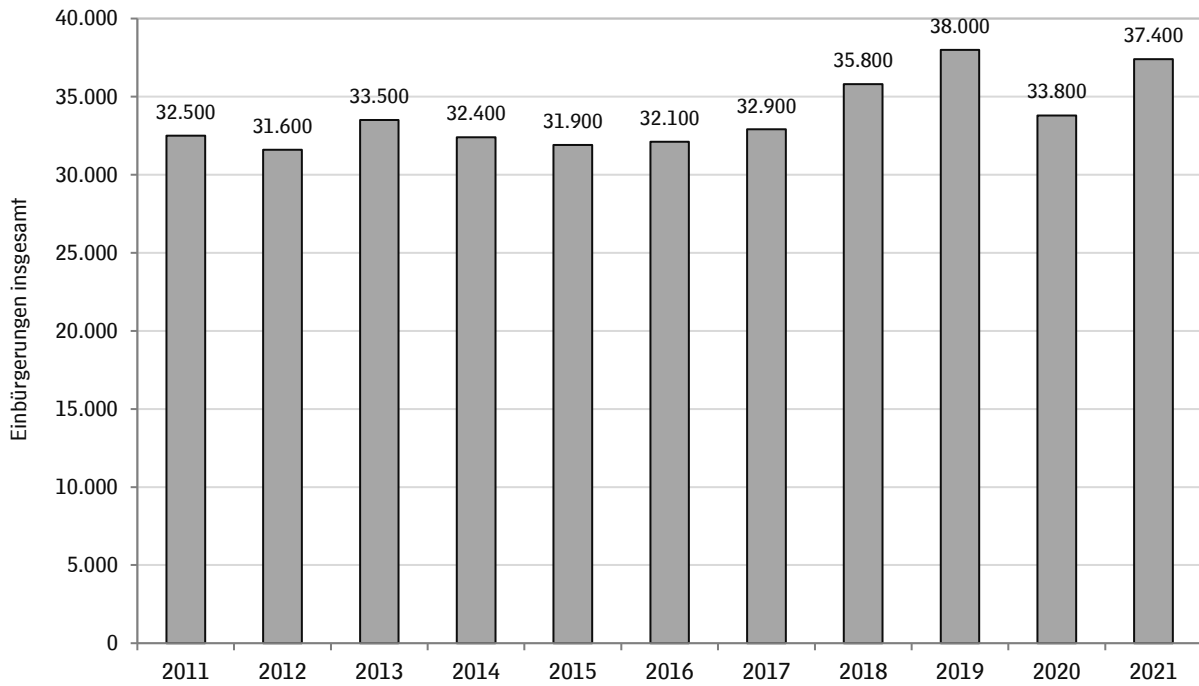
Das **ausgeschöpfte Einbürgerungspotential** setzt die Zahl der Einbürgerungen im jeweiligen Jahr in das Verhältnis zur Zahl der Ausländer*innen, die sich laut dem Ausländerzentralregister zum Jahresende des Vorjahres der Einbürgerung seit mindestens 10 Jahren in Deutschland aufgehalten haben. 2021 lag die Quote in Deutschland bei 2,5 Prozent und im Großstädtevergleich etwas höher bei 2,7 Prozent. Obwohl Dresden und Leipzig seit 2016 absolut die insgesamt wenigsten Einbürgerungen erzielten (s. o.), wiesen sie mit 4,0 Prozent in Leipzig und 3,9 Prozent in Dresden die höchsten ausgeschöpften Einbürgerungspotentiale auf, gefolgt von Hamburg (3,5 %). Hannover folgt hinter Bremen (3,1 %) und München (2,5 %) mit 2,3 Prozent auf Rang 6. Schlusslicht ist Berlin mit 1,8 Prozent hinter Duisburg mit 2,0 Prozent Einbürgerungsquote.

73 Prozent der Einbürgerungen mit ehemaliger Staatsangehörigkeit Nicht EU-Staaten

Betrachtet man die Einbürgerungen von Ausländer*innen unterteilt nach **ehemaliger Staatsangehörigkeit**, so lag der Anteil an EU-Staaten von 2016 bis 2021 in Deutschland bei 30 Prozent und im Großstädtevergleich etwas niedriger bei 27 Prozent (d. h. 73 % Nicht EU-Staaten). Innerhalb der Großstädte hatte Bremen dabei mit einem Anteil von 85 Prozent ehemaliger Staatsangehörigkeit Nicht EU-Staaten den höchsten Wert vor

Abbildung 21:

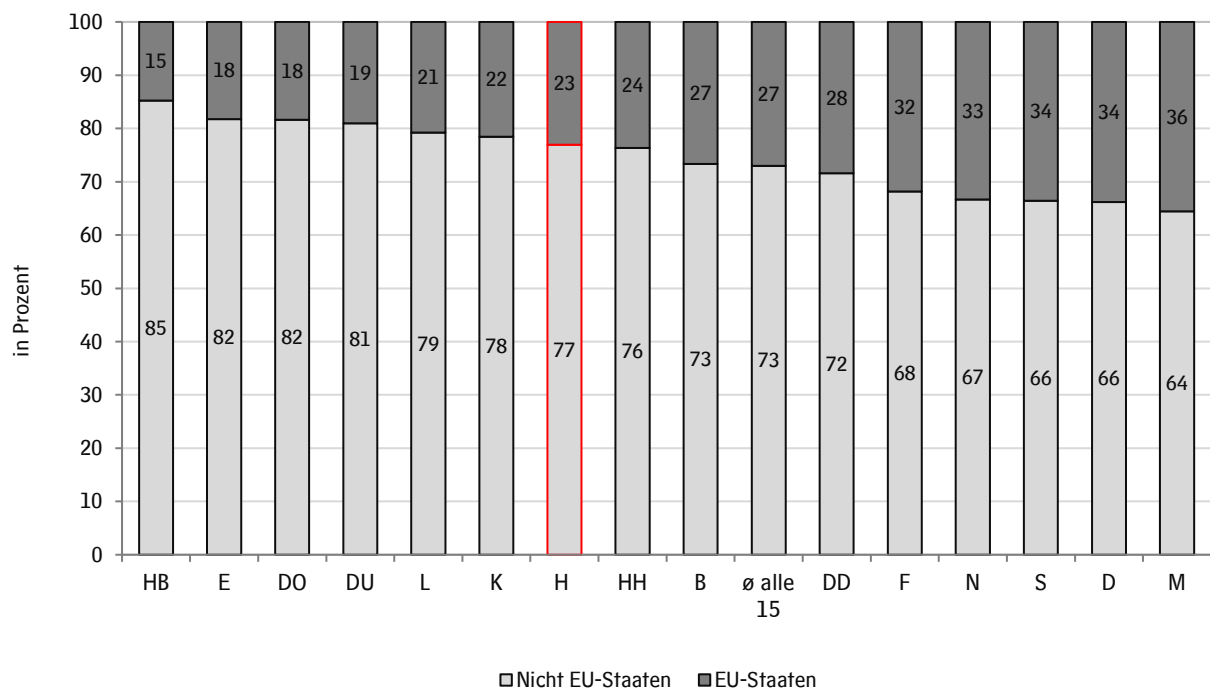
Einbürgerungen ausländischer Personen in den 15 größten deutschen Städten (Summe) 2011 bis 2021



Quelle: Statistische Landesämter

Abbildung 22:

Anteil der Einbürgerungen mit ehemaliger Staatsangehörigkeit Nicht EU-Staaten und EU-Staaten in ausgewählten deutschen Großstädten 2016 bis 2021 (Summe)



Quelle: Statistische Landesämter

Essen und Dortmund mit je 82 Prozent (vgl. Abb. 22). Die geringsten Anteile gab es in München mit 64 Prozent (d. h. umgekehrt ein Anteil EU-Staaten von 36 %) sowie Düsseldorf und Stuttgart mit je 66 Prozent. Hannover liegt mit 77 Prozent Nicht EU-Staaten etwas über dem Großstädtesschnitt von 73 Prozent.

Vergleichsgroßstädte vom bundesweiten Krankenhaussterben nicht betroffen

Von Ende 2009 bis Ende 2020 ist die Zahl der Krankenhäuser in Deutschland gemäß **Krankenhausstatistik 2020** kontinuierlich von 2.084 auf 1.903 um 181 bzw. 8,7 Prozent deutlich gesunken. Dies betrifft tendenziell nicht die 15 größten deutschen Städte, hier ist die Zahl der Krankenhäuser insgesamt recht konstant geblieben. Von 2016 bis 2020 stieg die Zahl sogar um 9 Krankenhäuser von 344 auf 353 an, das entspricht einem leichten Zuwachs um 2,6 Prozent. Mehr Krankenhäuser gab es in diesen vier Jahren in den größten Städten Hamburg (+8 Krankenhäuser), München und Berlin (je +6). Dies waren zugleich auch die Städte mit den stärksten relativen Zuwächsen. In Bremen, Düsseldorf, Köln und Leipzig blieb die Krankenhauszahl konstant, in den übrigen Städten gibt es je ein Krankenhaus weniger als 2016 außer in Frankfurt (-3) und Hannover (-2). In Hannover schlossen in den letzten Jahren die Landesfrauenklinik (Umbau der historischen Bausubstanz in Wohnungen) und das Oststadtkrankenhaus (Abriss und Errichtung eines Neubaugebiets).

Bettenrückgänge in Deutschland und im Großstädtevergleich

Die Zahl der aufgestellten Betten in Krankenhäusern (Jahresdurchschnitt) nahm von 2009 bis 2020 in Deutschland von 503.341 auf 487.783 Betten um 3,1 Prozent ab. Betrachtet man die letzten vier Jahre seit 2016, so war der Rückgang in Deutschland und im Großstädtevergleich mit 2,2 Prozent in relativen Zahlen gleich; absolut sank die Zahl in den 15 größten Städten von 101.533 auf 99.277 Betten ab. Dabei verzeichneten Hamburg (+2,8 %), Berlin (+2,3 %), Dortmund (+1,5 %) und Nürnberg (+0,9 %) Zuwächse, die stärksten Abnahmen gab es in Essen (-14,1 %), Hannover (-7,4 %), Düsseldorf (-6,7 %) und Frankfurt (-6,1 %).

Rückgang von Krankenhäusern und Krankenhausbetten in Hannover

Der Rückgang der Zahl der Krankenhausbetten in Hannover in den letzten vier Jahren um 7,4 Prozent entsprach in absoluten Zahlen einer Abnahme von 4.827 auf 4.468 Betten (-359). Abbildung 23 zeigt die längerfristige Entwicklung in Hannover seit 2009: Die Zahl der Krankenhäuser sank von 16 auf 12 um ein Viertel, die Zahl der Krankenhausbetten von 4.895 auf 4.468 um 8,7 Prozent.

Höchste Bettenzuwächse seit 2009 in der Geriatrie und der Kinder- und Jugendpsychiatrie

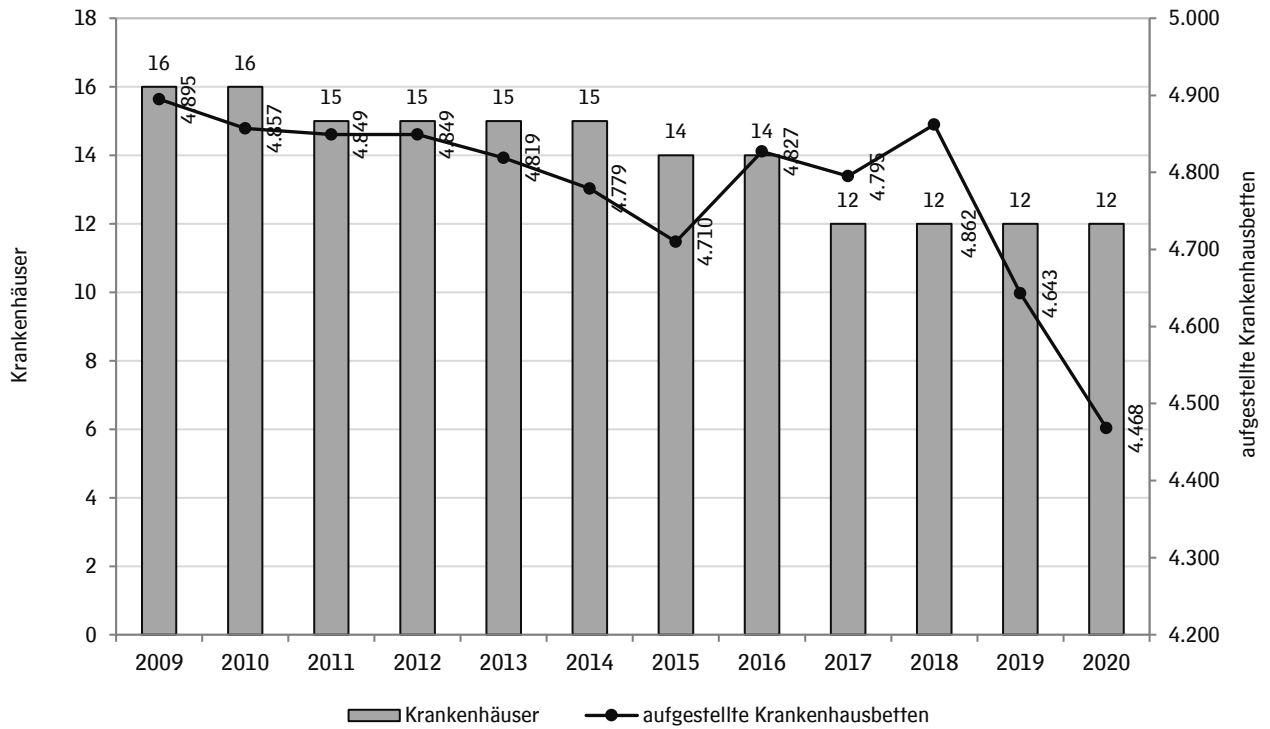
Die Entwicklung der Zahl der aufgestellten Krankenhausbetten nach Fachabteilungen in den 15 größten deutschen Städten 2009 bis 2020 stellt Abbildung 24 dar. Gegenüber 2009 ist bis 2020 die Bettenzahl bei einem Gesamtrückgang um 1,3 Prozent in der Geriatrie am stärksten gewachsen: Bei einem Indexwert von 100 im Jahre 2009 stieg der Index auf 146 an, das entspricht einem Zuwachs um 46 Prozent. Absolut stieg die Bettenzahl von 3.406 auf 4.979. In der Kinder- und Jugendpsychiatrie stieg der Index von 100 auf 140 ebenfalls stark an, die Bettenzahl von 987 auf 1.384. Mit Abstand folgen die Neurologie (Index 2020 = 119), die Allgemeine Psychiatrie, Psychosomatik/Psychotherapie (Index 2020 = 112) und die Übrigen Fachbereiche (Index 2020 = 111). In der Inneren Medizin hat es 2020 gegenüber 2009 ebenfalls eine Bettenzunahme gegeben (Index 2020 = 104).

Die deutlichsten relativen Rückgänge gab es bei der Bettenzahl in der Orthopädie mit einem Index im Jahr 2020 von 65 gegenüber 2009, das entspricht einer Abnahme um 35 Prozent. Es folgen die Hals-, Nasen-, Ohrenheilkunde (Index 2020 = 79), gefolgt von der Frauen- (Index = 83) und Augenheilkunde (Index = 84).

In absoluten Zahlen nahm die Bettenzahl in den Chirurgischen Fachabteilungen (-2.258 Betten) am stärksten ab, gefolgt von der Orthopädie (-1.713) und der Frauenheilkunde (-1.184). Die höchsten Bettenzuwächse gab es in der Geriatrie (+1.573), der Inneren Medizin (+1.116) und der Allgemeinen Psychiatrie, Psychosomatik/Psychotherapie (+1.104).

Abbildung 23:

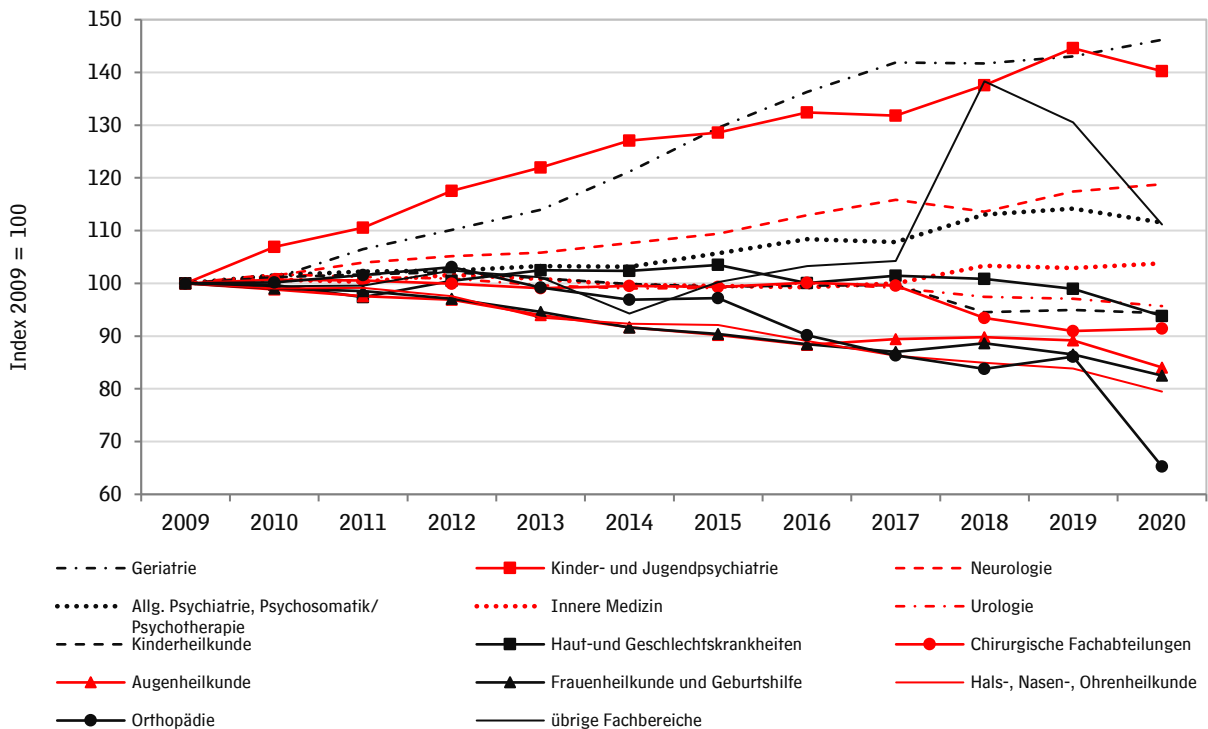
Entwicklung der Zahl der Krankenhäuser und der aufgestellten Krankenhausbetten in der LH Hannover 2009 bis 2020



Quelle: Statistische Landesämter

Abbildung 24:

Entwicklung der Zahl der aufgestellten Krankenhausbetten nach Fachabteilungen in den 15 größten deutschen Städten 2009 bis 2020 (Index 2009 = 100)



Quelle: Statistische Landesämter

Wohngeld unterstützt einkommensschwache Haushalte

Wohngeld ist eine staatliche Sozialleistung für Haushalte, die aufgrund ihres geringen Einkommens einen Zuschuss zur Wohnungsmiete (Mietzuschuss) oder zu den Kosten selbst genutzten Wohneigentums (Lastenzuschuss) erhalten. Wohngeld wird nur an Personen geleistet, die keine Transferleistungen (wie z. B. Arbeitslosengeld II – ab 2023 „Bürgergeld“, Sozialhilfe, Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung) beziehen, da bei Transferleistungen die Unterkunftskosten in der Regel bereits berücksichtigt werden.

Das Wohngeld kommt in erster Linie Mieter*innen zugute: gut 98 Prozent der Wohngeld beziehenden Haushalte erhielten Ende 2021 im Großstädtevergleich einen Mietzuschuss, nur knapp 2 Prozent einen Lastenzuschuss für Haus- und Wohnungseigentum. Nur in Bremen ist der Anteil des Lastenzuschusses mit 7,6 Prozent ähnlich hoch wie in Deutschland mit 6,3 Prozent; in den übrigen Städten des Großstädtevergleichs reicht der Anteil von 0,7 Prozent in Frankfurt und 0,8 Prozent in Leipzig bis zu 3,1 Prozent in Nürnberg (Hannover: 2,5 %).

Zahl der Wohngeld beziehenden Haushalte sank 2021 um 3,7 Prozent

Die Zahl der Wohngeldhaushalte im Großstädtevergleich ist von Ende 2019 auf Ende 2020 von 89.900 auf 108.700 im Zuge der Wohngeldreform 2020 (unter anderem durch mehr Anträge auf Wohngeld) um deutliche 21 Prozent gestiegen. Ende 2021 gab es 104.600 Wohngeldhaushalte und damit 3,7 Prozent weniger als im Vorjahr. In Deutschland war der Rückgang mit 3,5 Prozent relativ ähnlich. Nur in Nürnberg und Essen (je +1,7 %) sowie in Frankfurt (+0,9 %) gibt es mehr Wohngeldhaushalte als im Vorjahr. Die relativ stärksten Rückgänge gab es 2021 in München (-13,0 %), Bremen (-11,0 %) und Hannover (-10,0 %).

Die meisten Wohngeldhaushalte gibt es in den Millionenstädten Berlin (24.100), Hamburg (12.300) und Köln (8.400). München ist dabei eine Ausnahme: Obwohl es die drittgrößte Stadt Deutschlands ist, gibt es hier die wenigsten Wohngeldhaushalte (2.100) im Großstädtevergleich hinter Bremen (3.000).

Anteil der Wohngeld beziehenden Haushalte reicht von nur 0,3 Prozent in München bis zu 2,2 Prozent in Nürnberg

Bezogen auf die Gesamtzahl der Haushalte (per 1.1.2021) hat München Ende 2021 mit 0,3 Prozent Anteil an Wohngeldhaushalten den mit Abstand geringsten Anteil hinter Bremen (1,0 %) sowie Stuttgart und Frankfurt mit je 1,1 Prozent. Den höchsten Anteil gibt es in Nürnberg mit 2,2 Prozent gefolgt von Düsseldorf und Dortmund mit je 2,1 Prozent. Hannover bewegt sich mit 1,7 Prozent wie Essen im Mittelfeld der 15 Großstädte (vgl. Abb. 25).

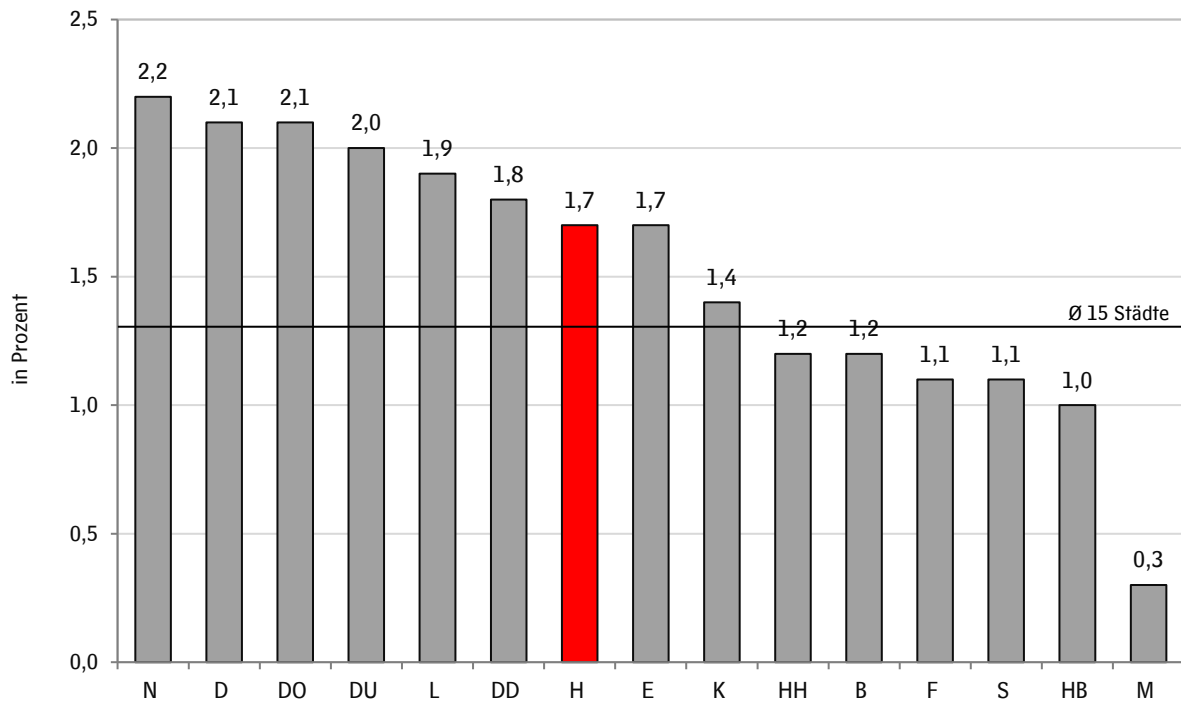
Der durchschnittliche monatliche Wohngeldanspruch insgesamt im Großstädtevergleich (ungewichtet) stieg von 201 EUR Ende 2020 (davon 200 EUR Mietzuschuss und 247 EUR Lastenzuschuss) auf 215 EUR (davon 213 EUR Mietzuschuss und 258 EUR Lastenzuschuss) Ende 2021 an. In Deutschland ist der Anspruch mit 192 EUR etwas geringer. In Düsseldorf (264 EUR), Frankfurt (255 EUR) und Köln (248 EUR) ist der durchschnittliche monatliche Wohngeldanspruch am höchsten, in Leipzig mit 162 EUR hinter Dresden (164 EUR) und Berlin (184 EUR) am geringsten (Hannover: 214 EUR, das entspricht fast genau dem ungewichteten Schnitt der Großstädte) (vgl. Abb. 26).

Große Wohngeldreform zum 1.1.2023

Zum 1. Januar 2023 wurde durch eine erneute Reform das Wohngeld deutlich erhöht und ein größerer Personenkreis anspruchsberechtigt. Mit dieser größten Wohngeldreform in der Geschichte Deutschlands können rund zwei Millionen Haushalte das neue „Wohngeld Plus“ bekommen. Bisher erhielten rund 600.000 Haushalte Wohngeld. Allein rund 1,4 Millionen Haushalte werden durch die Reform erstmals oder wieder einen Anspruch auf Wohngeld erhalten. In Hannover wurde bereits ab November 2022 ein spürbarer Anstieg der Wohngeldanträge registriert.

Abbildung 25:

Anteil der Wohngeldhaushalte an allen privaten Haushalten* in ausgewählten deutschen Großstädten am 31.12.2021

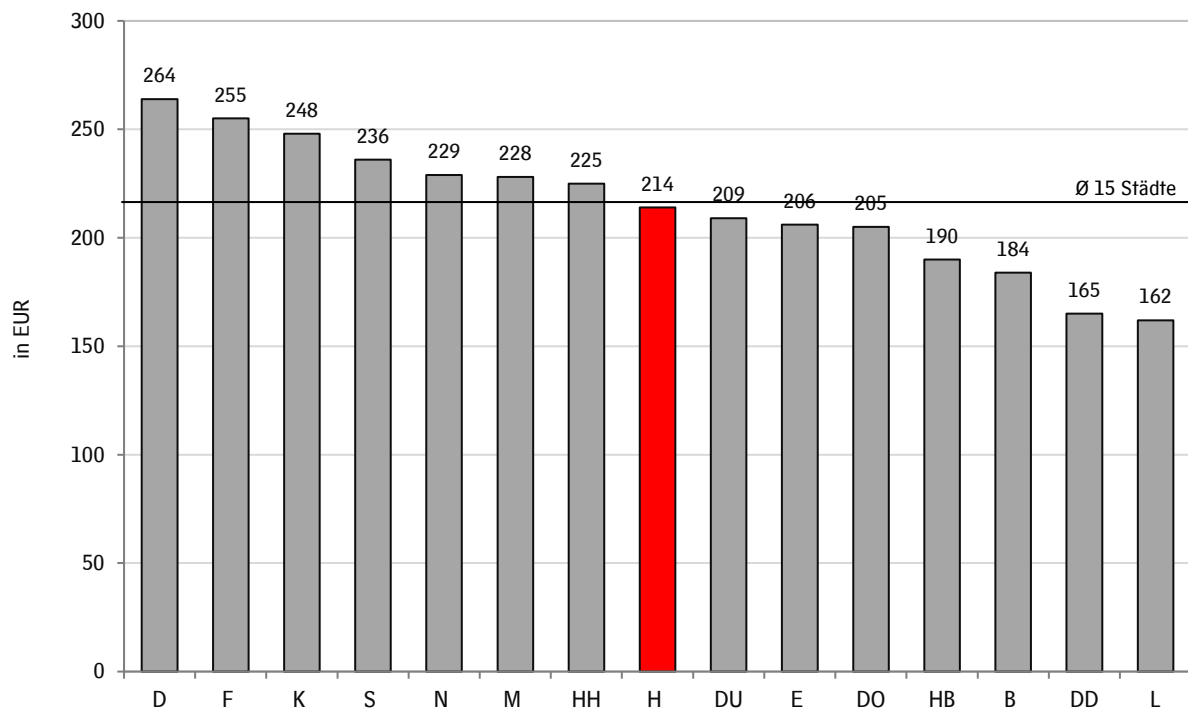


* Stand 1.1.2021

Quelle: Statistische Landesämter

Abbildung 26:

Durchschnittlicher monatlicher Wohngeldanspruch insgesamt in ausgewählten deutschen Großstädten am 31.12.2021



Quelle: Statistische Landesämter

Die Firma **con_sens** führt seit rund 20 Jahren im Auftrag der beteiligten Großstädte ein **Benchmarking zu sozialen Leistungen** durch. Dies umfasst die Städte des Großstädtevergleichs ohne Berlin und Hamburg, dafür inklusive Rostock (im Folgenden in Mittelwerten enthalten). Im sozialen Monitoring 2021 wurden untersucht:

1. Leistungen nach dem Sozialgesetzbuch (SGB) XII

- Hilfe zum Lebensunterhalt (HLU)
- Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung (GSiAE)
- Hilfen zur Gesundheit (HzG)
- Hilfe zur Pflege (HzP)

2. Leistungen nach dem Sozialgesetzbuch (SGB) II

3. Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG)

Zahl der Regelleistungsberechtigten nach dem SGB II gesunken

Die Gesamtzahl der Regelleistungsberechtigten in den 14 Benchmarking-Großstädten, die Leistungen nach dem **Sozialgesetzbuch II** erhalten, ist gemäß **con_sens** von 888.886 im Dezember 2020 auf 843.233 im Dezember 2021 um 5,1 Prozent gesunken. Insbesondere durch Auswirkungen der Coronapandemie waren im Vergleich Dezember 2019 zu Dezember 2020 3,3 % mehr Regelleistungsberechtigte im SGB II-Leistungsbezug (Dezember 2019: 860.561). Zwischen 2019 und 2020 ist die absolute Zahl der Leistungsberechtigten von Leistungen der **Hilfe zum Lebensunterhalt** außerhalb von Einrichtungen (a.v.E.) in allen betrachteten 14 Städten von 18.480 auf 17.419 Leistungsberechtigte zurückgegangen (-5,4 %). 2021 ist die Anzahl an HLU-Empfänger*innen im Vergleich zu 2020 um nochmals 6 Prozent gesunken (-16.442 Personen). In den identischen Zeiträumen ist die Zahl der Leistungsberechtigten von **Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung** a.v.E. zunächst von 154.565 (2019) auf 157.817 (2020) und auf 159.785 (2021) gestiegen. Prozentual betrachtet entspricht dies einem Anstieg um 2,1 Prozent bzw. 1,3 Prozent.

Nach einem leichten Anstieg der einwohnerbezogenen Dichte der **Hilfe zur Pflege** im Jahr 2020 im Mittelwert der Großstädte von 0,3 Prozent sank die HzP-Gesamtdichte im Jahr 2021 um 1,0 Prozent. 2021 erhielten insgesamt 43.896 Personen Leistungen der Hilfe zur Pflege in und außerhalb von Einrichtungen (ohne die Leistungsberechtigten der Stadt Frankfurt und ohne Leistungsberechtigte in Einrichtungen der Stadt München). Bei den Auszahlungen pro Einwohner*in sowie je Person im Leistungsbezug sind hingegen stetige Steigerungen zu verzeichnen.

Höchste Dichte nach dem Asylbewerberleistungsgesetz in Hannover

In den Großstädten sind 2021 unterschiedliche Entwicklungen der Gesamtdichte nach dem **Asylbewerberleistungsgesetz** sichtbar (Schnitt: -1,9 %, ohne München). Hannover hat mit dem größten Anstieg im Jahr 2021 die höchste Dichte von 6,0 Leistungsbeziehenden pro 1.000 Einwohner*innen erreicht (vgl. Abb. 27). Bedingt ist dies durch die nicht erfüllten Aufnahmequoten in den Vorjahren. Ende 2021 bezogen insgesamt über 37.100 Personen (ohne München) Leistungen nach dem AsylbLG. Im Dezember 2020 lag die Anzahl der Leistungsbeziehenden noch bei 38.000 (-2,2 %).

Transferleistungsdichte in München mit 59 Leistungsbeziehende je 1.000 Einwohner*innen am geringsten

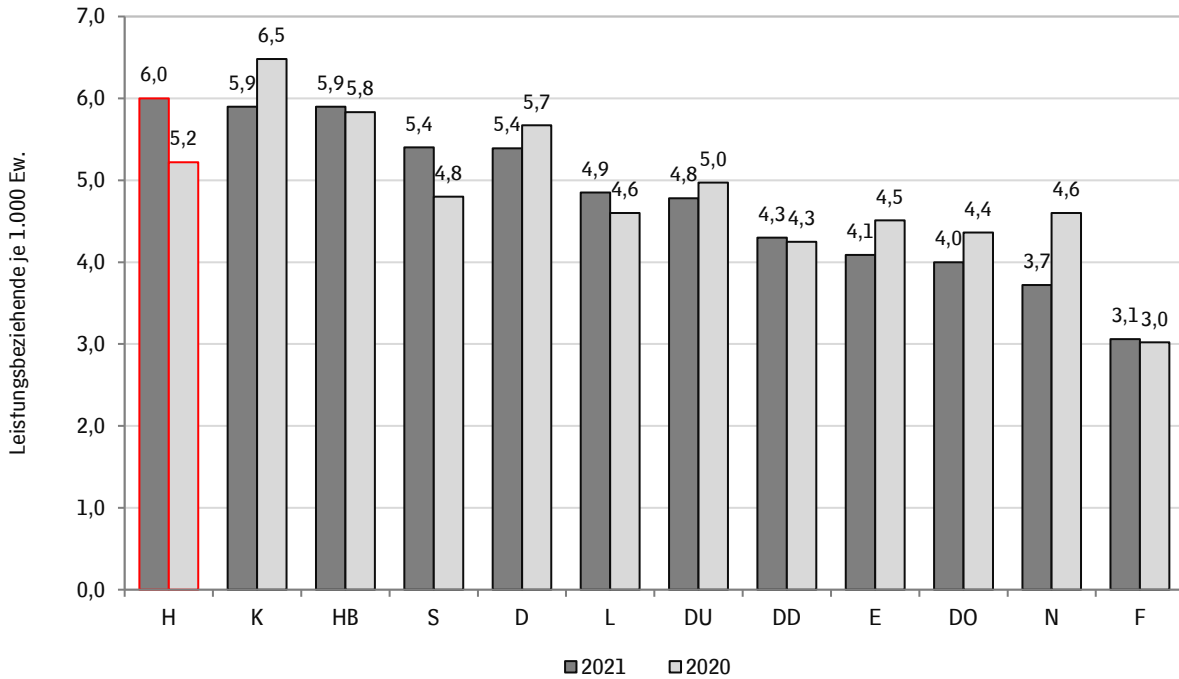
Die **Transferleistungsdichte** stellt die Zahl der Personen je 1.000 Einwohner*innen in einer Kommune dar, die folgende staatliche Leistungen aus SGB XII und SGB II zur Sicherung ihres Lebensunterhalts beziehen:

Leistungen gemäß SGB XII: Hilfe zum Lebensunterhalt und Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung, jeweils außerhalb von Einrichtungen;
Leistungen gemäß SGB II: Arbeitslosengeld II (für Erwerbsfähige) und Sozialgeld (für nicht erwerbsfähige Mitglieder der Bedarfsgemeinschaft).

Die Transferleistungsdichte ist im Vergleich der 14 Großstädte des Benchmarkings von 2018 auf 2019 um 4,5 Personen je 1.000 Einwohner*innen gesunken. 2020 gab es dagegen in allen Großstädten außer Essen einen Anstieg der Transferleistungsdichte auf insgesamt im Schnitt 114 Leistungsbeziehende je 1.000 Einwohner*innen. Hier

Abbildung 27:

Leistungsbeziehende pro 1.000 Einwohner*innen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz in ausgewählten deutschen Großstädten* am 31.12.2021 und 31.12.2020

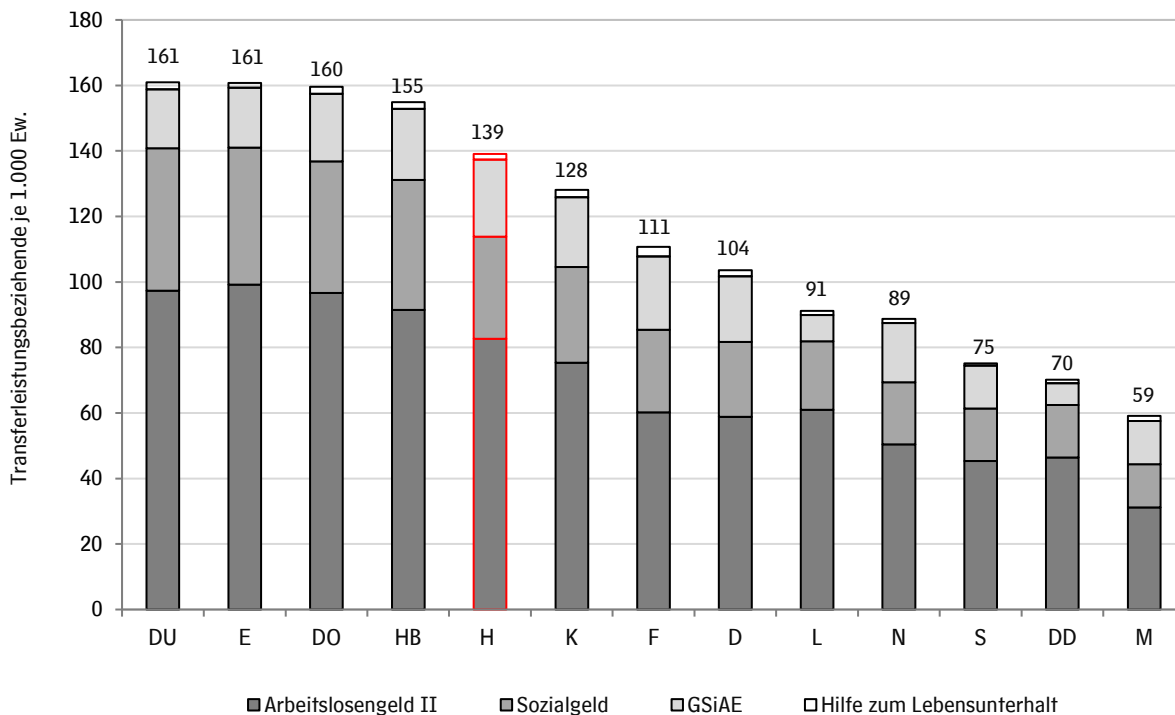


* ohne Berlin, Hamburg und München

Quelle: con_sens

Abbildung 28:

Transferleistungsempfänger*innen pro 1.000 Einwohner*innen (Transferleistungsdichte) in ausgewählten deutschen Großstädten* am 31.12.2021



* ohne Berlin und Hamburg

Quelle: con_sens

wirkte sich vor allem der Zuwachs in der großen Gruppe der SGB II-Beziehenden aus. 2021 sank die Dichte auf im Schnitt 109. Die geringste Transferleistungsdichte gibt es mit 59 Leistungsbeziehende je 1.000 Einwohner*innen in München, die höchste in Duisburg und Essen mit je 161 LB/1.000 Ew. (vgl. Abb. 28).

Im Benchmarking wird neben der Kennzahl der Transferleistungsdichte unter ergänzender Einbeziehung der Daten des Asylbewerberleistungsgesetzes eine **Transferleistungsquote** definiert. Diese Kennzahl wird nicht als Dichte, sondern als Quote ausgewiesen (Anteil der Leistungsbeziehenden an der Bevölkerung in Prozent). Die höchsten Transferleistungsquoten gibt es 2021 in den Ruhrgebietsstädten Duisburg (16,6), Essen (16,5) und Dortmund (16,4), die geringsten in Dresden (7,4) und Stuttgart (8,1) (vgl. Abb. 29).

Unterschiedliche Effekte durch Corona auf das Leistungsgeschehen 2021

In Bezug auf das Leistungsgeschehen zeigt sich die Entwicklung der Empfänger*innenzahlen im Coronajahr 2021 unterschiedlich: In den SGB XII-Leistungen der HLU, der GSiAE und der HzG sind keine Effekte durch Corona zu erkennen, in der HzP können mögliche Auswirkungen in den Kennzahlen nicht klar identifiziert werden. Im SGB II ist deutlich eine Trendwende im Jahr 2021 der dort enthaltenen und untersuchten Leistungen zu erkennen: Die coronabedingte Steigerung der Zahlen der Empfänger*innen 2020 konnte 2021 kompensiert werden, sodass in manchen Kennzahlen das „Vor-Corona-Niveau“ aus dem Jahr 2019 erreicht und teilweise sogar unterschritten wird.

Die Dichte der **Regelleistungsberechtigten nach dem SGB II** pro 1.000 Einwohner*innen unter 65 Jahren lag 2021 im Schnitt der 14 im Benchmarking untersuchten Großstädte bei 112. Sie reichte von lediglich 53 Berechtigten je 1.000 Ew. in München bis zu maximal 180 in Essen (Hannover: 140 Berechtigte je 1.000 Ew.) (vgl. Abb. 30). Die Dichte liegt in allen Städten mittlerweile – teilweise deutlich, teilweise minimal – unter dem „Vor-Corona-Niveau“ von 2019. Trotz des erleichterten Zugangs zum SGB II, der im Rahmen des Sozialschutzpaketes III bis Ende 2021 verlängert wurde, ist die Dichte der Regelleistungsberechtigten teils deutlich zurückgegangen. Gemäß con_sens war die wirtschaftliche Gesamtsituation somit im zweiten Jahr der Coronapandemie insgesamt wieder positiver und der Arbeitsmarkt aufnahmefähiger.

Es bleibt abzuwarten, in welchem Maße sich im Benchmarking die Datenlage aufgrund der Geflüchteten aus der Ukraine in den Leistungsbereichen SGB XII (insbesondere HUL, GSiAE und HzG), SGB II und AsylbLG verändert.

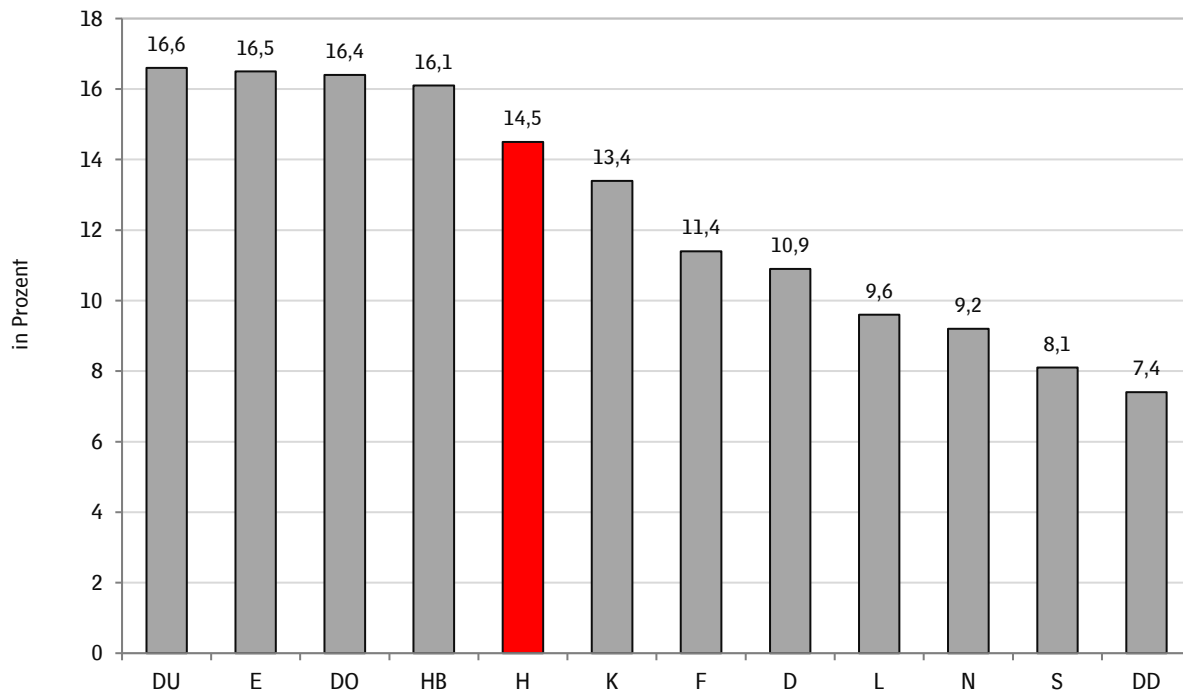
Zusammenfassung des Benchmarkings für Hannover

Für Hannover ergeben sich im Benchmarking 2021 folgende Auffälligkeiten:

- Hannover hat die höchste Dichte pro 1.000 Einwohner*innen bei den Leistungsbeziehenden von Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung a.v.E. Hiermit korrespondieren die geringsten anrechenbaren Durchschnittsrenten und die zweithöchsten Bruttoauszahlungen pro Leistungsbeziehendem in der GSiAE a.v.E. nach München.
- Hannover hat weiterhin die höchste Dichte bei den Leistungsbeziehenden der Hilfe zur Gesundheit. Dies liegt vor allem am hohen Anteil russischer Kontingentflüchtlinge. Allerdings ist die Dichte kontinuierlich sinkend.
- Hannover hat nach Duisburg und Essen die dritthöchste Dichte der Leistungsbeziehenden bei der Hilfe zur Pflege gesamt pro 1.000 Einwohner*innen.
- Im Asylbewerberleistungsgesetz hat Hannover die höchste Dichte pro 1.000 Einwohner*innen im Jahr 2021 erreicht und – bedingt durch sehr knappen Wohnraum – den höchsten Anteil von Leistungsbeziehenden nach AsylbLG in Gemeinschaftsunterkünften.

Abbildung 29:

Transferleistungsquote (Anteil Leistungsbeziehende an der Bevölkerung in Prozent) in ausgewählten deutschen Großstädten* am 31.12.2021

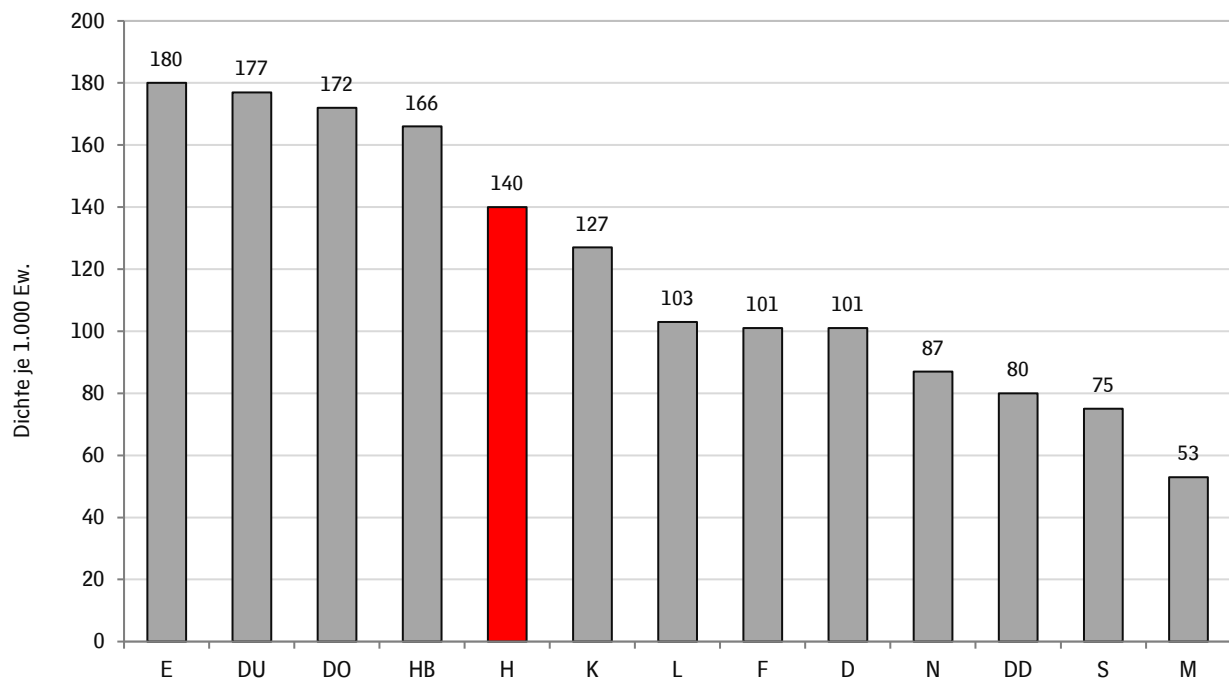


* ohne Berlin, Hamburg und München

Quelle: con_sens

Abbildung 30:

Dichte der Regelleistungsberechtigten nach dem SGB II pro 1.000 Einwohner*innen unter 65 Jahren in ausgewählten deutschen Großstädten am 31.12.2021



* ohne Berlin und Hamburg

Quelle: con_sens

6. Bildung und Ausbildung

Leichter Rückgang der Zahl der Studierenden im WS 2021/2022 ...

Nachdem die Zahl der Studierenden im Großstädtevergleich seit vielen Jahren insgesamt stets gestiegen war (so gab es im Wintersemester 2012/2013 erst 833.534 Studierende), sank die Zahl von 1.020.942 im WS 2020/2021 auf 1.017.555 im WS 2021/2022 um 3.387 (-0,3 %) leicht ab. Nur in den beiden größten Hochschulstandorten Berlin (+4.448) und Hamburg (+2.717) sowie in Leipzig (+109) stieg die Zahl an, in den anderen 12 Großstädten lag der Rückgang zwischen minimal minus 74 Studierenden in Essen und maximal minus 2.176 in Köln (vgl. Abb. 31).

Hannover gehört neben Duisburg und Essen zu den drei Städten, die im zweiten Jahr in Folge weniger Studierende aufwiesen als im Vorjahr. Im WS 2021/2022 waren es noch 50.216 (WS 2020/2021: 51.231, WS 2019/2020: 51.801). Von den zehn hannoverschen Hochschulen konnten lediglich die Medizinische Hochschule (+4,2 %), die Kommunale Hochschule für Verwaltung in Niedersachsen (+1,6 %) und die Fachhochschule für die Wirtschaft in Hannover (+0,7 %) Studierende hinzugewinnen. Die Rückgänge an den anderen sieben Hochschulen reichten bis zu 5,2 Prozent bei der Hochschule für Musik, Theater und Medien Hannover und 5,9 Prozent bei der Hochschule für Ökonomie und Management Essen (Standort Hannover). An der Hochschule Hannover (HsH) mit minus 3,9 Prozent zeigt sich exemplarisch die deutlich unterschiedliche Nachfrage je nach Studienfach: Während die drei Studienfächer Soziale Arbeit, Betriebswirtschaftslehre und Veranstaltungsmanagement und Public Relations deutlich mehr Bewerber*innen als Studienplätze aufweisen, gibt es wie landes- und bundesweit in den Ingenieurwissenschaften (z. B. im Maschinenbau) zu wenige Studienanfänger*innen, um alle Plätze zu belegen.

... Zahl der Hochschulen dagegen leicht gestiegen

Neben zwei Wegfällen (in Düsseldorf sowie Berlin) gab es im Großstädtevergleich im WS 2021/2022 sechs neue Hochschulen (je zwei in Hamburg, Köln und Frankfurt) gegenüber dem Vorjahr. Die insgesamt 216 Hochschulen bzw. Hochschulstandorte verteilen sich auf minimal drei in Duisburg (Universität Duisburg-Essen, Hochschule für Ökonomie und Management Essen, Hochschule für Polizei und öffentliche Verwaltung Nordrhein-Westfalen), vier in Essen und sechs in Dortmund bis hin zu 48 in Berlin vor 29 in Hamburg und je 21 in München und Köln (vgl. Abb. 32).

Eine Reihe privater Fachhochschulen (zudem die Verwaltungs-Fachhochschule für Polizei und öffentliche Verwaltung Nordrhein-Westfalen in Dortmund, Duisburg und Köln) haben Standorte in mehreren Städten des Großstädtevergleichs: Die Hochschule für Ökonomie und Management Essen ist z. B. in allen 15 Großstädten außer Dresden vertreten, die IU Internationale Hochschule Erfurt in acht (zukünftig auch in Hannover), die International School of Management Dortmund und die Hochschule Macromedia für angewandte Wissenschaften Stuttgart jeweils in sieben Großstädten.

Anteil ausländischer Studierender auf ein Fünftel angestiegen

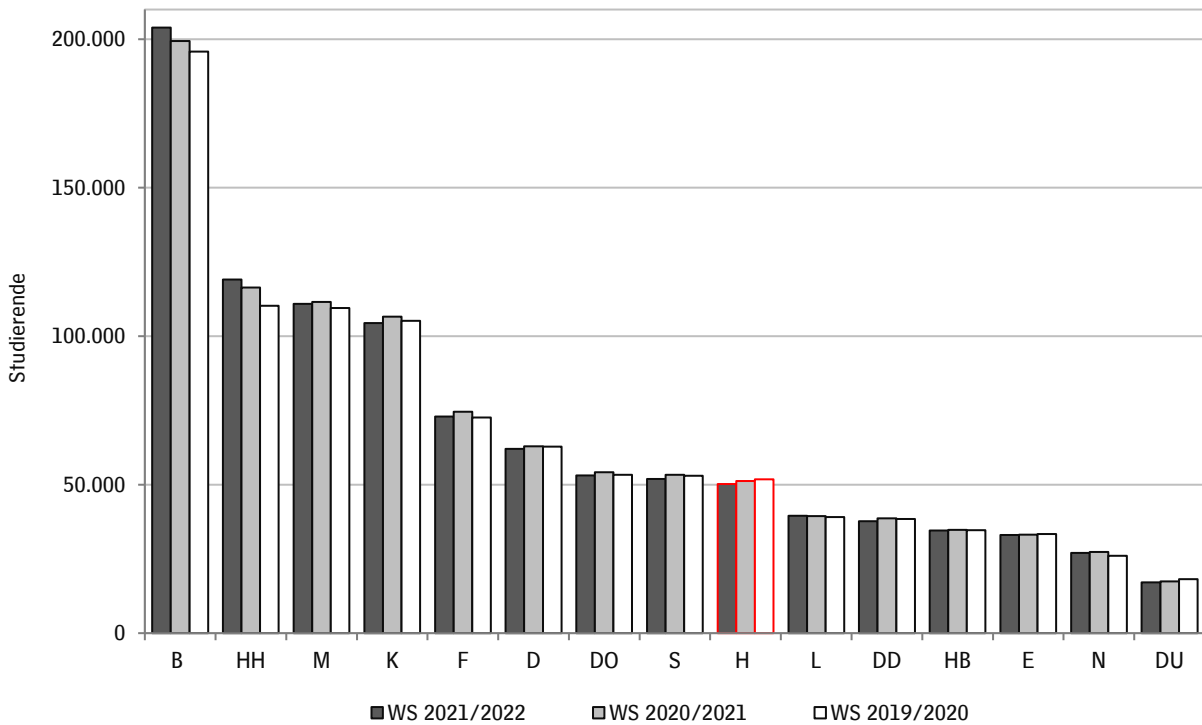
Der Anteil ausländischer Studierender war nach Jahren des Wachstums (so lag er im Wintersemester 2012/2013 erst bei 15,9 %) im WS 2020/2021 im Großstädtevergleich von zuvor 19,1 auf 18,8 Prozent gesunken. Im WS 2021/2022 ist er dagegen auf 20,0 Prozent um 1,2 Prozentpunkte (+6,2 %) gegenüber dem Vorjahr angestiegen. Dies liegt daran, dass die Zahl der ausländischen Studierenden von 161.896 auf 169.763 um 4,8 Prozent anstieg, während gleichzeitig die Zahl der deutschen Studierenden von 859.046 auf 847.819 um 1,3 Prozent sank.

Anteil weiblicher Studierender weiterhin steigend

In den 15 Großstädten ist der Anteil weiblicher Studierender insgesamt von 48 Prozent im WS 2013/2014 auf 49 Prozent im folgenden Jahr gestiegen. Im WS 2017/2018 wurde die Gleichverteilung von 50 Prozent erreicht und seit dem WS 2020/2021 sind Frauen mit 51 Prozent (50,8 %) leicht in der Mehrheit (WS 2021/2022: 51,0 %).

Abbildung 31:

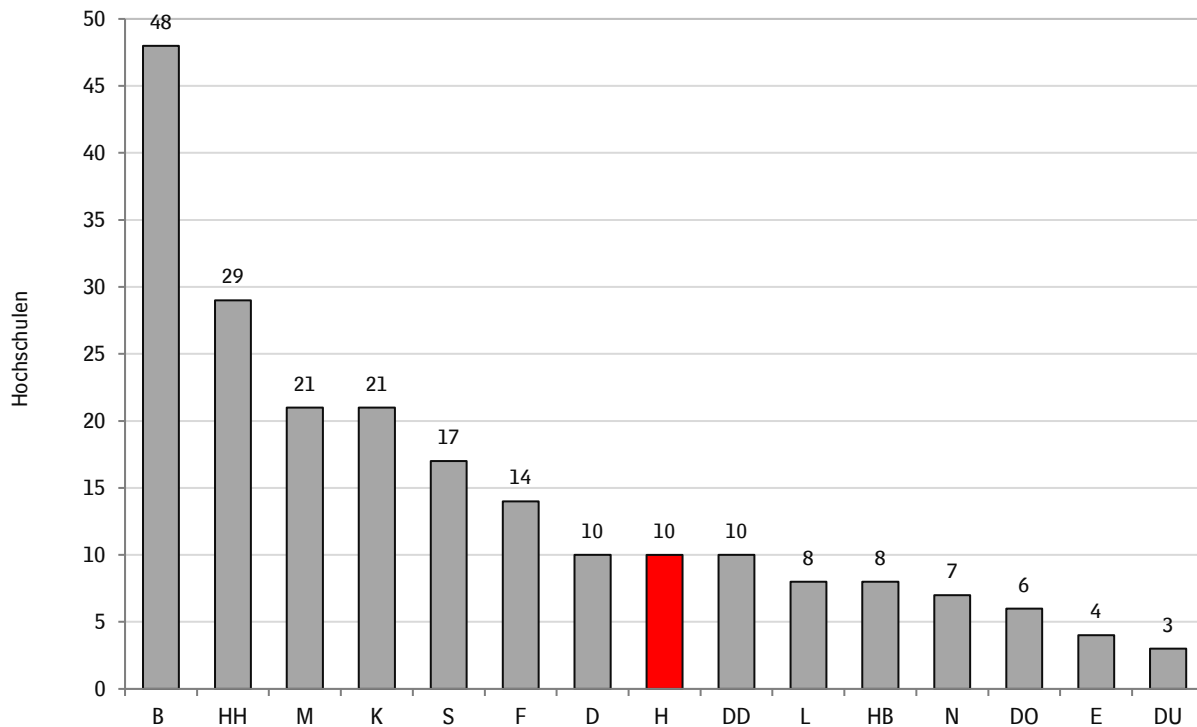
Studierende in ausgewählten deutschen Großstädten in den Wintersemestern 2021/2022, 2020/2021 und 2019/2020



Quelle: Statistisches Bundesamt (Destatis), Fachserie 11 Reihe 4.1 Bildung und Kultur, Studierende an Hochschulen

Abbildung 32:

Zahl der Hochschulstandorte in ausgewählten deutschen Großstädten im Wintersemester 2021/2022



Quelle: Statistisches Bundesamt (Destatis), Fachserie 11 Reihe 4.1 Bildung und Kultur, Studierende an Hochschulen

**Nach 2020 auch 2021
starker Rückgang in der
Volkshochschulstatistik**

Der im Lagebericht 2021 dargelegte starke Rückgang in der **Volkshochschulstatistik** des Deutschen Instituts für Erwachsenenbildung e. V. in Bezug auf Kurse/Lehrgänge (im Folgenden Kurse genannt), Unterrichtsstunden und Belegungen (d. h. Teilnehmer*innen) im ersten Coronajahr 2020 hat sich aufgrund der Maßnahmen, insb. Lockdowns, 2021 fortgesetzt.

Abbildung 33 zeigt, dass sich die Zahl der Kurse und der Teilnehmer*innen – und damit auch die durchschnittliche Kursgröße – in der Summe der 15 Großstädte zwischen 2012 und 2019 auf recht konstantem Niveau hielten. Lediglich die Zahl der Unterrichtsstunden war seit 2016 etwas höher als bis 2015.

Von 2019 auf 2020 hatte es insgesamt folgende Rückgänge gegeben:

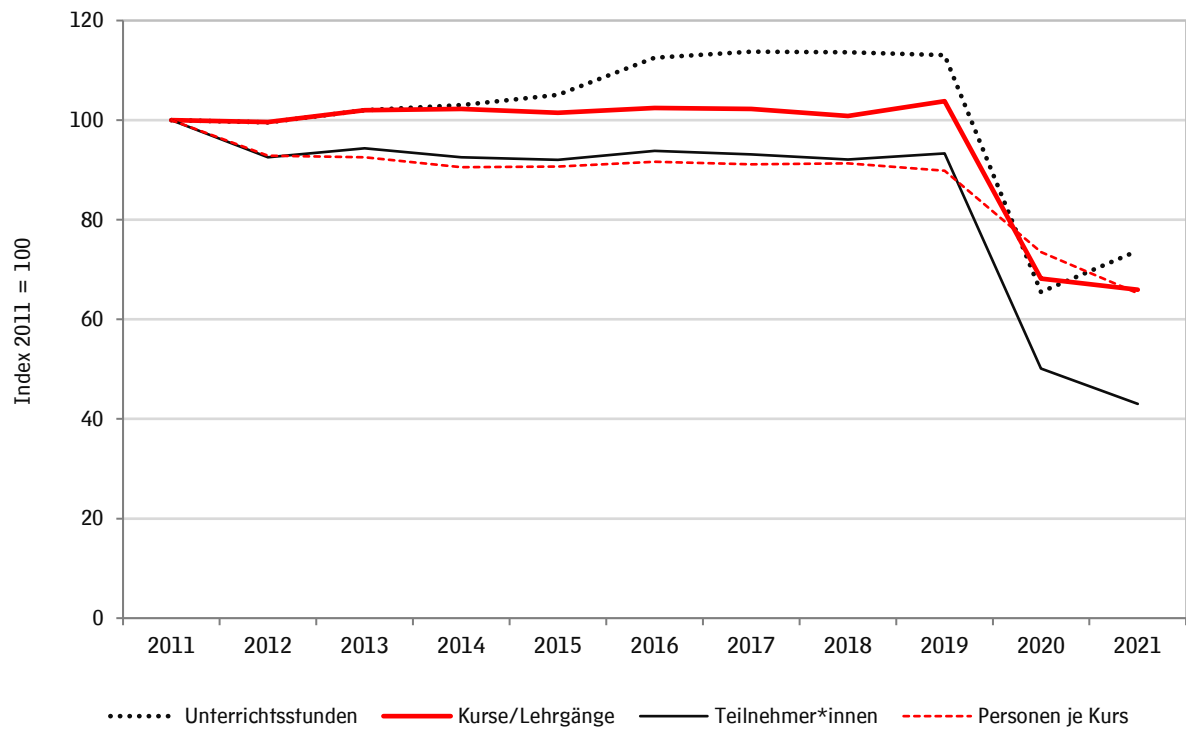
- Zahl der Unterrichtsstunden um 42,1 Prozent (um 1.194.488) auf 1.644.405
- Zahl der Kurse um 34,3 Prozent (um 27.938) auf 53.493
- Zahl der Teilnehmer*innen um 46,3 Prozent (um 437.165) auf 507.558

**2021 weiter sinkende Zahl
von Kursen und
Teilnehmer*innen
der Volkshochschulen**

2021 erholte sich die Zahl der **Unterrichtsstunden** ein wenig gegenüber dem Vorjahr: Mit 1.852.260 waren es 207.855 Stunden bzw. 12,6 Prozent mehr. Im Vergleich mit 2019 (2.838.893) sind es aber immer noch 34,8 Prozent weniger. Die Zahl der Kurse war 2021 mit lediglich 51.734 noch etwas geringer (-3,3 %) als 2020. Die **Teilnehmer*innenzahl** sank gegenüber 2020 noch einmal deutlich um 14,2 Prozent auf 435.696 Belegungen ab. Damit belegten 2021 nicht einmal halb so viele Personen Volkshochschulkurse wie 2019 (-53,9 Prozent), als es noch 944.723 Belegungen gegeben hatte.

Der Frauenanteil bei den Belegungen war 2021 und 2020 mit jeweils 71 Prozent im Schnitt der 15 Großstädte praktisch identisch mit dem von 2019 (70 %).

Abbildung 33:

**Entwicklung der Volkshochschulstatistik in den 15 größten deutschen Städten
2011 bis 2021**

Quelle: Deutsches Institut für Erwachsenenbildung e. V. (DIE-Bonn)

7. Kultur und Freizeit

Einbruch der Kinobesuche 2020 und 2021

Die negativen Auswirkungen der Maßnahmen zur Bekämpfung der Corona-Pandemie lassen sich in Deutschland auch an der Kinolandschaft ablesen. Die Statistik der **Filmförderungsanstalt FFA** zeigt für die Jahre 2020 und 2021 einen deutlichen Rückgang der Kinobesuche sowohl in ganz Deutschland als auch im Großstädtevergleich (für Bremen, Duisburg und Dortmund liegt keine Kinostatistik vor). Gab es 2019 in Deutschland noch 118,61 Mio. Kinobesuche, stürzte die Zahl 2020 auf nur noch 38,09 Mio. ab – weniger als ein Drittel (32,1 %). Auch 2021 erholte sich die Zahl mit 42,05 Mio. Besuchen zwar um knapp 4 Mio. Besuche (+10,4 %), lag aber nur bei 35,5 Prozent der Zahl des Vor-Corona-Jahres 2019. In den 12 betrachteten Städten des Großstädtevergleichs gab es 2019 30,54 Mio. Kinobesuche, 2021 waren es nur 10,92 Mio. und damit ganz ähnlich wie deutschlandweit nur 35,7 Prozent des Ausgangswertes.

Kinobesuche je Einwohner*in sinken von 2,4 2019 auf 0,8 in den Jahren 2020 und 2021

Die Zahl der Kinobesuche je Einwohner*in lag deutschlandweit 2019 noch bei 1,4; 2020 und 2021 waren es lediglich 0,5. Diese negative Entwicklung spiegelt sich auch im Großstädtevergleich: Hier sanken die Kinobesuche je Einwohner*in von 2,4 auf 0,8 in den Jahren 2020 (ohne Hannover) und 2021 (vgl. Abb. 34). Die Zahl der Spielstätten betrug in den 12 Städten 2019 297, 2020 293 und 2021 296, hat sich gegenüber 2019 also praktisch nicht verändert. Die Zahl der Sitzplätze sank von 163.141 im Jahr 2019 auf 159.650 im Jahr 2021 leicht um 2,1 Prozent. Die Sitzplätze je 1.000 Einwohner*innen nahmen in den letzten Jahren von 13,8 im Jahr 2017 über 13,6, 13,5 und 13,2 auf zuletzt 13,1 im Jahr 2021 kontinuierlich ab.

Der durchschnittliche Eintrittspreis erreichte im Großstädtevergleich sein bisheriges Maximum von 9,19 EUR im Jahr 2017. Nach sehr leichten Rückgängen 2018 und 2019 ging er 2020 um 37 Cent auf 8,69 EUR zurück, stieg 2021 allerdings wieder um 47 Cent auf 9,16 EUR (2020 und 2021 ohne Hannover).

Zahl der Spielstätten wieder auf dem Niveau von 2007, Zahl der Sitzplätze dagegen gesunken

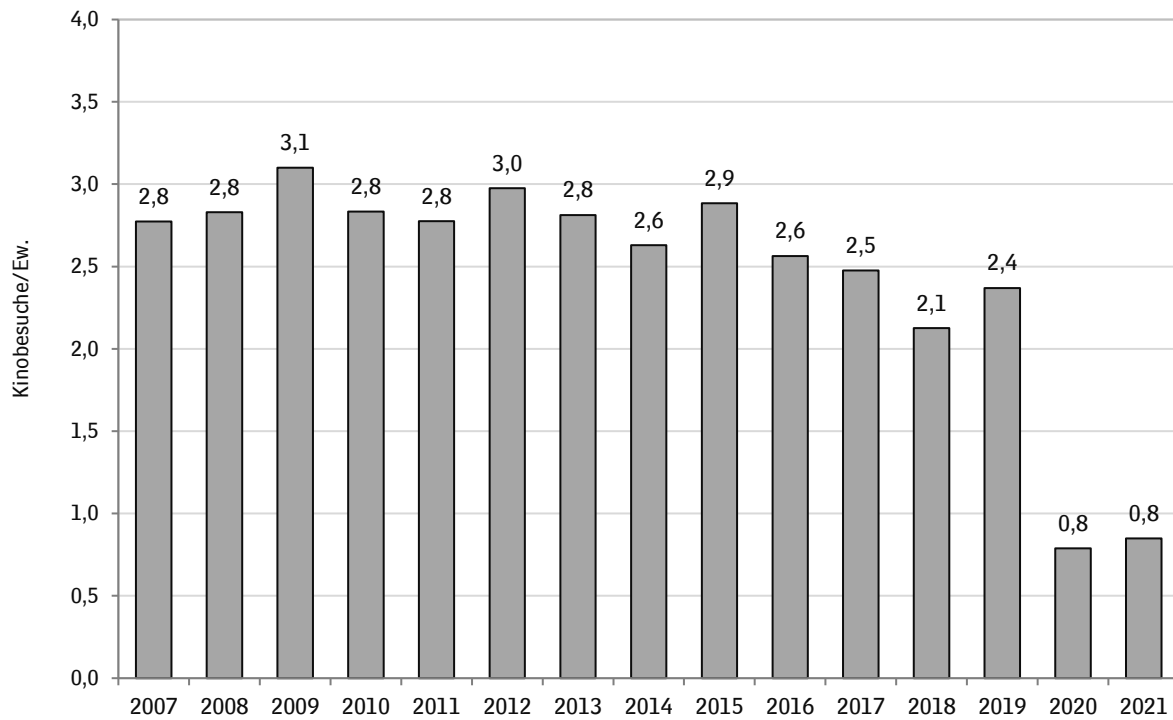
Die meisten Spielstätten gibt es 2021 in den größten Städten Berlin (97), München (35), Hamburg (33) und Köln (21). Essen weist mit 9 Spielstätten die wenigsten auf hinter Hannover und Düsseldorf mit je 12. Die Gesamtzahl der Spielstätten in den 12 Städten ging zwischen 2007 und 2021 zunächst vom Maximum von 300 Spielstätten deutlich zurück auf nur noch 277 im Jahr 2013 (-7,7 %). In den Folgejahren stieg die Zahl meist wieder an und liegt 2021 wieder bei 297.

Die Entwicklung der Zahl der Sitzplätze folgte diesem Trend aber nur in den ersten Jahren der Erholung ab 2013 – seit 2017 ist sie sogar jedes Jahr gesunken. In der Konsequenz werden die Kinos durchschnittlich kleiner: 2007 hatte eine Spielstätte im Großstädtevergleich im Schnitt 583 Sitzplätze, 2008 den Höchstwert von 606 Plätzen je Kino, und in den letzten Jahren sank der Wert auf zuletzt nur noch 539 Sitzplätze 2021. Der Vergleichswert für Deutschland liegt mit im Schnitt 458 Plätzen je Spielstätte (2007 ähnlich bei 462) geringer, die Kinos sind also deutschlandweit kleiner als im Großstädtevergleich. Innerhalb des Großstädtevergleichs sind die 9 Spielstätten in Essen mit im Schnitt 1.008 Sitzplätzen am größten, in Stuttgart entfallen dagegen rechnerisch nur 371 Sitzplätze auf eine der 17 Spielstätten.

Meiste Kinobesuche je Einwohner*in in Nürnberg und Hannover

Auch die Zahl der Kinobesuche ist wie die Zahl der Spielstätten in den größten vier deutschen Städten Berlin (3,35 Mio.), Hamburg (1,37 Mio.), München (1,21 Mio.) und Köln (0,97 Mio.) am größten. Auf Rang 5 folgt Hannover mit 0,56 Mio. Besuchen. Bezieht man die Kinobesuche auf die Stadtgröße, weisen Nürnberg (1,07 Besuche/Ew.) und Hannover (1,05 Besuche/Ew.) deutlich die meisten Besuche je Einwohner*in auf (vgl. Abb. 35).

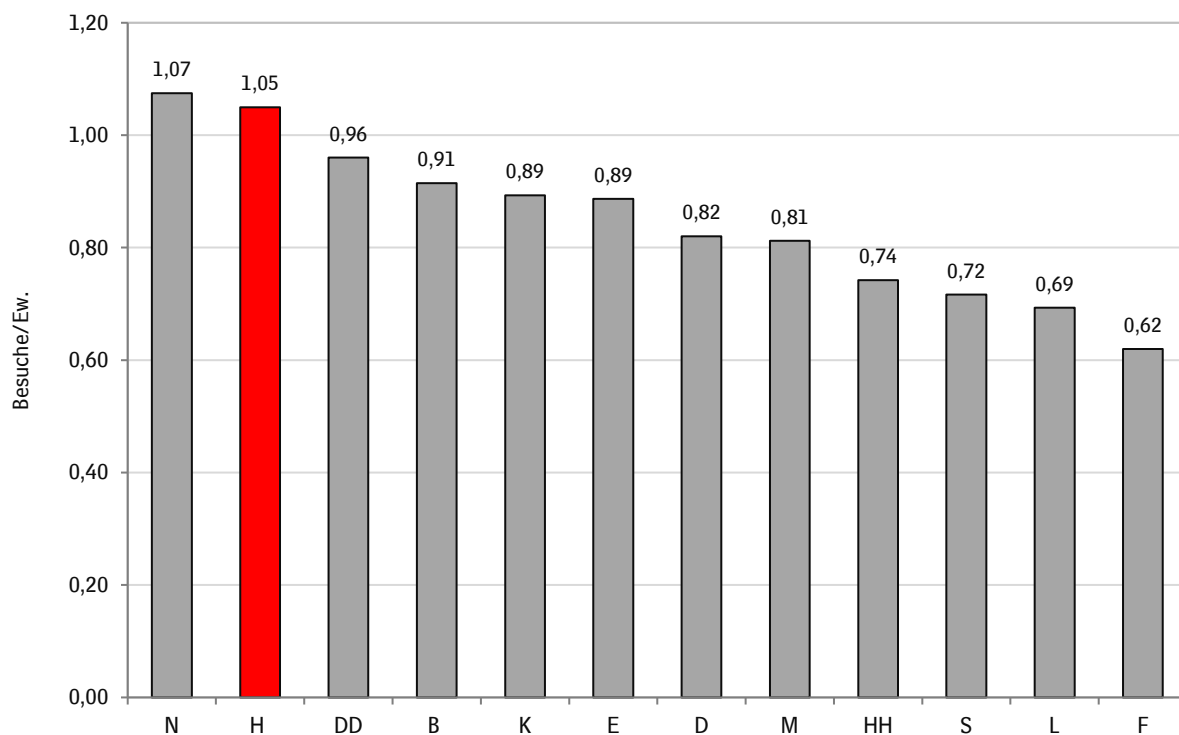
Abbildung 34:

Kinobesuche je Einwohner*in in den 15 größten deutschen Städten* 2007 bis 2021

*ohne Bremen, Duisburg und Dortmund, 2014 und 2020 ohne Hannover

Quelle: Filmförderungsanstalt FFA

Abbildung 35:

Kinobesuche je Einwohner* in in ausgewählten deutschen Großstädten* 2021

*ohne Bremen, Duisburg und Dortmund

Quelle: Filmförderungsanstalt FFA

Setzt man die Zahl der Kinobesuche schließlich in Zusammenhang mit der Zahl der Sitzplätze in den Großstädten, so gibt es die meisten Besuche je Sitzplatz in Köln (91), München (90) und erneut Hannover (88 Besuche/Sitzplatz).

Aus dem Vorwort der **Theaterstatistik 2020/2021** des Deutschen Bühnenvereins:

**Einbruch der deutschen
Theaterstatistik in der
Spielzeit 2020/2021**

*„Die Theaterstatistik der Spielzeit 2020/2021 dokumentiert einmal mehr die Auswirkungen der drastischen, pandemiebedingten Schließungen auf die Theater und Orchester. Bedingt durch den zweiten, lange andauernden Lockdown ab November 2020 sind die Veranstaltungs- und Besuchszahlen im Vergleich zum Vorjahr noch einmal signifikant gesunken: Während die Anzahl der Veranstaltungen um rund 60 Prozent zurückging, verringerte sich die Zahl der Besucher*innen um rund 80 Prozent.*

Die aktuelle Statistik ist ein Zeitdokument der dramatischen Folgen der Pandemie für die Theaterbetriebe (...). Wir schauen nun optimistisch in die Zukunft: Nach einem verhaltenen Start der Spielzeit 2022/2023 haben die Besuchszahlen zum Jahresende 2022 deutlich an Fahrt aufgenommen. Die Säle füllen sich wieder, die Menschen kehren in die Theater und Konzerthäuser zurück. Theater und Orchester bieten die Erlebnisse, die in unserer Gesellschaft immer seltener werden und die wir dringend benötigen: die Möglichkeit des Beieinanderseins, bei einem Spiel mit neuen Möglichkeiten, im Traum von der möglichen besseren Alternative.“

**Theaterplätze -69 %,
Veranstaltungen -66 %,
Besuche -87 %**

Diese für das deutsche Theaterleben beschriebene sehr negative Situation in der Spielzeit 2020/2021 trifft auch für den Großstädtevergleich zu. Im Vergleich zur Spielzeit 2019/2020 nahm die Zahl der in **öffentlichen Theatern** dem Publikum angebotenen Plätze um 69 Prozent ab – sie sank von 63.895 auf 19.709 Plätze (ohne Essen). Den geringsten Rückgang gab es in Leipzig (-45 %), den stärksten Rückgang in Köln (-85 %) (Hannover: -67 %).

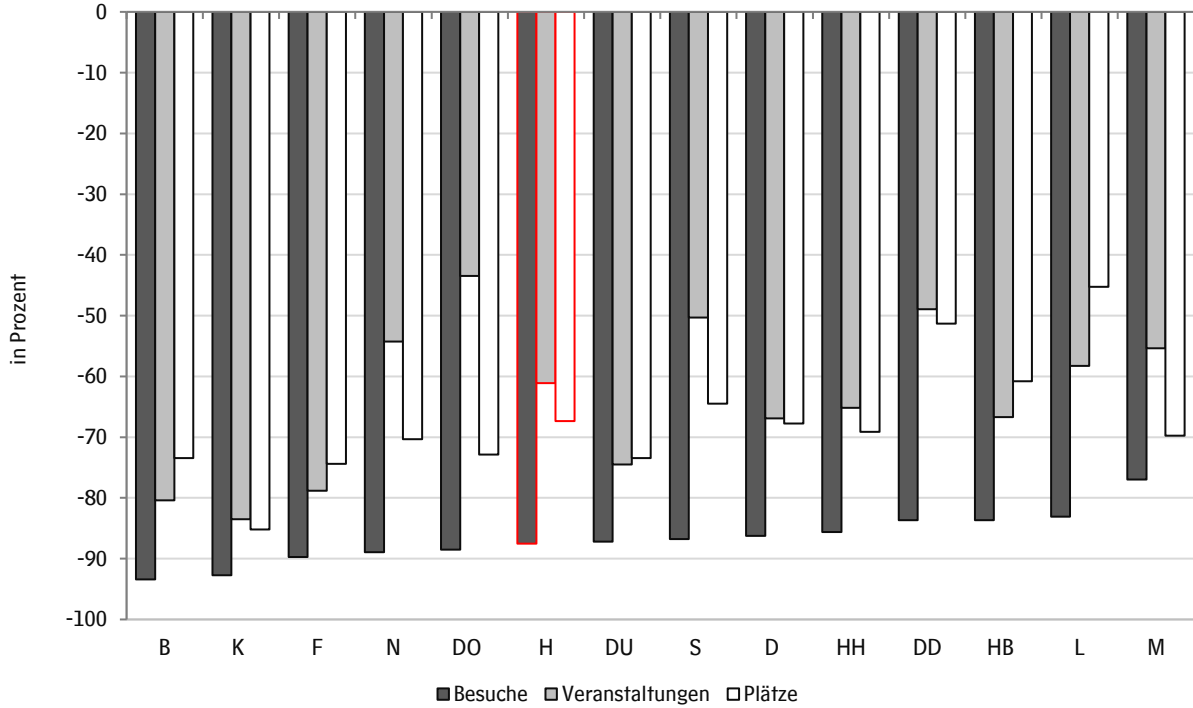
Die Zahl der Veranstaltungen mit theaternahem Programm sank im Großstädtevergleich um zwei Drittel (-66 %) von 14.734 auf 5.000. Die Spannweite reichte hier von einem Rückgang um 43 Prozent in Dortmund bis zu 83 Prozent in Köln (Hannover: -61 %).

Die Zahl der Besuche am Standort mit theaternahem Programm ging in den 14 Großstädten sogar um insgesamt 87 Prozent zurück, von 5,27 Mio. auf 675.160. Der Rückgang lag minimal bei 77 Prozent in München und maximal bei 93 Prozent in Berlin und Köln (Hannover: 88 %) (vgl. Abb. 36).

In den **Privattheatern** der 13 Großstädte, die in der Theaterstatistik 2019/2020 oder 2020/2021 ausgewiesen werden (keines in Duisburg und Dortmund, 2020/2021 keines in Dresden), stellt sich die Lage ebenfalls schlecht dar. In den 13 Städten des Großstädtevergleichs sank die Zahl der Plätze in der Spielzeit 2020/2021 gegenüber dem Vorjahr um 36 Prozent, die der Veranstaltungen um 70 Prozent und die der Besuche um 81 Prozent. Abbildung 37 vergleicht die absolute Zahl der Besuche beider Spielzeiten in den 13 Städten.

Abbildung 36:

Rückgang der Zahl der Besuche, Veranstaltungen und angebotenen Plätze der öffentlichen Theater in ausgewählten deutschen Großstädten* in der Spielzeit 2020/2021 gegenüber 2019/2020

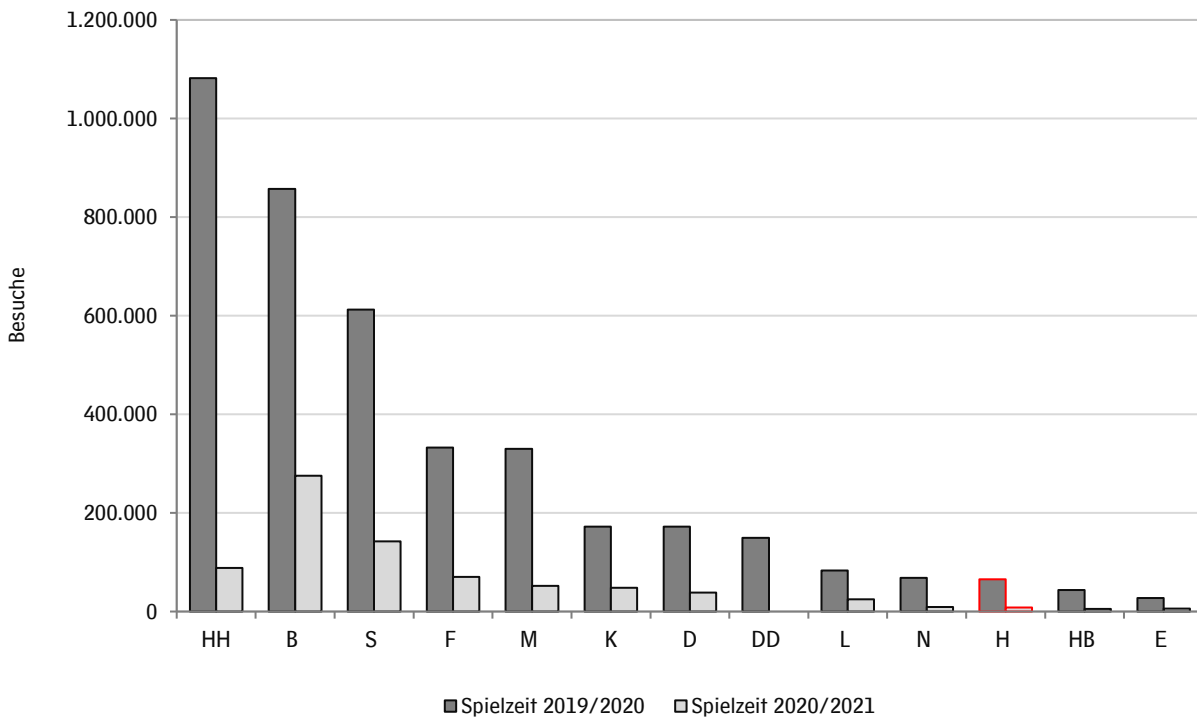


*ohne Essen

Quelle: Deutscher Bühnenverein

Abbildung 37:

Besuche in privaten Theatern in ausgewählten deutschen Großstädten* in den Spielzeiten 2019/2020 und 2020/2021



*ohne Duisburg und Dortmund

Quelle: Deutscher Bühnenverein

8. Verkehr

Im diesem Kapitel wird zunächst der aktuelle ADFC-Fahrradklima-Test 2022 vorgestellt. Es folgt das Carsharing-Städteranking 2022 des bcs, und abschließend wird die Statistik des Kraftfahrtbundesamtes (kba) zum Kfz-Bestand im Großstädtevergleich ausgewertet.

Radfahrverhältnisse im Großstädtevergleich weiterhin nur ausreichend

Am zehnten **ADFC-Fahrradklima-Test 2022** haben im Befragungszeitraum vom 1. September bis zum 30. November 2022 rund 245.000 Radfahrende deutschlandweit teilgenommen und über 1.100 Städte und Gemeinden bewertet. 27 Einzelaspekte in fünf Oberkategorien wurden dabei mit Schulnoten von 1 bis 6 bewertet. Der Mittelwert der 27 Noten ergibt die Gesamtnote des Ortes (im Test werden die Noten der Einzelbewertungen mit einer Nachkommastelle ausgewiesen, zwei Nachkommastellen ergeben sich nur bei Durchschnittswerten).

Im Großstädtevergleich hat sich die Note der insgesamt gut 37.400 Befragten im ungewichteten Schnitt der 15 Großstädte gegenüber dem letzten Test 2020 minimal von 4,05 auf 4,03 verbessert – insgesamt ist die Bewertung damit nur „ausreichend“.

Bremen erneut auf Rang 1, gefolgt von Frankfurt auf Rang 2 und Hannover auf Rang 3

Wie 2020 hat Bremen auch 2022 die insgesamt beste Benotung erhalten, erneut die Durchschnittsnote 3,57. Dahinter haben Frankfurt (3,61) und Hannover (3,63) die Plätze 2 und 3 getauscht (vgl. Abb. 38). Duisburg bleibt mit 4,51 Schlusslicht – gerundet „mangelhafte“ Verhältnisse –, während sich Köln (4,24) um zwei Plätze von Rang 14 auf Rang 12 verbesserte und damit mit Essen (4,28) die Plätze tauschte. Dortmund bleibt auf Rang 13 (4,27).

Falschparkerkontrolle und Breite der Radwege erhalten wie 2020 schlechteste Benotung

Insgesamt erhielten im Großstädtevergleich die besten Noten der 27 Aspekte wie 2020 „öffentlich zugängliche Leihfahrräder“ (2,53), „in Gegenrichtung geöffnete Einbahnstraßen“ (2,59) und die „Erreichbarkeit des Stadtzentrums“ (2,95). Die „Falschparkerkontrolle“ wird erneut am negativsten bewertet: 5,0 entspricht glatt „mangelhaft“. Die „Breite der Radwege“ wird mit 4,91 ähnlich negativ beurteilt, gefolgt von „Ampelschaltungen für Radfahrer*innen“ (4,83). Die „Führung an Baustellen“ folgt als viertschlechteste Beurteilung mit 4,79 – 2020 war dies die drittschlechteste Benotung gefolgt von „Ampelschaltungen“, die somit die Plätze getauscht haben.

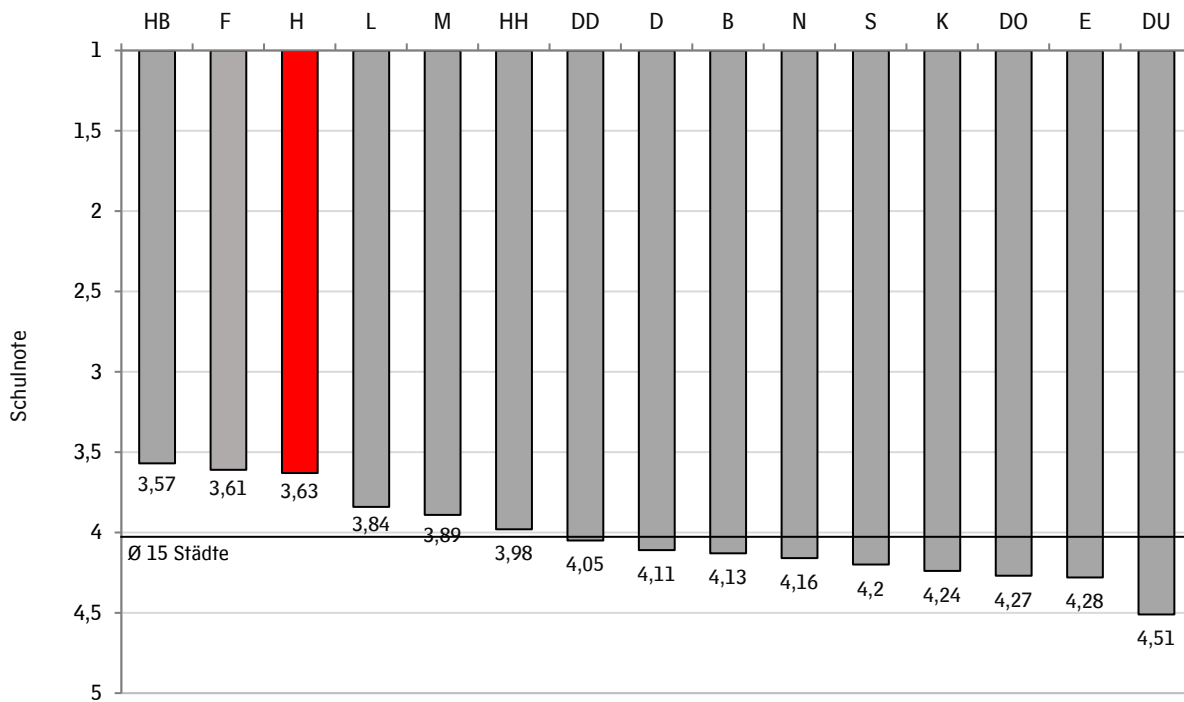
Betrachtet man die Benotung der 27 einzelnen Aspekte im Großstädtevergleich 2022 im Vergleich zu 2020, so verschlechterte sich die Benotung der „Fahrradmitnahme im Öffentlichen Verkehr“ von 3,95 beim Test 2020 auf 4,11 2022 am stärksten – wenn auch nur um 0,16 Notenpunkte. Umgekehrt verbesserte sich die Beurteilung der „Fahrradförderung in jüngster Zeit“ am meisten, von 3,75 auf 3,57 (+0,18). Das höhere Gewicht, das viele Stadtverwaltungen auf die Förderung des Radverkehrs legen, kommt darin zum Ausdruck. Es folgt die Bewertung „komfortabler und sicherer Abstellanlagen“, die nach 4,17 im Jahr 2020 nun mit 4,05 bewertet werden (+0,12). Die Beurteilung der Anlage von Radwegen und Radfahrstreifen dergestalt, dass man hier sicher fahren kann, verbesserte sich um 0,10 Notenpunkte von 4,64 auf 4,54 – bleibt damit aber weiter „mangelhaft“.

Hannovers Benotung bessert sich leicht auf 3,63

Hannovers Benotung hat sich gegenüber 2020 leicht von 3,67 auf 3,63 verbessert – nur vier andere Großstädte haben sich ebenfalls verbessert. „In Gegenrichtung geöffnete Einbahnstraßen“ erhalten wie 2020 die beste Note (2,2) in Hannover vor der „Erreichbarkeit des Stadtzentrums“, was gerundet ebenfalls die Note „gut“ (2,3) erhält. Die „zügige und direkte Erreichbarkeit von Zielen“ hat sich auf Rang 3 verbessert (2,6) (vgl. Abb. 39). Die schlechtesten Noten erhalten in Hannover „Führung an Baustellen“ mit 4,7, was wie 2020 „mangelhaft“ entspricht. „Falschpar-

Abbildung 38:

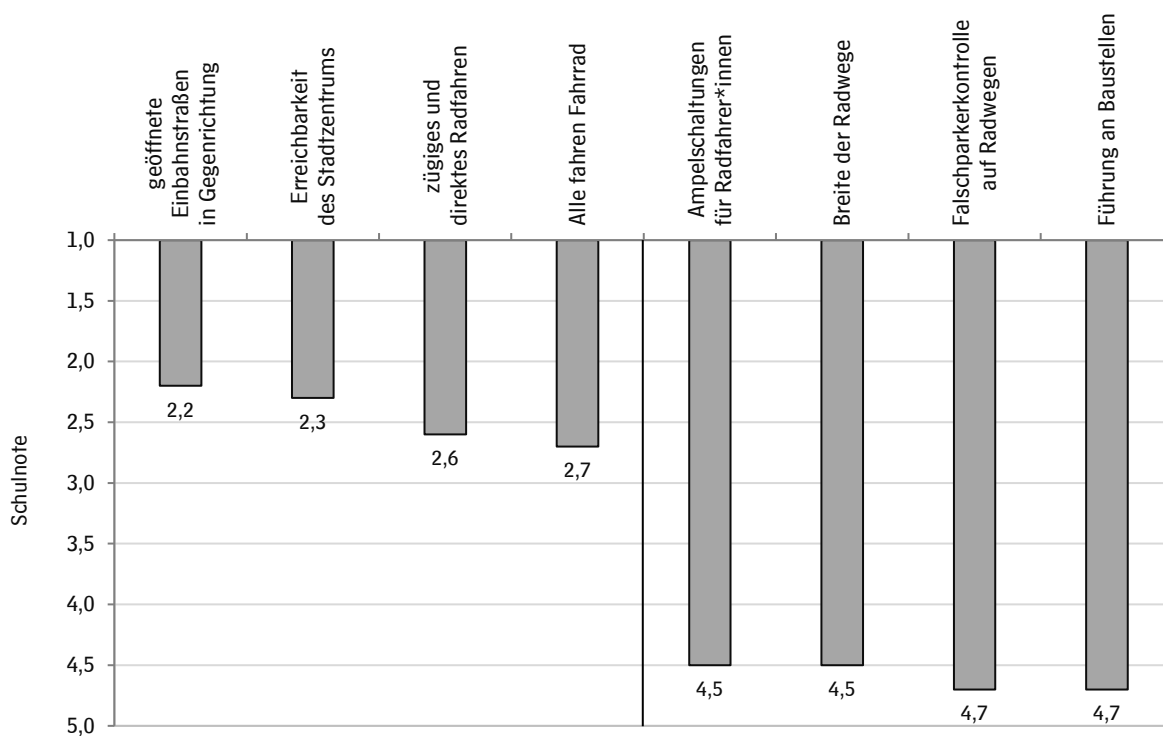
Ergebnis des ADFC Fahrradklima-Tests 2022 nach Schulnoten in ausgewählten deutschen Großstädten



Quelle: ADFC-Fahrradklima-Test 2022

Abbildung 39:

Die vier am besten und am schlechtesten bewerteten Aspekte im ADFC-Fahrradklima-Test 2022 nach Schulnoten in Hannover



Quelle: ADFC-Fahrradklima-Test 2022

kerkontrolle“ erhält die gleich schlechte Note, gefolgt von „Ampelschaltungen für Fahrradfahrer*innen“ und der „Breite der Radwege“ mit jeweils der Note 4,5. Die Entwicklung der Benotung der 2022 in Hannover am besten und am schlechtesten bewerteten Aspekte seit 2012 zeigt Abbildung 40. Die Gesamtnote war 2014 mit 3,41 am besten und 2018 mit 3,79 am negativsten. Gegenüber 2012 ist es die „Breite der Radwege“, deren Benotung sich von 4,0 auf heute 4,5 um eine halbe Schulnote am stärksten verschlechterte. Da die „Breite der Radwege“ sich nicht verringert hat, drückt dies eher die heute höheren Anforderungen aus: So benötigen zweispurige Lastenräder mehr Platz als Standardräder, und die gefahrenen Geschwindigkeiten weisen durch den stärkeren Einsatz von Rädern mit E-Antrieb ein größeres Spektrum auf. Der Wunsch nach Überholmöglichkeiten steigt hierdurch und damit auch der Wunsch nach breiteren Radwegen.

Deutlich verbesserte Note in Hannover für die Fahrradförderung in jüngster Zeit

Gegenüber 2020 hat sich die Bewertung fast aller 27 Aspekte in Hannover durch die 2.398 Teilnehmenden (2020: 2.164) kaum verändert. Abgesehen von der „Fahrradförderung in jüngster Zeit“ gab es nur bei drei Themen eine Veränderung um mehr als 0,1: „Falschparkerkontrolle auf Radwegen“ Note 4,7 statt 4,9 – also ein bisschen weniger schlecht –, „Winterdienst auf Radwegen“ (4,0 statt 3,8) und „Fahrradmitnahme im ÖPNV“ (3,5 statt 3,3) etwas negativer als 2020. Bei der Bewertung des Aspekts „Fahrradförderung in jüngster Zeit“ („Bei uns wurde in jüngster Zeit besonders viel für den Radverkehr getan. ... wurde in jüngster Zeit kaum etwas für den Radverkehr getan.“) dagegen gaben die Teilnehmenden mit der Note 3,1 – also fast glatt befriedigend – eine deutlich bessere Beurteilung als noch vor zwei Jahren, als die Bewertung mit 3,6 gerundet nur „ausreichend“ war. Hier spiegeln sich die seit ca. 2016 begonnenen und weiterhin in der Umsetzung befindlichen intensiven Maßnahmen der Stadtverwaltung zur Förderung des Radverkehrs wider. Mit der Initiative „Lust auf Fahrrad“ ging die Verwaltung in den Dialog mit der radinteressierten Bürgerschaft und betreibt positive Kommunikation via soziale Medien. Es gibt Aktionen und Bautätigkeiten werden einheitlich gebrandet und kommuniziert. Die Diskussion über Verkehrsberuhigung insb. in der Innenstadt wird geführt und der Bau von Velorouten in Hannover nimmt Fahrt auf. Mit dem begonnenen Ausbau dieser Velorouten werden die neuen Standards und Qualitäten für die Nutzenden sicht- und erlebbar. Fahrradstraßen erhalten künftig ein neues Gesicht, und an der sogenannten „Wasserkunst“ wird durch den Bau einer Rampe bald eine befahrbare Möglichkeit geschaffen sein.

Radfahren macht in Hannover deutlich mehr Spaß als im Durchschnitt

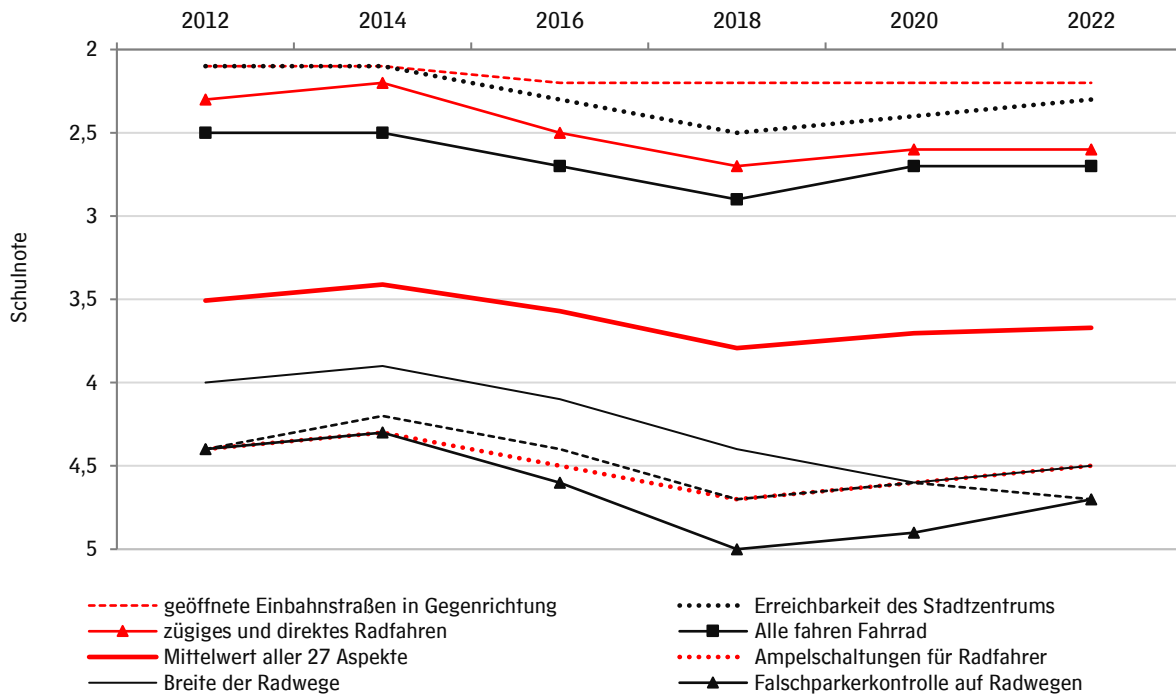
Vergleicht man die Benotung der verschiedenen Themen im Großstädteschnitt und in Hannover, so wird lediglich der Aspekt der „öffentlich zugänglichen Leihfahrräder“ in Hannover mit 2,8 etwas schlechter beurteilt als im Durchschnitt aller 15 Großstädte. Bei der Beurteilung des „Spaßfaktors“ – macht das Radfahren eher Spaß oder ist es eher Stress – ist die Note in Hannover mit 3,1 deutlich besser als im Schnitt von 3,81, und nur in Bremen wird ebenfalls diese Note erzielt. Auch das „zügige und direkte Erreichen der Ziele“ (2,6 gegenüber 3,27), die „Erreichbarkeit des Stadtzentrums“ (2,3 gegenüber 2,95) und die „Werbung für das Radfahren“ (3,3 gegenüber 3,95) erhalten in Hannover deutlich bessere Benotungen als im Großstädteschnitt.

Carsharing-Städteranking 2022 des bcs

Der **Bundesverband CarSharing e.V. (bcs)** ist der Dachverband der deutschen Carsharing-Anbieter und erhebt alle zwei Jahre die Zahl der Carsharing-Fahrzeuge in deutschen Städten und Gemeinden mit mehr als 50.000 Einwohner*innen. Beim Carsharing (englisch, aus: car = (Kraft)wagen und to share = teilen) ist Halter des Autos, das man sich mit Anderen teilt, in der Regel der Carsharing-Anbieter. Die Kund*innen schließen mit dem Anbieter bei der Anmeldung einen Rahmenvertrag, danach können sie die Fahrzeuge rund um die Uhr buchen. In Deutschland gibt es 2022 935 Städte und Gemeinden mit einem Carsharing-Angebot; 163 dieser Städte haben mehr als 50.000 Einwohner*innen und werden im Carsharing-Städteranking be-

Abbildung 40:

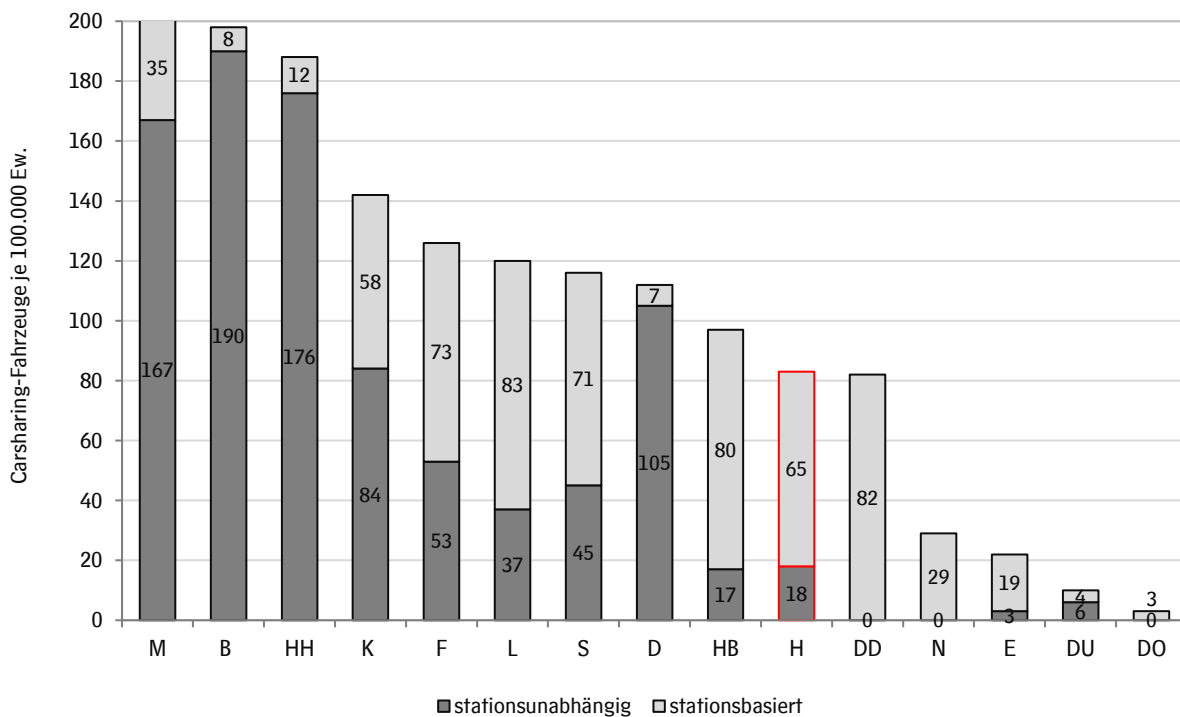
Entwicklung der Benotung der vier am besten und am schlechtesten bewerteten Aspekte 2022 sowie der Gesamtnote im ADFC-Fahrradklima-Test in Hannover 2012 bis 2022



Quelle: ADFC-Fahrradklima-Test 2022

Abbildung 41:

Carsharing-Fahrzeuge je 100.000 Einwohner*innen unterteilt nach stationsunabhängigen und stationsbasierten Angeboten in ausgewählten deutschen Großstädten 2022



Quelle: Bundesverband CarSharing e. V. (bcs)

trachtet. Um pandemiebedingte Verzerrungen auszuschließen, wurde die turnusgemäße Erhebung von 2021 auf 2022 verschoben. Die Erhebung basiert auf einer Abfrage der Fahrzeugzahlen zum Stichtag 1. Juli bei den Carsharing-Anbietern. Unterschieden wird zwischen stationsunabhängigem (sogenanntes „free-floating“) und stationsbasiertem Carsharing. Fahrzeuge des stationsunabhängigen Carsharing dürfen auf fast allen Stellplätzen im öffentlichen Raum bereitgestellt werden. Fahrzeuge des stationsbasierten Carsharing brauchen für die Bereitstellung auf kommunalen Flächen eine Genehmigung der jeweiligen Kommune. Mindestens drei Viertel der stationsbasierten Fahrzeuge in Deutschland stehen zurzeit auf privaten Flächen.

Karlsruhe 2022 beim Carsharing in Deutschland auf Rang 1 gefolgt von München auf Rang 2 und Berlin auf Rang 3

90 Prozent aller Carsharing-Anbieter haben gegenüber der letzten Erhebung 2019 ihre Flotten ausgebaut. Im aktuellen Carsharing-Städteranking 2022 verteidigt Karlsruhe seinen Platz als Deutschlands Carsharing-Hauptstadt: Auf 100.000 Einwohner*innen kommen dort 434 Carsharing-Autos. Die Plätze 2 und 3 belegen Städte aus dem Großstädtevergleich: München (202/100.000 Ew.) und Berlin (198/100.000 Ew.). In beiden Städten besteht der größte Teil des Angebots aus Free-floating-Fahrzeugen der Anbieter Miles und Share Now (beide Berlin und München) sowie WeShare (Berlin). Bedeutendster Anbieter von stationsbasiertem Carsharing ist in München STATAUTO München, in Berlin betreiben die größten stationsbasierten Flotten die Anbieter cambio und stadtmobil. Im Großstädtevergleich liegt Hamburg hinter München und Berlin mit 189 Carsharing-Autos je 100.000 Einwohner*innen auf Rang 3 vor Köln (143/100.000 Ew.). Hannover belegt Rang 10 (83/100.000 Ew.).

Drei Viertel der Carsharing-Fahrzeuge im Großstädtevergleich sind stationsunabhängig („free-floating“)

Stationsbasierte und kombinierte Systeme (hier stellen Anbieter parallel zum stationsbasierten Angebot auch Free-floating-Fahrzeuge zur Verfügung) sind die Treiber der Verbreitung des Carsharing sowohl in der Fläche als auch in vielen kleineren Großstädten. Free-floating-Angebote überwiegen dagegen im Großstädtevergleich: 76 Prozent der Carsharing-Fahrzeuge sind 2022 in den 15 größten deutschen Städten stationsunabhängig: Berlin (96 %), Düsseldorf (94 %), Hamburg (93 %) und München (83 %) haben besonders hohe Free-floating-Anteile. Auch in Duisburg (67 %) und Köln (59 %) liegt der Anteil bei mehr als der Hälfte. In sechs Großstädten überwiegt dagegen die Zahl der stationsbasierten Angebote und in Dresden, Nürnberg und Dortmund gibt es ausschließlich stationsbasierte Angebote (vgl. Abb. 41).

Carsharing in Deutschland und im Großstädtevergleich weiter auf dem Vormarsch

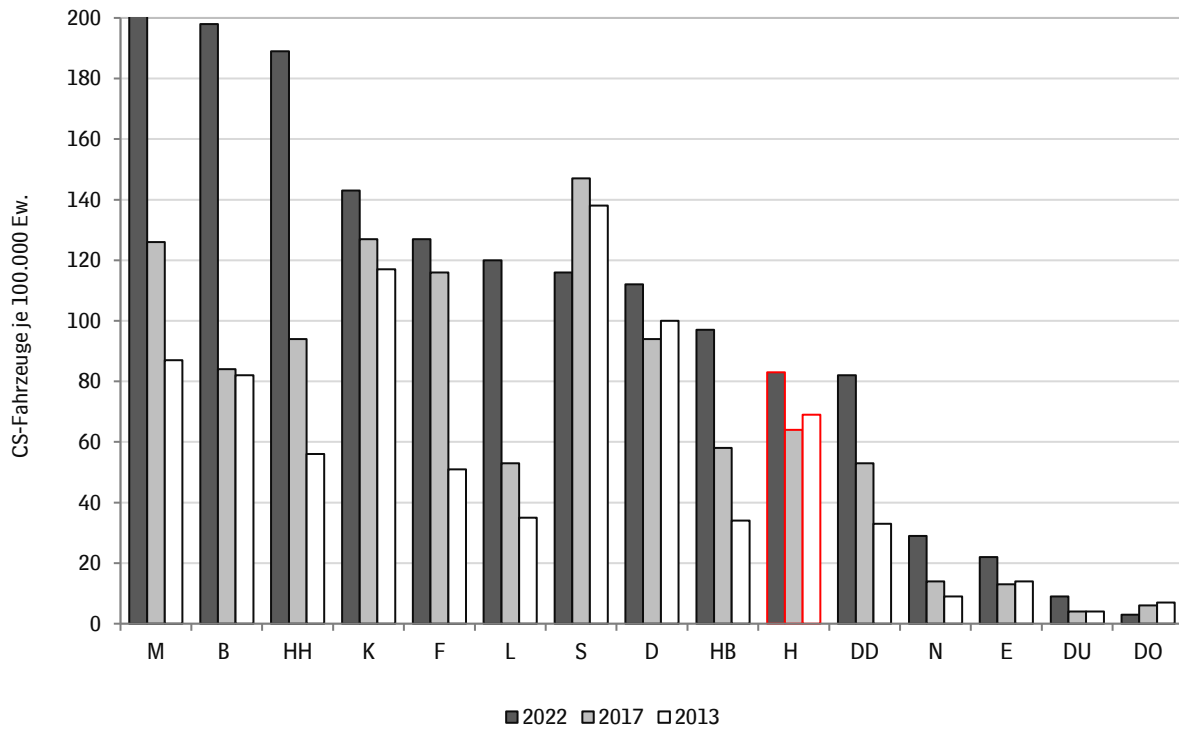
In den Kommunen mit über 50.000 Einwohner*innen hat die Zahl der laut Städteranking des bcs bereitgestellten Carsharing-Fahrzeuge in den vergangenen drei Jahren um rund ein Fünftel zugenommen. In den 15 größten deutschen Städten stieg die Zahl von 18.142 auf 20.190 um 11,3 Prozent an. In Berlin (+1.458) und Hamburg (+530) nahm die Zahl der Carsharing-Fahrzeuge seit 2019 am stärksten zu, gefolgt von Bremen (+169) und Dresden (+143). In sechs Großstädten nahm die Zahl dagegen ab, am meisten in Stuttgart (-159), München (-130) und Hannover (-90). Im Fünfjahresvergleich 2022 gegenüber 2017 stieg die Fahrzeuganzahl im Großstädtevergleich um deutliche 73,7 Prozent und nur in Stuttgart (-190) und Dortmund (-19) ist die Zahl heute geringer als vor fünf Jahren. In Hannover war die Entwicklung wie folgt: 2013 gab es insgesamt 362 Carsharing-Fahrzeuge, 2015 367, 2017 340, 2019 533 und 2022 schließlich 443. Abbildung 42 zeigt die Entwicklung der Carsharing-Fahrzeuge je 100.000 Einwohner*innen von 2013 über 2017 bis 2022 in den 15 größten deutschen Städten.

2021 11,2 Prozent mehr Pkw im Großstädtegleich als 2011

Im Jahr 2021 gab es gemäß Statistik des **Kraffahrtbundesamtes (kba)** zum **Kfz-Bestand** in den 15 größten deutschen Städten 6,27 Mio. Personenkraftwagen, 463.800 Lastkraftwagen und 510.400 Krafträder. Gegenüber 2011 stieg die Zahl der Pkw um 11,2 Prozent (+632.100), die der LKW um 38,2 Prozent (+128.200) und die der Krafträder um 18,7 Prozent (+80.300). Zeitgleich stieg die Bevölkerungszahl um 7,8

Abbildung 42:

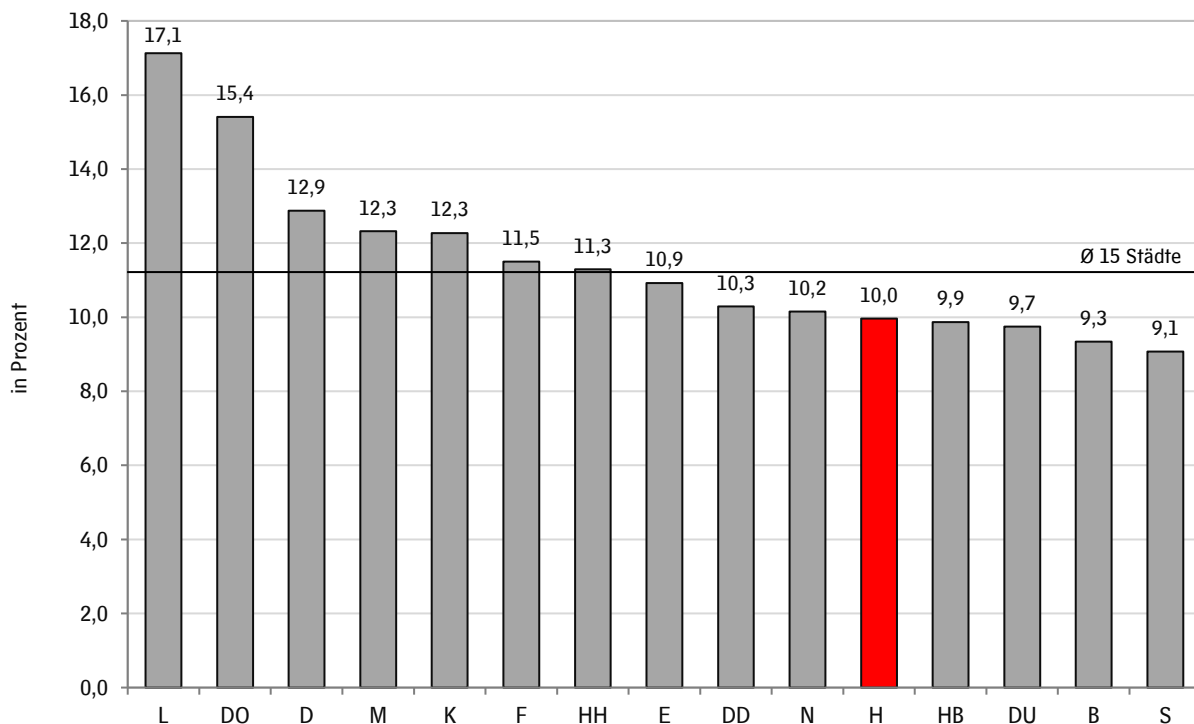
Carsharing-Fahrzeuge je 100.000 Einwohner*innen in ausgewählten deutschen Großstädten 2022, 2017 und 2013



Quelle: Bundesverband CarSharing e. V. (bcs)

Abbildung 43:

Relativer Anstieg der Zahl der Personenkraftwagen in ausgewählten deutschen Großstädten von 2011 bis 2021



Quelle: Kraftfahrtbundesamt

Prozent an. Deutschlandweit nahmen die Zahlen des Kfz-Bestandes etwas stärker zu als im Großstädtevergleich: Bei den Pkw um 13,1 Prozent, bei den Lkw um 40,4 Prozent und bei den Krafträdern um 22,3 Prozent. Demgegenüber ist die Bevölkerungszahl bundesweit im gleichen zehnjährigen Zeitraum nur um 3,6 Prozent gestiegen.

Seit 2011 stieg die Zahl der Pkw am stärksten in Leipzig (+17,1 %), Dortmund (+15,4 %) und Düsseldorf (+12,9 %). Stuttgart (+9,1 %) und Berlin (+9,3 %) hatten den geringsten Anstieg (Hannover: +10,0 %) (vgl. Abb. 43).

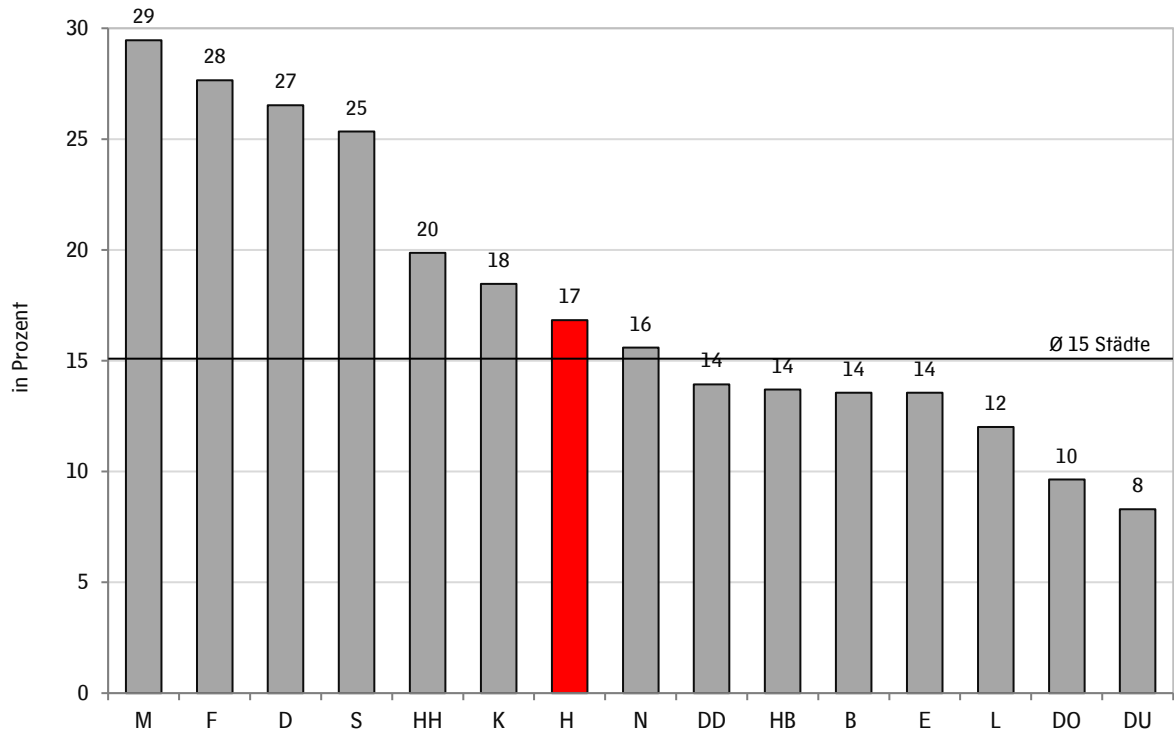
Von den 6,27 Mio. Personenkraftwagen in den 15 größten deutschen Städten entfallen 82 Prozent auf private und die übrigen 18 Prozent auf gewerbliche Halter*innen (Deutschland: 11 %). Der Anteil ist dabei sehr unterschiedlich: Während es in Duisburg nur 8 Prozent gewerbliche Halter*innen gibt und in Dortmund 10 Prozent, liegt der maximale Anteil in München bei 29 Prozent, also bei ungefähr dem Dreifachen. Auch in Frankfurt mit 28 Prozent und Düsseldorf mit 27 Prozent liegt der Anteil gewerblicher Pkw-Halter*innen relativ hoch (vgl. Abb. 44). Hannover liegt mit 17 Prozent im Mittelfeld auf Rang 7.

Drittgeringste Pkw-Dichte in Hannover mit 413 Pkw je 1.000 Einwohner*innen

Die **Pkw-Dichte** – also der Bestand an Pkw je 1.000 Einwohner*innen – ist im Großstädtevergleich mit 432 Pkw/1.000 Ew. um gut ein Viertel (-26 %) geringer als in Deutschland (583 Pkw/1.000 Ew.). Vor zehn Jahren (2011) lag die Dichte im Großstädtevergleich bei 418 Pkw/1.000 Ew., war also um 13 Pkw/1.000 Ew. geringer. 2021 gibt es die höchsten Pkw-Dichten in Düsseldorf (515 Pkw/1.000 Ew.), in Essen (510 Pkw/1.000 Ew.) und Dortmund (508 Pkw/1.000 Ew.). Berlin (338 Pkw/1.000 Ew.), Leipzig (389 Pkw/1.000 Ew.) und Hannover (413 Pkw/1.000 Ew.) haben die geringsten Dichten.

Abbildung 44:

Anteil der gewerblichen Pkw-Halter*innen (gegenüber privaten) in ausgewählten deutschen Großstädten 2021



Quelle: Kraffahrtbundesamt

9. Tourismus

Starke Rückgänge in der Tourismusbranche 2020 und 2021

Die Coronajahre 2020 und 2021 haben der Tourismusbranche im Großstädtevergleich schwer geschadet. 2021 gegenüber 2019 sind alle Indikatoren der **Tourismusstatistik** der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder rückläufig:

Geöffnete Beherbergungsbetriebe (Unterkünfte) minus 10,3 Prozent, angebotene Schlafgelegenheiten minus 5,6 Prozent, Rückgang der Gästeankünfte um 61,3 Prozent (Ankünfte aus dem Inland minus 54,5 Prozent, aus dem Ausland minus 75,0 Prozent), der Gästeübernachtungen um 56,5 Prozent (Übernachtungen aus dem Inland minus 47,2 Prozent und Übernachtungen aus dem Ausland minus 72,0 Prozent). Die Auslastung (Übernachtungen in Bezug auf die Bettenzahl) ging um 53,9 Prozent zurück, die Tourismusintensität (Übernachtungen in Bezug auf die Bevölkerungszahl) um 56,4 Prozent.

Lediglich die durchschnittliche Aufenthaltsdauer ist im Großstädteschnitt leicht gestiegen: Sie lag 2019 bei 2,0 Tagen, 2020 bei 2,1 Tagen und 2021 bei 2,3 Tagen.

105 Schließungen von Unterkünften in Berlin binnen zwei Jahren

Die hier genutzte Statistik umfasst alle **Beherbergungsbetriebe** (Beherbergungsstätten und Campingplätze sowie entsprechende fachliche Betriebsteile) mit mindestens zehn Schlafgelegenheiten bzw. Stellplätzen, die zu den Betriebsarten Hotellerie, Ferienunterkünfte und ähnliche Beherbergungsstätten, Campingplätze, Vorsorge- und Rehabilitationskliniken und Schulungsheime gehören.

Die Zahl dieser Unterkünfte sank im Großstädtevergleich in den zwei Jahren von insgesamt 3.571 auf 3.202. In absoluten Zahlen schlossen die meisten Beherbergungsbetriebe in Berlin (-105, ausgehend von 803), Frankfurt (-53) und Köln (-40), die wenigsten in Essen (-3), Dortmund (-5) und Duisburg (-6) – in diesen Städten hatte es 2019 die wenigsten Unterkünfte gegeben. Prozentual sank die Zahl der Betriebe in Frankfurt (-17,4 %), Bremen (-16,0 %) und Düsseldorf (-15,5 %) am stärksten und in Essen (-3,2 %), Hamburg (-3,9 %) und Nürnberg (-4,5 %) am wenigsten. Hannover liegt mit einem Rückgang um 8,1 Prozent (von 111 Beherbergungsbetrieben 2019 auf 102 2021) etwas unter dem o. g. Schnitt aller Großstädte.

Die mit Abstand meisten Beherbergungsbetriebe gibt es 2021 in Berlin mit 698, es folgen ungefähr gleichauf München (427) und Hamburg (399) (vgl. Abb. 45). Die wenigsten Unterkünfte gibt es in Duisburg (42) hinter Dortmund (58) und Bremen (89).

Die **Bettenzahl** betrug 2019 insgesamt 566.713, 2020 waren es noch 508.292 – ein Rückgang um 10,3 Prozent. 2021 gab es eine leichte Erholung: Gegenüber 2020 stieg die Zahl um 5,3 Prozent auf 535.142 an. Lediglich in Hannover (-388 Betten), Bremen (-231) und Dresden (-109) war die Bettenzahl 2021 rückläufig. Dafür hatte es 2020 gegenüber 2019 nur in Leipzig (+1.195 auf 21.124 Betten) und Hannover (+340 auf 14.504) einen Zuwachs gegeben.

Zwei Drittel weniger Gästeankünfte in Frankfurt 2021 als 2019

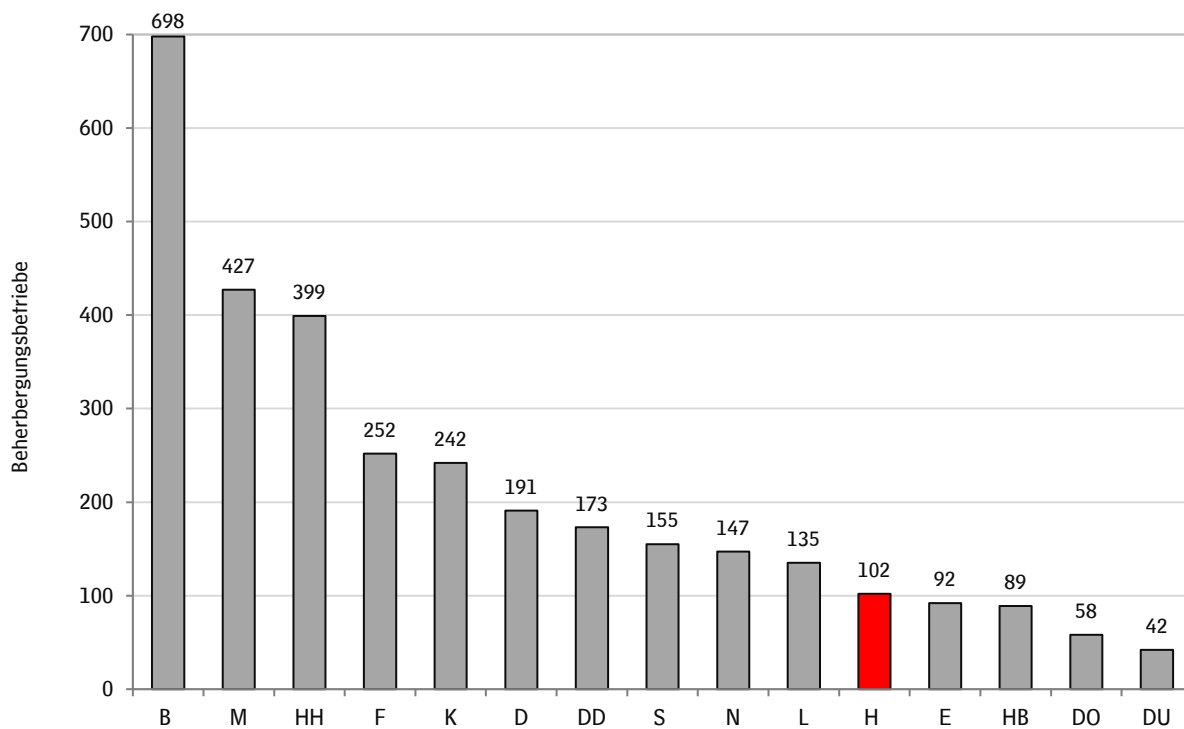
Bei den **Gästeankünften** war die Situation 2021 nur geringfügig besser als 2020. Hatte der Rückgang 2020 61,8 Prozent betragen – von 56.470.881 auf 21.564.149 – waren es 2021 mit 21.837.290 1,3 Prozent mehr als im Vorjahr. Bezogen auf beide Jahre mussten Berlin (-8.834.758), München (-5.653.710) und Hamburg (-4.332.765) gegenüber 2019 die meisten Rückgänge hinnehmen; in relativen Zahlen waren es Frankfurt (-65,5 %), München (-64,6 %) und Stuttgart (-64,0 %). Bremen hatte als einzige Großstadt einen Rückgang von weniger als der Hälfte (-49,8 %).

Tourismus mit Gästen aus dem Ausland 2021 wie 2020 besonders stark betroffen

Nach Inland und Ausland unterteilt gingen die Gästeankünfte aus dem Ausland 2021 insgesamt noch einmal um 2,9 Prozent zurück, nachdem sie 2020 um fast drei Viertel (-74,2 %) eingebrochen waren. Bei den Gästeankünften aus dem Inland gab es 2021

Abbildung 45:

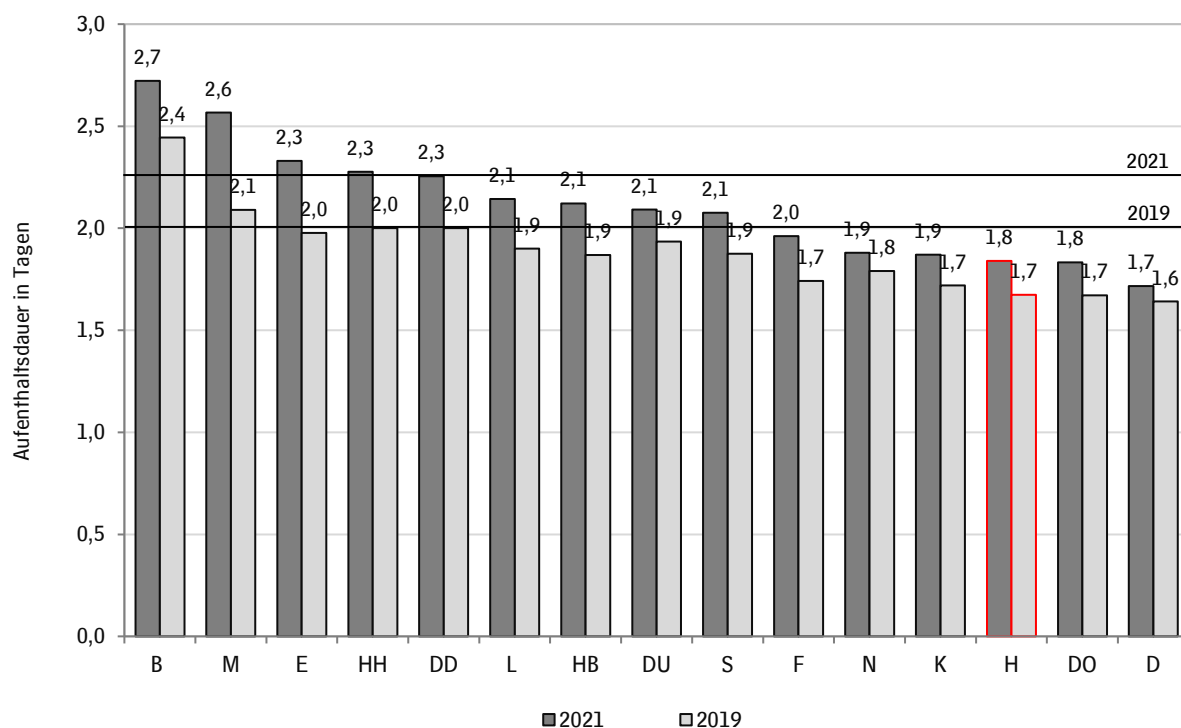
Beherbergungsbetriebe in ausgewählten deutschen Großstädten 2021



Quelle: Statistische Landesämter

Abbildung 46:

Durchschnittliche touristische Aufenthaltsdauer* in ausgewählten deutschen Großstädten 2021 gegenüber 2019



* gerundet auf eine Nachkommastelle

Quelle: Statistische Landesämter

eine nur geringfügige Erholung um 2,5 Prozent (von 16.701.210 auf 17.115.817), im Vorjahr hatte der Rückgang gegenüber 2019 55,6 Prozent betragen. Der ausländische Tourismus hatte damit einen noch stärkeren Einbruch als der inländische. Entsprechend stammten 2019 noch ein Drittel (33,4 %) der Gästeankünfte aus dem Ausland, 2020 nur noch 22,6 Prozent und 2021 21,6 Prozent.

Höchste Rückgänge der Übernachtungen im Zweijahresvergleich in Frankfurt und Düsseldorf

Bei den **Gästeübernachtungen** war die Erholung 2021 mit 7,7 Prozent Zuwachs etwas besser als bei den Gästeankünften, aber die Zahlen in allen Großstädten (insg. 49.844.450 Übernachtungen gegenüber 46.276.100 im Jahr 2020) sind deutlich schlechter als noch 2019 (114.535.476). Frankfurt, Düsseldorf (beide -61,2 %), Stuttgart (-60,1 %) und Berlin (-59,1 %) hatten im Zweijahresvergleich die stärksten Rückgänge – Bremen (-43,0 %), Leipzig (-43,6 %) und Duisburg (-48,5 %) die relativ geringsten. Hannover lag dabei mit minus 54,6 Prozent im Mittelfeld der Großstädte.

Die oben dargestellte unterschiedliche Betroffenheit des ausländischen und inländischen Tourismus bei den Ankünften zeigt sich auch bei den Gästeübernachtungen: 2021 erholte sich die Zahl der Übernachtungen gegenüber 2020 im Großstädtevergleich aus dem Ausland um 3,6 Prozent, der aus dem Inland dagegen um immerhin 9,1 Prozent. Im Vorjahr hatte der Rückgang der Übernachtungen aus dem Inland 51,6 Prozent betragen; der aus dem Ausland um 73,0 Prozent noch deutlich stärker.

2019 entfielen noch 37,4 Prozent der Übernachtungen auf solche aus dem Ausland. 2020 waren es nur noch 25,0 Prozent und 2021 24,0 Prozent – mehr als drei Viertel (76,0 %) entfallen somit auf Personen aus dem Inland.

Höchste Aufenthaltsdauer in Berlin (2,7 Tage) und München (2,6)

2021 gegenüber 2019 ist die durchschnittliche **Aufenthaltsdauer** (Verhältnis der Übernachtungen zur Anzahl der Ankünfte) in allen 15 Großstädten gestiegen (vgl. Abb. 46). Eher gering war der Anstieg in Düsseldorf (von 1,6 auf 1,7 Tage) und Nürnberg (von 1,8 auf 1,9 Tage), am zweithöchsten in Essen (von 2,0 auf 2,3 Tage) und in München stieg die Aufenthaltsdauer sogar um einen halben Tag von 2,1 auf 2,6 Tage. Damit ist die Dauer hier fast so hoch wie in Berlin auf Rang 1 mit 2,7 Tagen (2019: 2,4 Tage). Die geringste durchschnittliche Aufenthaltsdauer hat Düsseldorf mit 1,7 Tagen hinter Dortmund und Hannover (je 1,8 Tage).

Bettenauslastung 2021 nur bei 46 Prozent der Auslastung von 2019

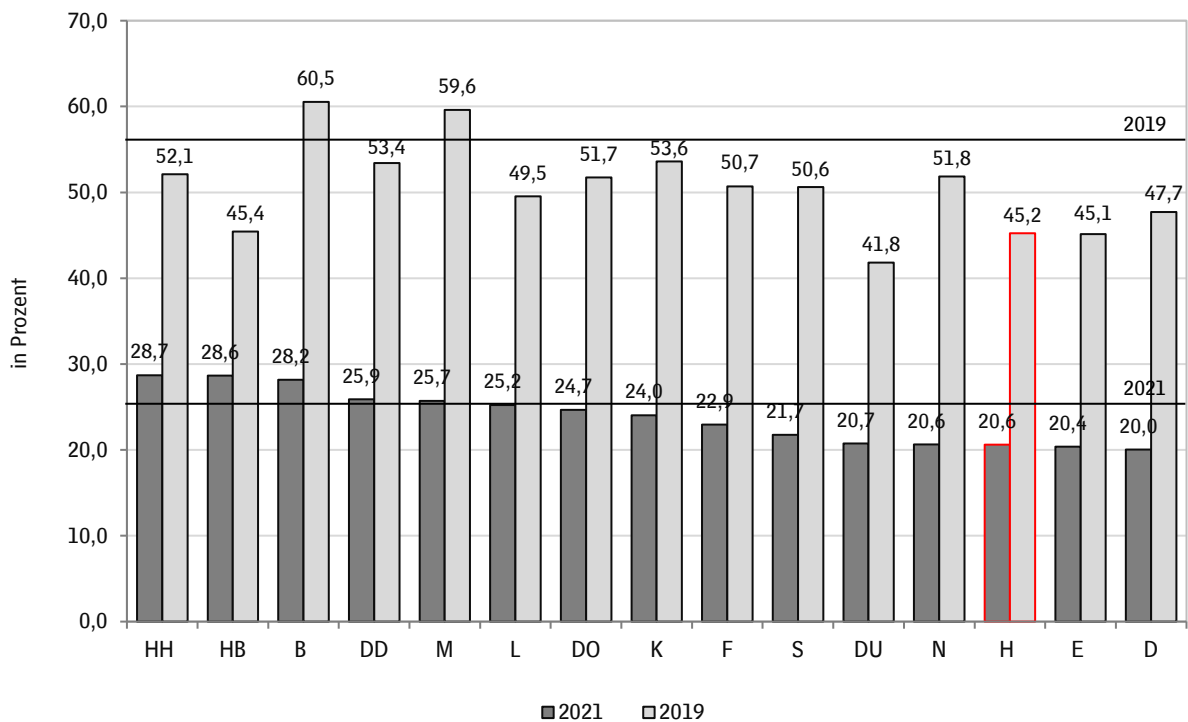
Die durchschnittliche **Bettenauslastung** (Verhältnis der Übernachtungen zu den angebotenen Schlafgelegenheiten) im Großstädtevergleich war von 55,4 Prozent im Jahr 2019 um über die Hälfte auf 24,9 Prozent 2020 eingebrochen und betrug nur 46,0 Prozent des Wertes von 2019. Auch 2021 war die Auslastung mit 25,5 Prozent ähnlich gering. Die vergleichsweise höchsten Auslastungen haben dabei Hamburg (28,7 %), Bremen (28,6 %) und Berlin (28,2 %), die geringsten Düsseldorf (20,0 %) und Essen (20,4 %) hinter Hannover und Nürnberg mit je 20,6 Prozent (vgl. Abb. 47).

Tourismusintensität 2021 gegenüber dem Vorjahr um 7,8 Prozent gestiegen

Die **Tourismusintensität** (Übernachtungen geteilt durch die Bevölkerungszahl mal 1.000) im Großstädtevergleich ging 2019 auf 2020 von durchschnittlich 7.871 auf 3.183 zurück – ein Rückgang um 59,6 Prozent auf nur noch 40,4 Prozent des Ausgangswertes. 2021 stieg sie zwar um 249 bzw. 7,8 Prozent auf 3.431 wieder an – dies entspricht aber nur 43,6 Prozent des Wertes von 2019. Duisburg hat mit 593 die deutlich geringste Tourismusintensität hinter Dortmund (1.151) und Essen (1.366) (vgl. Abb. 48). Diese Rangfolge war auch 2020 und 2019 die gleiche. Auf den ersten drei Rängen liegen 2021 wie im Vorjahr Frankfurt (5.516), München (5.342) und Dresden (4.038), fast gleichauf gefolgt von Hamburg mit 4.035. 2019 hatte Berlin mit damals 9.299 vor Dresden auf Rang 3 gelegen.

Abbildung 47:

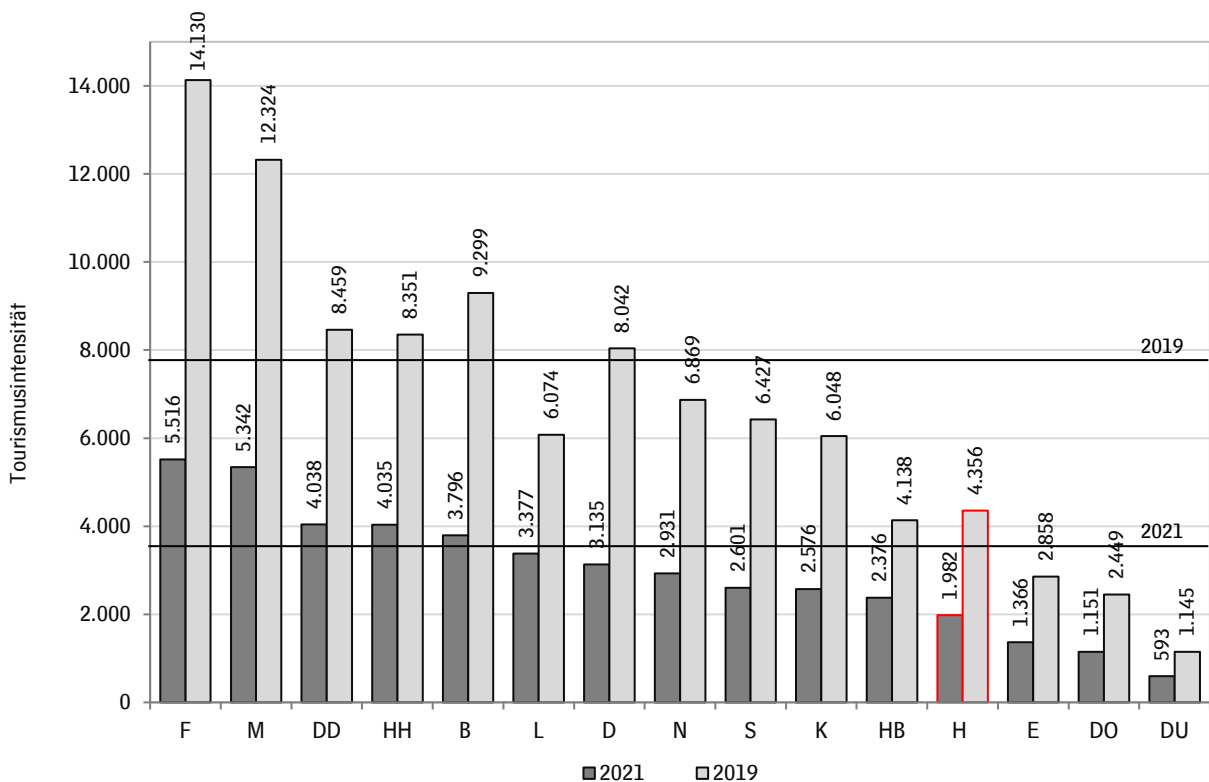
Durchschnittliche touristische Bettenauslastung in ausgewählten deutschen Großstädten 2021 gegenüber 2019



Quelle: Statistische Landesämter

Abbildung 48:

Tourismusintensität in ausgewählten deutschen Großstädten 2021 gegenüber 2019



Quelle: Statistische Landesämter

10. Öffentliche Sicherheit/Kriminalität

Die **Polizeiliche Kriminalstatistik (PKS)** des Bundeskriminalamtes (BKA) enthält die Delikte, die entdeckt, angezeigt, registriert und sanktioniert wurden, das sogenannte Hellfeld; nicht aber die Zahl aller tatsächlich begangenen Delikte, da eine Teilmenge der Straftaten der Polizei nicht bekannt wird, das sogenannte Dunkelfeld. Die PKS bietet also kein getreues Spiegelbild der Kriminalitätswirklichkeit, sondern eine je nach Deliktsart mehr oder weniger starke Annäherung an die Realität. Die PKS hängt auch von der Anzeigebereitschaft der Betroffenen ab.

Zahl der erfassten Straftaten im Großstädtevergleich seit Jahren rückläufig

Gemäß der Polizeilichen Kriminalstatistik ist die Zahl der erfassten Straftaten im Großstädtevergleich wie in den vergangenen Jahren auch 2021 weiterhin zurückgegangen. 2016 gab es noch 1,87 Mio. erfasste Fälle, 2021 waren es mit 1,46 Mio. über 400.000 Fälle weniger – das entspricht einem deutlichen Rückgang um 21,8 Prozent. Bei 7,4 Prozent dieser Fälle handelte es sich 2021 nur um Versuche einer Straftat. Die Aufklärungsquote liegt insgesamt bei gut der Hälfte der Straftaten (52,3 %).

Nur ein Viertel der Tatverdächtigen ist weiblich

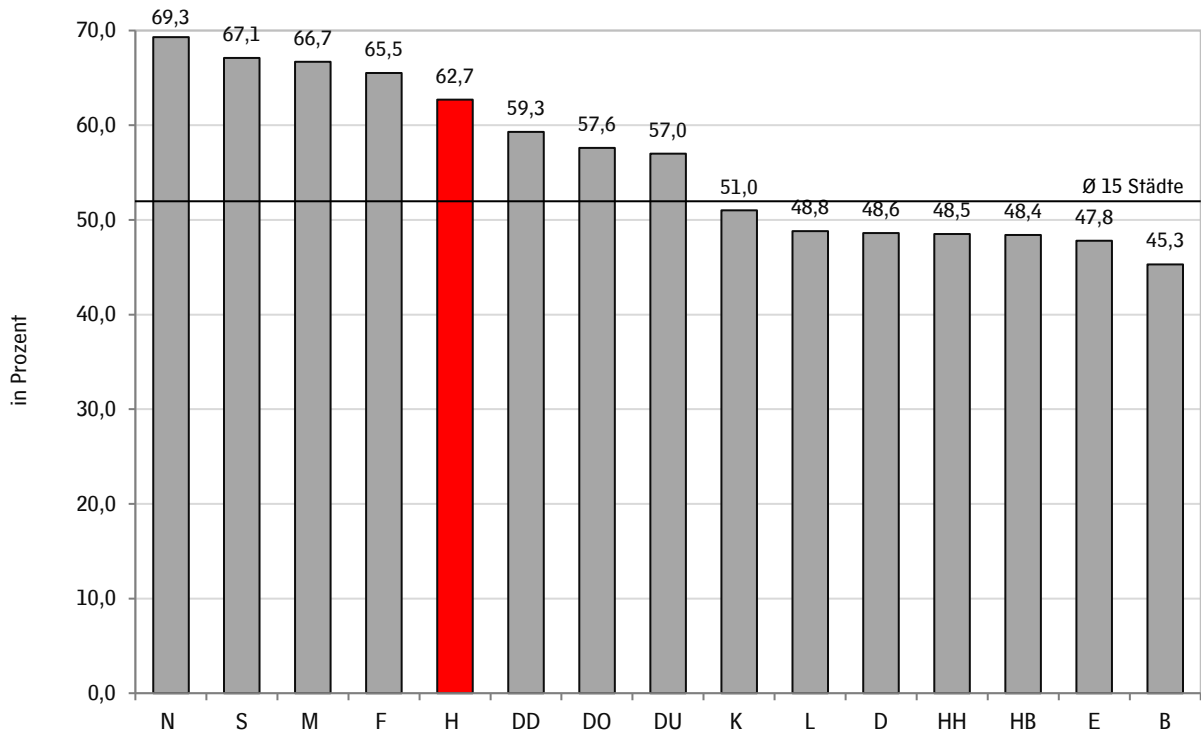
Dreiviertel der Tatverdächtigen sind im Großstädtevergleich männlich (75,3 %) und somit nur ein Viertel weiblich. Der männliche Anteil reicht von 72,4 Prozent in Frankfurt bis zu 77,8 Prozent in Bremen (Hannover: 76,7 %). 39,4 Prozent der Tatverdächtigen im Großstädtevergleich sind Nichtdeutsche und damit deutlich mehr als in Deutschland gesamt (29,9 %) wo der Anteil ausländischer Personen an der Bevölkerung ebenfalls geringer ist als im Großstädtevergleich. Beim Anteil der Nichtdeutschen wurden die mit Migrationsbewegungen zusammenhängenden Straftaten gegen das Aufenthalts-, das Asyl- und das Freizügigkeitsgesetz/EU herausgerechnet – auf diese Straftaten entfallen allein knapp 21 Prozent der nichtdeutschen Tatverdächtigen. Auch bei Herausrechnen der ausländerrechtlichen Verstöße unterliegen die Zahlen der Polizeilichen Kriminalstatistik statistischen Verzerrungseffekten wie demografischen Merkmalen (Alter, Geschlecht und sozialer Status): Junge Männer mit einem geringeren Bildungsstatus und wenig Einkommenschancen werden generell häufiger kriminell, und der Anteil dieser Bevölkerungsgruppe ist unter Zuwandernden hoch. Würden diese Merkmale bei der Bewertung der statistischen Daten berücksichtigt, so ist laut Kriminolog*innen die Kriminalitätsbelastung unabhängig von der Staatsangehörigkeit annähernd gleich. In Dresden und Leipzig – in denen der Bevölkerungsanteil an ausländischen Personen geringer ist als in den übrigen Großstädten – sind auch die Anteile ausländischer Tatverdächtiger am geringsten (Leipzig: 25,5 %, Dresden: 26,8 %). In Frankfurt sind dagegen gut die Hälfte aller Tatverdächtigen Nichtdeutsche (51,4 %), der höchste Wert im Großstädtevergleich vor München (47,1 %) und Stuttgart (44,1 %).

Gut die Hälfte der Straftaten wird im Großstädtevergleich aufgeklärt

Die Aufklärungsquote von insgesamt 52,3 Prozent unterscheidet sich im Großstädtevergleich deutlich. In Berlin war sie 2021 mit lediglich 45,3 Prozent mit Abstand am niedrigsten hinter Essen mit 47,8 Prozent und Bremen mit 48,4 Prozent (vgl. Abb. 49). Den Spitzenwert erzielt Nürnberg mit einer hohen Aufklärungsquote von 69,3 Prozent aller Straftaten. Auf Rang 2 und 3 folgen Stuttgart (67,1 %) und München (66,7 %). Hannover hat mit 62,7 Prozent die fünftbeste Aufklärungsquote. Die Aufklärungsquote unterscheidet sich nach Deliktgruppen teilweise deutlich. Bei Straftaten gegen das Leben ist sie mit 86,0 Prozent im Großstädtevergleich hoch. In Duisburg wurden alle 11 Straftaten gegen das Leben aufgeklärt, darunter wurde einmal mit einer Schusswaffe geschossen. In Berlin wurden mit drei Viertel (74,8 %) die relativ wenigsten Straftaten dieser Deliktgruppe aufgeklärt, 119 von 159 Fällen (Hannover: 28 von 31 Fällen, darunter viermal mit Schusswaffe geschossen, Aufklärungsquote 90,3 %). Bei Wohnungseinbrüchen (Diebstahl in/aus Wohnungen) liegt die Aufklärungsquote insgesamt nur bei 22,9 Prozent. In Hamburg wurden nur 14,1 Prozent der Fälle aufgeklärt

Abbildung 49:

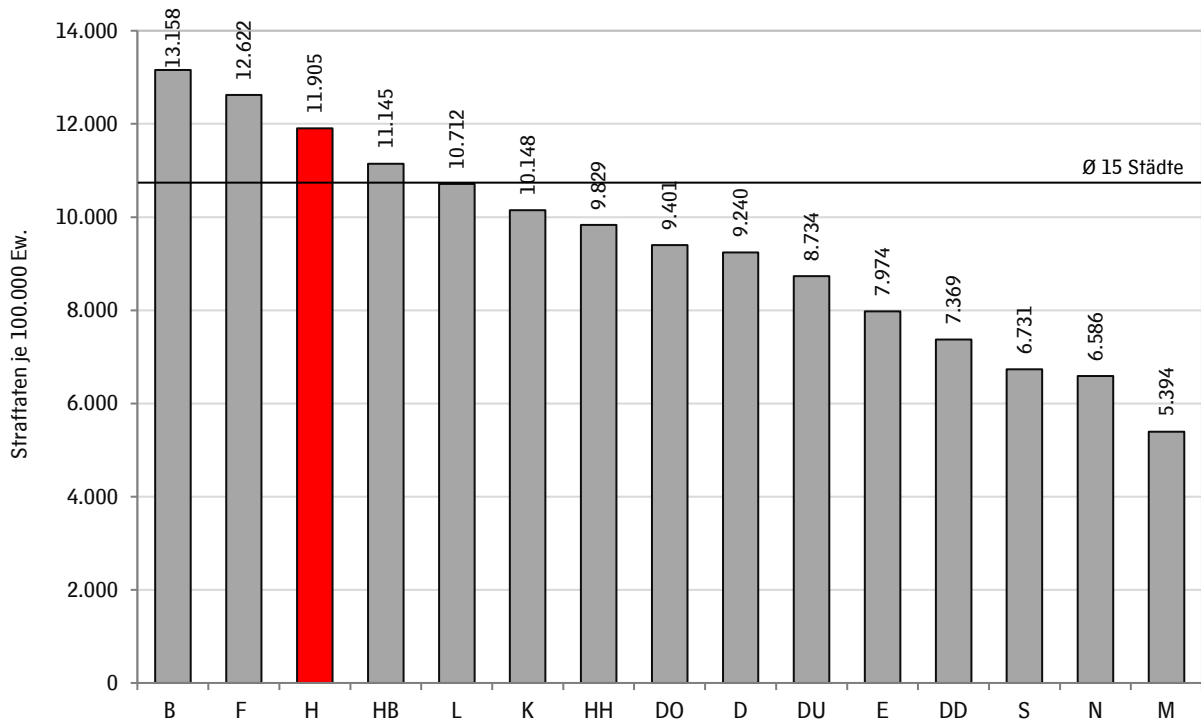
Aufklärungsquote aller Straftaten in ausgewählten deutschen Großstädten 2021



Quelle: Polizeiliche Kriminalstatistik (PKS) 2021, V1.0

Abbildung 50:

Kriminalitätsrate (Straftaten insgesamt je 100.000 Einwohner*innen) in ausgewählten deutschen Großstädten 2021



Quelle: Polizeiliche Kriminalstatistik (PKS) 2021, V1.0

(432 von 3.072), in Bremen (15,8 %) und Düsseldorf (16,3 %) war die Quote ähnlich gering. In Leipzig dagegen konnten 380 der 875 Wohnungseinbrüche aufgeklärt werden – ein Spitzenwert von 43,4 Prozent, gefolgt von 37,6 Prozent in Dresden. In Hannover lag die Aufklärungsquote mit 31,2 Prozent um 8,3 Prozentpunkte über dem Schnitt aller Großstädte.

Neben der insgesamt schlechtesten Aufklärungsquote hat Berlin 2021 die höchste Kriminalitätsrate, das heißt die Zahl der erfassten Straftaten insgesamt bezogen auf 100.000 Einwohner*innen. 13.158 Straftaten je 100.000 Ew. sind wie bereits 2020 der höchste Wert vor Frankfurt und Hannover (vgl. Abb. 50). München weist mit lediglich 5.394 Straftaten/100.000 Ew. die deutlich geringste Kriminalitätsrate auf hinter Nürnberg (6.586/100.000 Ew.) und Stuttgart (6.731/100.000 Ew.).

2021 sinkt die Zahl der Wohnungseinbrüche um gut ein Viertel

In absoluten Zahlen hatte die Zahl der Wohnungseinbrüche bereits 2020 (32.658) gegenüber 2019 (36.747) um 11,1 Prozent abgenommen, was gemäß Polizei unter anderem durch die pandemiebedingt deutlich häufigere Anwesenheit von Bewohner*innen durch Homeoffice und zu Hause verbrachten Urlaub verursacht sein dürfte. 2021 sank die Zahl sogar auf 24.150 und ging damit binnen des zweiten Pandemie-Jahres um über ein Viertel (-26,1 %) zurück (vgl. Abb. 51). War 2020 die Zahl der Wohnungseinbrüche in 11 der 15 Großstädte rückläufig, ging sie 2021 in allen Großstädten zurück, minimal um 12,5 Prozent in Duisburg und maximal um 39,3 Prozent in München (Hannover: -27,2 %).

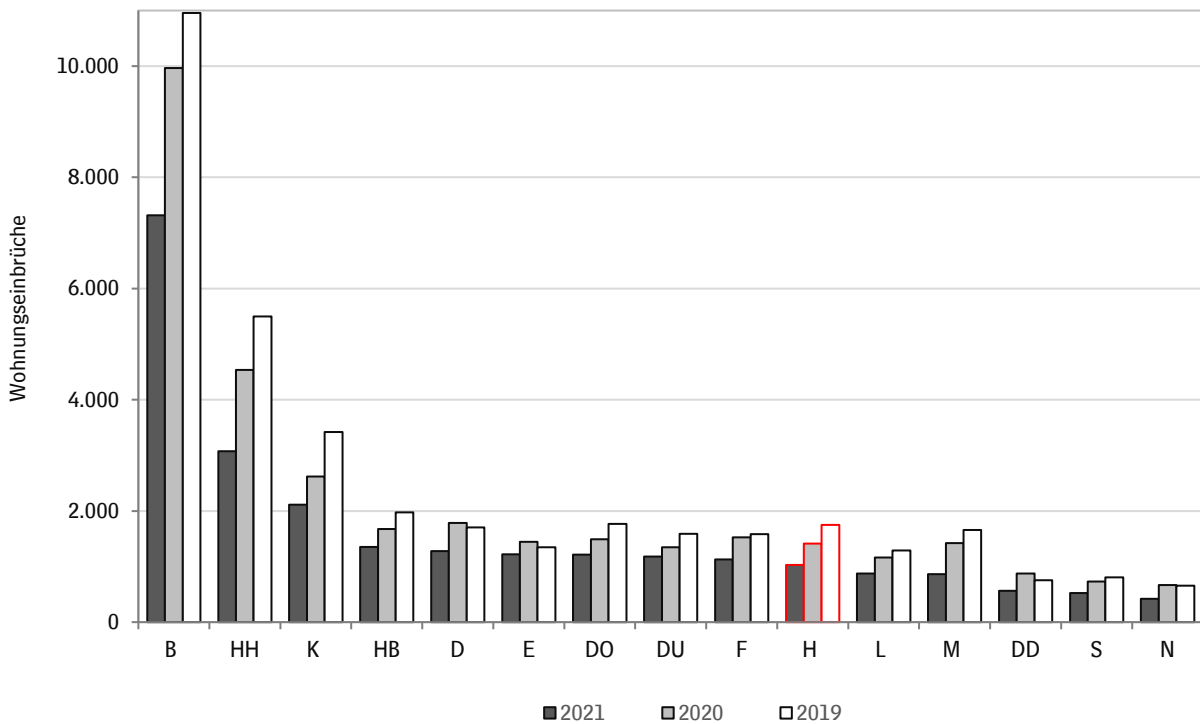
Anstieg der Straftaten in Hannover 2022 auf 70.068

Für Hannover liegt bereits die Polizeiliche Kriminalitätsstatistik des Jahres 2022 vom Landeskriminalamt Niedersachsen vor. Gegenüber 2021 stieg die Zahl der erfassten Fälle von 63.578 auf 70.068 deutlich um 10,2 Prozent an. Die Zahl hatte zuletzt 2018 über 70.000 gelegen (70.212, 2017: 77.886).

Abbildung 52 zeigt die Zahl der erfassten Fälle in Hannover 2022 sowie in den beiden Vorjahren nach Deliktgruppen. Außer bei den Straftaten gegen das Leben (2021: 31; 2022: 27) und bei Vermögens- und Fälschungsdelikten (2021: 14.000, 2022: 12.820) gab es 2022 in allen Deliktgruppen Anstiege der Fallzahlen. Am stärksten waren die relativen Zunahmen bei sonstigem einfachen Diebstahl (+30,0 %) und Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung (+24,9 %). Entfielen 2021 in Hannover noch die meisten Straftaten auf Vermögens- und Fälschungsdelikte (14.000) gab es 2022 die meisten Fälle bei sonstigem einfachem Diebstahl (14.554).

Abbildung 51:

Wohnungseinbrüche* in ausgewählten deutschen Großstädten 2021, 2020 und 2019

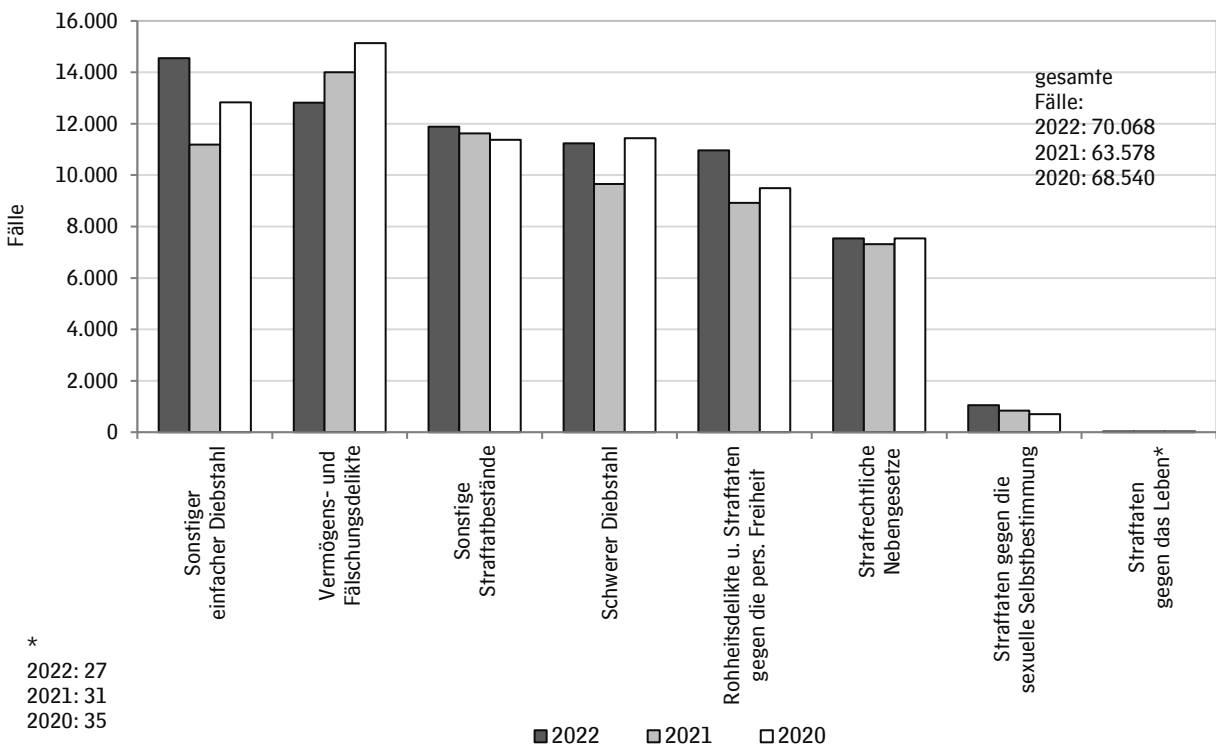


* Diebstahl insgesamt in/aus Wohnungen

Quelle: Polizeiliche Kriminalstatistik (PKS) 2021, VI.0

Abbildung 52:

Erfasste Fälle von Straftaten nach Deliktgruppen in Hannover 2022, 2021 und 2020



*
 2022: 27
 2021: 31
 2020: 35

■ 2022 ■ 2021 □ 2020

Quelle: Polizeiliche Kriminalitätsstatistik des Landes Niedersachsen, LKA Niedersachsen

11. Finanzen

Das folgende Kapitel zu den kommunalen Finanzen im Großstädtevergleich beruht auf der Statistik „Realsteuerkraft und -anspannung“ des Statistischen Bundesamtes für das Jahr 2021 sowie für ältere Vergleichsjahre. Die Statistik umfasst Daten zu den Realsteuern Grundsteuer A, Grundsteuer B und Gewerbesteuer (Istaufkommen, Grundbetrag, Hebesatz und Realsteuerkraft), weiterhin zum Gemeindeanteil an der Einkommensteuer und an der Umsatzsteuer sowie zur Gewerbesteuerumlage. Auch wird die gemeindliche Steuerkraft insgesamt und pro Kopf ausgewiesen.

Land- und forstwirtschaftliche Grundsteuer A im Großstädtevergleich kaum relevant

Die drei Realsteuern Grundsteuer A und B und die Gewerbesteuer lasten auf einzelnen Vermögensgegenständen: Grundstück bzw. Gewerbebetrieb. Die Grundsteuer wird auf den Grundbesitz erhoben und fließt in vollem Umfang den Gemeinden zu. Die Grundsteuer A betrifft Grundstücke der Land- und Forstwirtschaft. Die Einnahmen des Istaufkommens in den 15 größten deutschen Städten sind von insgesamt 3,09 Mio. EUR im Jahr 2019 über 3,10 Mio. EUR 2020 auf 3,14 Mio. EUR im Jahr 2021 (was nur 0,8 Prozent des Istaufkommens der Grundsteuer A in Deutschland entspricht) leicht gestiegen. Hamburg erzielte 2021 mit 700.000 EUR die höchsten, Berlin mit nur 53.000 EUR die geringsten Einnahmen, wobei Hamburg im Großstädtevergleich auch die absolut deutlich größte Landwirtschaftsfläche aufweist.

23,7 Prozent des deutschen Istaufkommens der Grundsteuer B wird im Großstädtevergleich erzielt

Deutlich höhere Steuereinnahmen als mit der Grundsteuer A erzielen die Großstädte mit der Grundsteuer B: Sie wird auf unbebaute und bebaute Grundstücke erhoben, die nicht der Land- und Forstwirtschaft zuzuordnen sind. Hier stiegen die Einnahmen des Istaufkommens in den 15 größten deutschen Städten von 3,35 Mrd. EUR im Jahr 2019 über 3,39 Mrd. EUR 2020 auf 3,46 Mrd. EUR 2021 – dies entspricht 23,7 Prozent des Istaufkommens der Grundsteuer B in Deutschland. Berlin erzielt 2021 die höchsten Einnahmen bei der Grundsteuer B (835,61 Mio. EUR) vor Hamburg (494,48 Mio. EUR), München (334,53 Mio. EUR) und Köln (231,65 Mio. EUR). Hannover bewegt sich mit 153,68 Mio. EUR im Mittelfeld auf Rang 8 und die geringsten Einnahmen gibt es mit 82,78 Mio. EUR in Dresden hinter Leipzig (98,11 Mio. EUR) und Nürnberg (123,49 Mio. EUR).

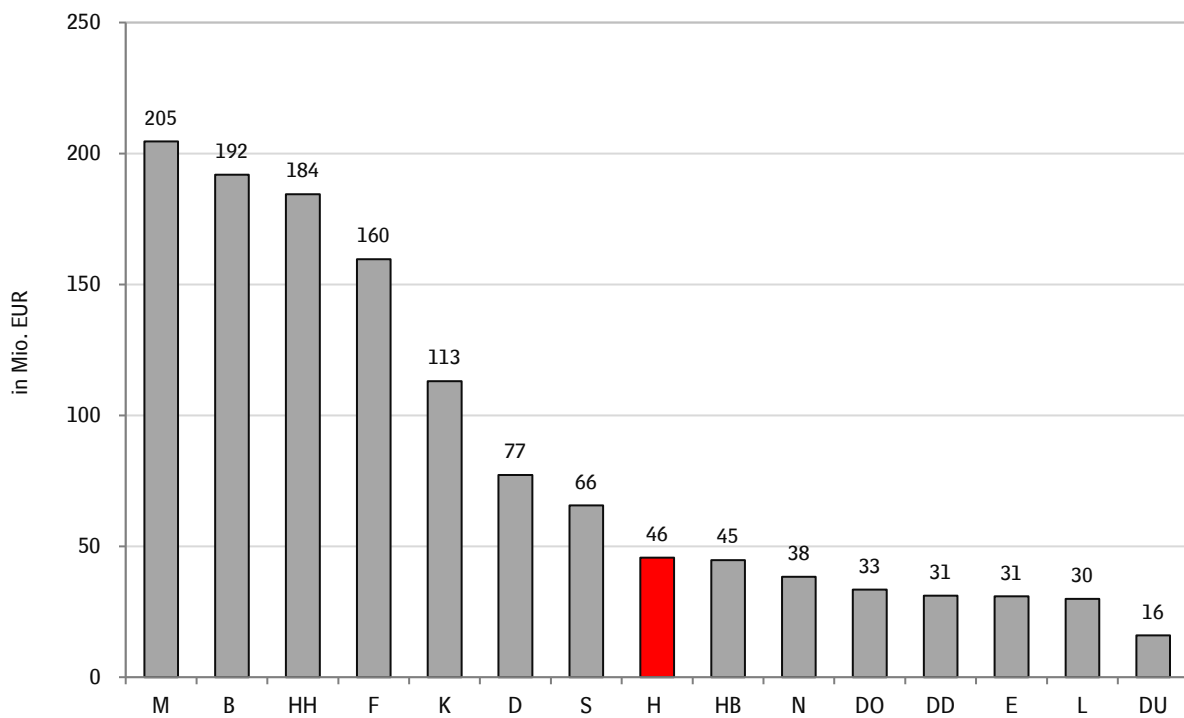
Die höchsten Steuereinnahmen bei den Realsteuern werden mit der Gewerbesteuer erzielt, sie lagen im Großstädtevergleich 2021 bei 17,39 Mrd. EUR Istaufkommen. Die Gewerbesteuer besteuert den Gewerbebetrieb und seine objektive Ertragskraft. Von 2019 auf 2020 hatte es vor allem infolge der Coronamaßnahmen einen starken Rückgang des Gewerbesteuer-Istaufkommens im Großstädtevergleich um ein Viertel (25,4 %) von 15,70 Mrd. auf 11,72 Mrd. gegeben. Die Aussagekraft der Statistik ist jedoch aus mehreren Gründen eingeschränkt bzw. die Zahlen zeigen eine Sondersituation, da von den negativen Auswirkungen eine Vielzahl von Gewerbetreibenden in verschiedensten Ausprägungen betroffen waren. Diesen Entwicklungen versuchte man durch Anpassung gesetzlicher Vorgaben, Erleichterungen finanzieller Unterstützung und Kompensation entgegen zu wirken. Dies hatte auch Einfluss auf die steuerlichen Erträge: Nicht nur bei der Einkommen- und der Umsatzsteuer, sondern gerade auch bei der Gewerbesteuer führten die Maßnahmen zu deutlichen Rückgängen.

2021 mit Abstand höchstes Istaufkommen bei der Gewerbesteuer in München mit 3,36 Mrd. EUR

2021 lag das Istaufkommen bei der Gewerbesteuer bei 17,39 Mrd. EUR und damit deutlich über dem Ausgangsniveau von 2019 von 15,70 Mrd. EUR. Aufgrund der Covid-19-Pandemie hat die Finanzverwaltung großzügige Anpassungen von Vorauszahlungen und vereinfachte Stundungen ermöglicht. Nicht alle Betriebe, die im Jahr 2020 davon Gebrauch gemacht haben, haben im Jahr 2021 unter den Folgen der Covid-19-Pandemie fortdauernd gelitten. Insoweit kam es im Jahr 2021 zu ersten

Abbildung 53:

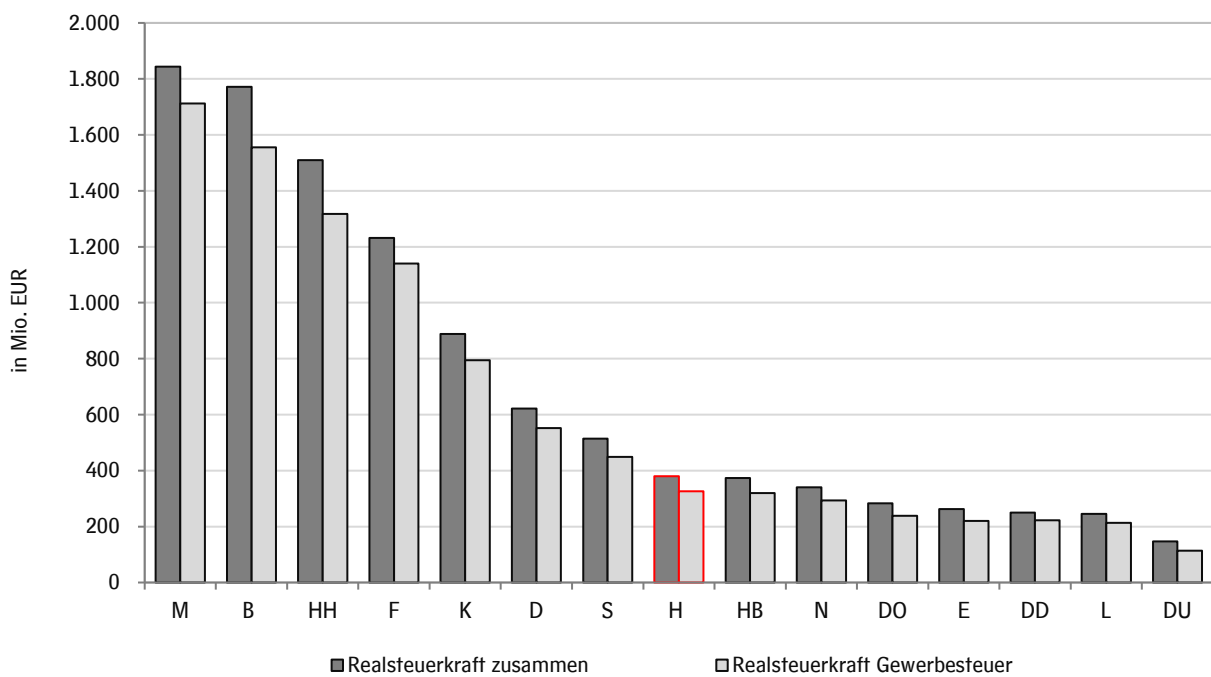
Gewerbsteuerumlage in ausgewählten deutschen Großstädten 2021



Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 14, Reihe 10.1; Landesamt für Statistik Niedersachsen

Abbildung 54:

Realsteuerkraft zusammen und darunter Realsteuerkraft Gewerbesteuer in ausgewählten deutschen Großstädten 2021



Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 14, Reihe 10.1; Landesamt für Statistik Niedersachsen

Nachholungen der Zahlungen für 2020. Das mit Abstand größte Gewerbesteuer-Istaufkommen erzielte 2021 München (3,36 Mrd. EUR), gefolgt von Berlin (2,55 Mrd. EUR), Hamburg (2,48 Mrd. EUR) und Frankfurt (2,10 Mrd. EUR). Die geringsten Einnahmen gab es in Duisburg (236,29 Mio. EUR), Leipzig (392,44 Mio. EUR), Dresden (400,04 Mio. EUR) und Essen (422,26 Mio. EUR). Hannover liegt mit 625,99 Mio. EUR auf Rang 8 im Mittelfeld.

Vom Istaufkommen der Gewerbesteuer müssen die Gemeinden eine Gewerbesteuerumlage an Bund und Land abführen. Die verbleibende Gewerbesteuer netto stellt den tatsächlich eingegangenen Betrag, d. h. die Einzahlungen an die Gemeinden dar. 2021 reduzierte sich dadurch das Istaufkommen im Großstädtevergleich von 17,39 Mrd. EUR auf netto 16,13 Mrd. EUR. Die höchste Gewerbesteuerumlage wurde mit 204,59 Mio. EUR in München abgeführt, die geringste in Duisburg mit 15,92 Mio. EUR (vgl. Abb. 53).

Duisburg verlangt höchste Hebesätze bei der Grundsteuer B und der Gewerbesteuer

Das Istaufkommen der Realsteuern wird von den gemeindespezifischen **Hebesätzen** beeinflusst. Der ungewichtete durchschnittliche Hebesatz der Grundsteuer A lag 2021 im Großstädtevergleich mit 301 Prozent unter dem Wert Deutschlands von 347 Prozent. Bei der Grundsteuer B ist er dagegen mit 609 Prozent höher als in Deutschland (481 %), ebenso bei der Gewerbesteuer (464 % gegenüber 403 %). Während der höchste Hebesatz bei der Grundsteuer A in München mit 535 Prozent erhoben wird vor Hannover mit 530 Prozent, ist er in Duisburg sowohl bei der Grundsteuer B (855 %) als auch bei der Gewerbesteuer (520 %) am höchsten. Die geringsten und damit günstigsten Hebesätze gibt es in Berlin bei der Grundsteuer A (150 %) und der Gewerbesteuer (410 %), bei der Grundsteuer B ist der Hebesatz in Düsseldorf mit 440 Prozent am geringsten.

Für jede Realsteuerart und für jede Gemeinde wird der sogenannte **Grundbetrag** der Realsteuern nach der Formel $\text{Istaufkommen} \times 100 / \text{Hebesatz}$ berechnet. Weil das Istaufkommen der Realsteuern wie dargestellt von den gemeindespezifischen Hebesätzen beeinflusst wird und daher die Vergleichbarkeit der Wirtschaftskraft schwierig ist, berechnet man die fiktive Größe **Realsteuerkraft**. Dabei werden fiktive, für alle Großstädte gleich hohe Hebesätze auf die Grundbeträge der jeweiligen Realsteuern angewendet und damit die Hebesatzunterschiede entfernt.

89 Prozent der Realsteuerkraft zusammen entfallen im Großstädtevergleich auf die Gewerbesteuer

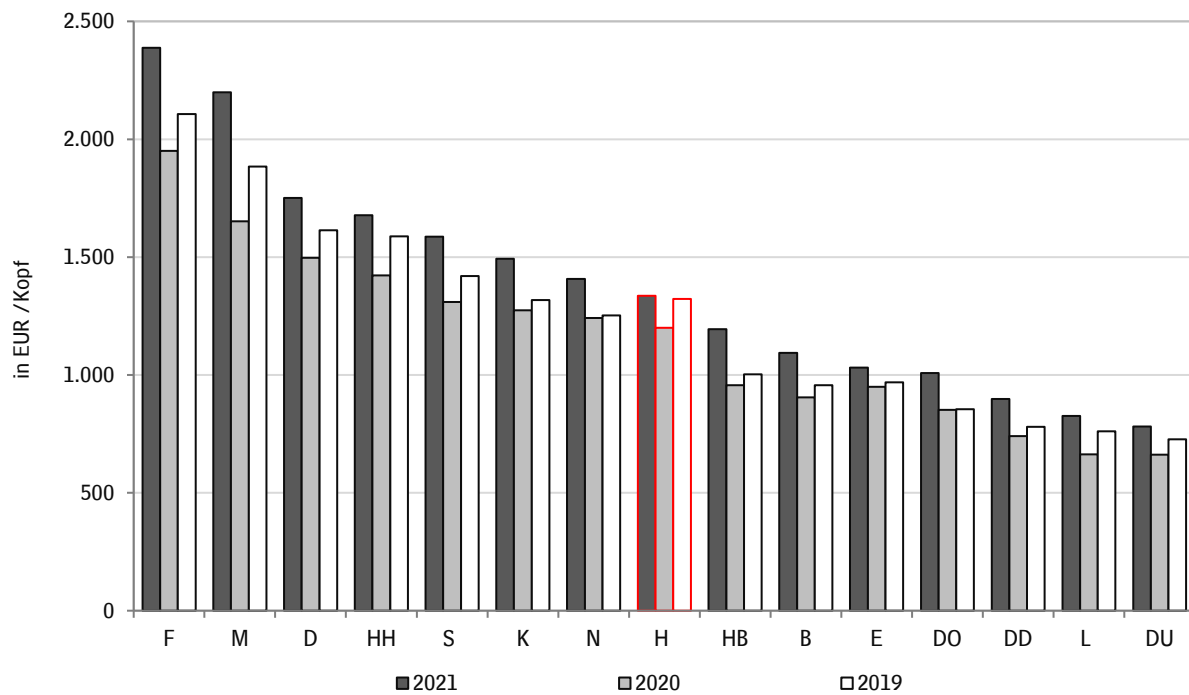
Im Großstädtevergleich entfallen 2021 89 Prozent der „Realsteuerkraft zusammen“ auf die Gewerbesteuer, 11 Prozent auf die Grundsteuer B und 0 Prozent (0,02 %) auf die Grundsteuer A. Aufgrund des hohen Anteils der Gewerbesteuer an der Realsteuerkraft zusammen, d. h. inklusive Grundsteuer A und B, ist die Reihenfolge im Großstädtevergleich 2021 bei beiden Werten der Realsteuerkraft fast identisch: München liegt auf Rang 1 vor Berlin, Hamburg, Frankfurt und Köln auf Rang 5; Hannover liegt im Mittelfeld auf Rang 8. Die niedrigste Realsteuerkraft sowohl bei der Gewerbesteuer als auch an der Realsteuerkraft zusammen besitzt Duisburg hinter Leipzig (vgl. Abb. 54). Während bei der Gewerbesteuer Essen auf Rang 13 hinter Dresden liegt, ist es bei Realsteuerkraft zusammen umgekehrt. Die Spannweite der Gewerbesteuer an der Realsteuerkraft zusammen ist dabei sehr groß: In Duisburg liegt die Summe bei lediglich bei 147,20 Mio. EUR, in München dagegen bei 1,84 Mrd. EUR – mehr als das Zwölfwache.

Auch wird in der Statistik „Realsteuerkraft und -anspannung“ des Statistischen Bundesamtes die Gemeindliche Steuerkraft insgesamt und pro Kopf ausgewiesen. Die Gemeindliche Steuerkraft ist definiert als Realsteuerkraft zusammen plus Saldo aus Gemeindeanteil an der Einkommen- und Umsatzsteuer abzüglich der Gewerbesteuerumlage.

2020 war die Gemeindliche Steuerkraft insgesamt im Großstädtevergleich gegenüber

Abbildung 55:

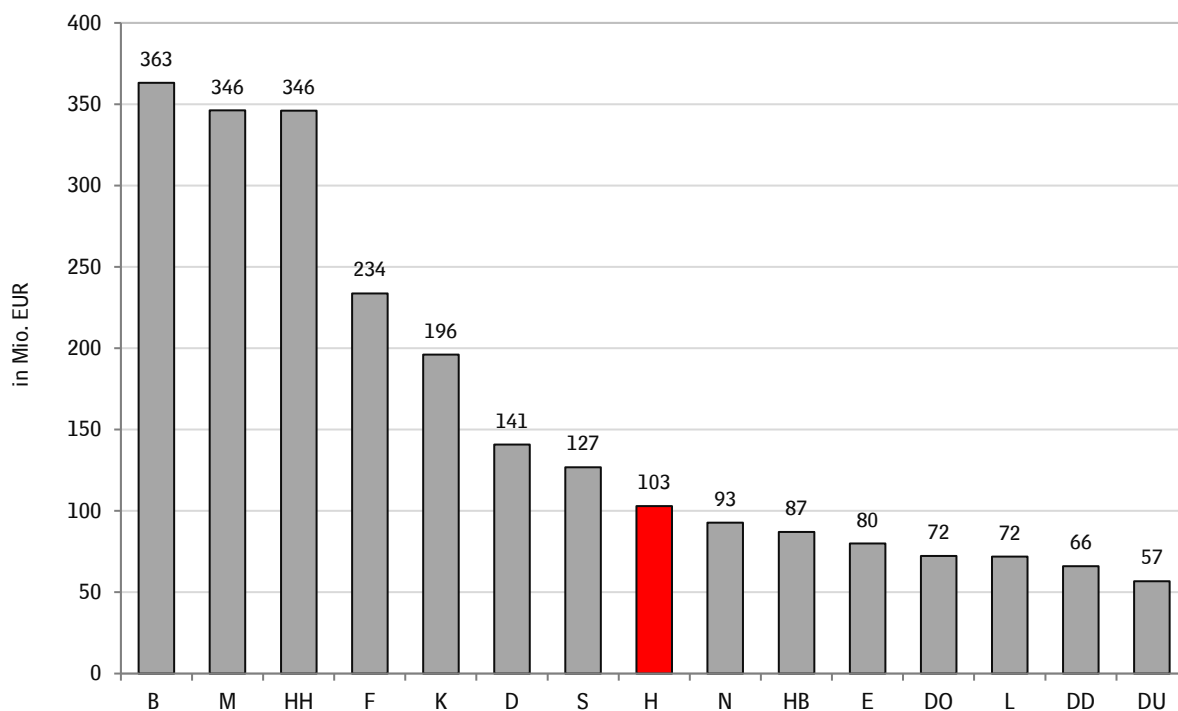
Gemeindliche Steuerkraft je Einwohner*in in ausgewählten deutschen Großstädten 2021 gegenüber 2020 und 2019



Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 14, Reihe 10.1 Landesamt für Statistik Niedersachsen

Abbildung 56:

Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer in ausgewählten deutschen Großstädten 2021



Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 14, Reihe 10.1 Landesamt für Statistik Niedersachsen

2019 (18,36 Mrd. EUR) auf 17,04 Mrd. EUR zurückgegangen. 2021 erreichte sie dagegen mit 20,56 Mrd. EUR einen neuen Höchstwert. Auch hier gilt, dass durch die gewährten Erleichterungen ein Teil der Zahlungsverpflichtungen des Jahres 2020 erst im Jahr 2021 zu leisten waren.

Höchste Gemeindliche Steuerkraft pro Kopf in Frankfurt und München, geringste in Duisburg

2021 lag die Gemeindliche Steuerkraft in Deutschland bei 1.117 EUR/Kopf. Im Großstädtevergleich ist der Wert mit 1.378 EUR/Kopf um 261 EUR bzw. 23,3 Prozent deutlich höher. Wie die Gemeindliche Steuerkraft insgesamt ist auch die pro Kopf im Großstädtevergleich von 2019 (1.237 EUR/Kopf) auf 2020 (1.152 EUR/Kopf) zunächst gesunken und 2021 dann auf den eben genannten Wert von 1.378 EUR/Kopf deutlich gestiegen. Wie Abbildung 55 zeigt gibt es 2021 die höchste Gemeindliche Steuerkraft in Frankfurt (2.388 EUR/Kopf) und München (2.199 EUR/Kopf), mit Abstand folgt auf Rang 3 Düsseldorf (1.751 EUR/Kopf). Die geringsten Werte werden in Duisburg (781 EUR/Kopf), Leipzig (827 EUR/Kopf) und Dresden (899 EUR/Kopf) erreicht, Hannover liegt mit 1.336 EUR/Kopf im Mittelfeld.

Hannover 2021 beim Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer auf Rang 8, beim Gemeindeanteil an der Einkommensteuer auf Rang 10

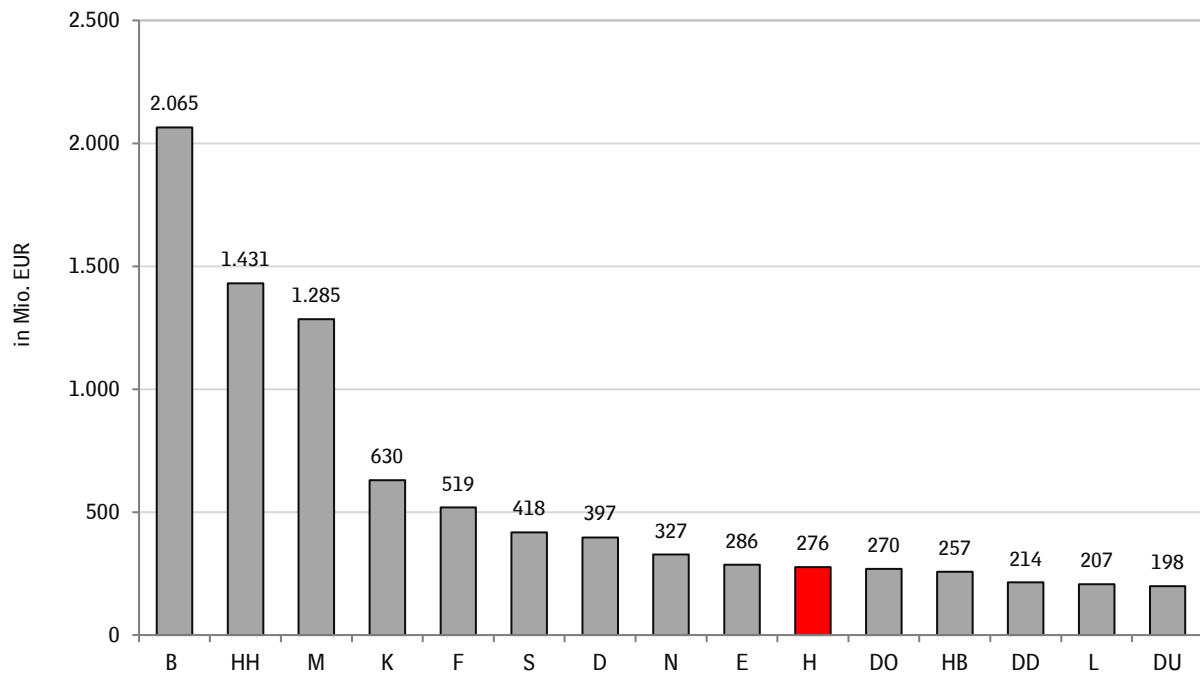
Den Gemeinden in Deutschland stehen Anteile des Umsatzsteueraufkommens – reduziert um Ausgleichszahlungen an den Bund – zu. 2021 erzielte Berlin mit 363,16 Mio. EUR den höchsten **Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer** vor München (346,19 Mio. EUR) und Hamburg (346,09 Mio. EUR), Duisburg mit 56,77 Mio. EUR den geringsten hinter Dresden (66,04 Mio. EUR) und Leipzig (71,95 Mio. EUR). Hannover liegt auf Rang 8 mit 102,95 Mio. EUR (vgl. Abb. 56).

Die Einkommensteuer ist eine Personensteuer. Der **Gemeindeanteil an der Einkommensteuer** ist der Anteil, der den Gemeinden vom Aufkommen an Lohn- und veranlagter Einkommensteuer und an Kapitalertragsteuer im jeweiligen Bundesland (nach Zerlegung) zusteht. 2021 war die Summe in Berlin mit 2,06 Mrd. EUR deutlich am höchsten vor Hamburg (1,43 Mrd. EUR) und München (1,28 Mrd. EUR) (vgl. Abb. 57). Schlusslicht ist Duisburg (198,40 Mio. EUR) hinter Leipzig (206,51 Mio. EUR) und Dresden (213,96 Mio. EUR) (Hannover: Rang 10 mit 276,35 Mio. EUR).

Für 2022 in Hannover mit Rückgang der Gewerbesteuer um 10 Prozent auszugehen

Aktuell zeichnet sich für das Jahr 2022 in Hannover eine leichte Verbesserung bei den Anteilen der Einkommensteuer ab. Aufgrund Anpassungen in der Verteilungssystematik von Bundesmitteln an die Kommunen ist die Umsatzsteuer leicht rückläufig. Die Grundsteuern A und B bewegen sich nahezu auf Vorjahresniveau. Bei der Gewerbesteuer ist derzeit in Hannover von einem Rückgang gegenüber dem Vorjahr von mehr als 10 Prozent auszugehen.

Abbildung 57:

Gemeindeanteil an der Einkommensteuer in ausgewählten deutschen Großstädten 2021

Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 14, Reihe 10.1
Landesamt für Statistik Niedersachsen

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1:	Bevölkerungsentwicklung in ausgewählten deutschen Großstädten vom 31.12.2011 bis zum 31.12.2021 (Index 2011 = 100)	11
Abbildung 2:	Bevölkerungsentwicklung in ausgewählten deutschen Großstädten 2021, 2020 und 2019	11
Abbildung 3:	Natürlicher Saldo aus Geburten und Sterbefällen in ausgewählten deutschen Großstädten 2021, 2020 und 2019	13
Abbildung 4:	Wanderungssaldo aus Zuzügen und Fortzügen der 15 größten deutschen Städte insgesamt sowie unterteilt nach Auslands- und Inlandssaldo 2010 bis 2021	13
Abbildung 5:	Absolute und relative Entwicklung genehmigter Wohnungen in den 15 größten deutschen Städten 2020 gegenüber 2021	15
Abbildung 6:	Baugenehmigungsintensität: Genehmigte Wohnungen je 1.000 Einwohner*innen in den 15 größten deutschen Städten 2021 und 2019	15
Abbildung 7:	Veränderung der Baufertigstellungen (absolut und relativ) in den 15 größten deutschen Städten 2021 gegenüber 2020	17
Abbildung 8:	Bauintensität in den 15 größten deutschen Städten 2021 gegenüber 2020	17
Abbildung 9:	Inserierte Mieten für Kleinwohnungen bis 30 Quadratmeter und WG-Zimmer (inkl. 20 % für Nebenkosten, kalkulatorisch) in den 12 größten deutschen Städten 2022	19
Abbildung 10:	Entwicklung inserierter Mieten für Kleinwohnungen bis 30 Quadratmeter und WG-Zimmer (inkl. 20 % für Nebenkosten) in den 12 größten deutschen Städten 2010 zu 2022	19
Abbildung 11:	Entwicklung der Arbeitslosenquote (bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen) im ungewichteten Schnitt der 15 größten deutschen Städte von Juni 2012 bis Juni 2022	21
Abbildung 12:	Arbeitslosenquote (bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen) in ausgewählten deutschen Großstädten im Juni 2022 gegenüber Juni 2019	21
Abbildung 13:	Saldo aus Gewerbean- und -abmeldungen in ausgewählten deutschen Großstädten 2021, 2020 und 2019	23
Abbildung 14:	Verteilung der Gewerbean- und -abmeldungen nach Arten im Großstädtevergleich 2021	23
Abbildung 15:	Kaufkraftindex je Einwohner*in (Deutschland = 100) in ausgewählten deutschen Großstädten 2022	25
Abbildung 16:	Bruttoinlandsprodukt je erwerbstätiger Person in ausgewählten deutschen Großstädten 2020, 2019 und 2018	25
Abbildung 17:	Die 12 meistfrequentierten innerstädtischen Einkaufsstrassen in ausgewählten deutschen Großstädten 2022, 2021, 2020 und 2019	27
Abbildung 18:	Entwicklung der monatlichen Zahl der Passant*innen am Standort Georgstraße in der City von Hannover von 2019 bis 2022	27
Abbildung 19:	Einzelhandelsumsatz pro Kopf in ausgewählten deutschen Großstädten 2022 gegenüber 2021	29
Abbildung 20:	Entwicklung der monatlichen Ladenmieten im Geschäftskern 1A-Lage für kleine Geschäfte (ca. 60 m ² , ebenerdig, netto kalt) in ausgewählten deutschen Großstädten von 2020 bis 2022	29
Abbildung 21:	Einbürgerungen ausländischer Personen in den 15 größten deutschen Städten (Summe) 2011 bis 2021	31
Abbildung 22:	Anteil der Einbürgerungen mit ehemaliger Staatsangehörigkeit Nicht EU-Staaten und EU-Staaten in ausgewählten deutschen Großstädten 2016 bis 2021 (Summe)	31
Abbildung 23:	Entwicklung der Zahl der Krankenhäuser und der aufgestellten Krankenhausbetten in der LH Hannover 2009 bis 2020	33
Abbildung 24:	Entwicklung der Zahl der aufgestellten Krankenhausbetten nach Fachabteilungen in den 15 größten deutschen Städten 2009 bis 2020 (Index 2009 = 100)	33

Abbildung 25:	Anteil der Wohngeldhaushalte an allen privaten Haushalten in ausgewählten deutschen Großstädten am 31.12.2021	35
Abbildung 26:	Durchschnittlicher monatlicher Wohngeldanspruch insgesamt in ausgewählten deutschen Großstädten am 31.12.2021	35
Abbildung 27:	Leistungsbeziehende pro 1.000 Einwohner*innen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz in ausgewählten deutschen Großstädten am 31.12.2021 und 31.12.2020	37
Abbildung 28:	Transferleistungsempfänger*innen pro 1.000 Einwohner*innen (Transferleistungsdichte) in ausgewählten deutschen Großstädten am 31.12.2021	37
Abbildung 29:	Transferleistungsquote (Anteil Leistungsbeziehende an der Bevölkerung in Prozent) in ausgewählten deutschen Großstädten am 31.12.2021	39
Abbildung 30:	Dichte der Regelleistungsberechtigten nach dem SGB II pro 1.000 Einwohner*innen unter 65 Jahren in ausgewählten deutschen Großstädten am 31.12.2021	39
Abbildung 31:	Studierende in ausgewählten deutschen Großstädten in den Wintersemestern 2021/2022, 2020/2021 und 2019/2020	41
Abbildung 32:	Zahl der Hochschulstandorte in ausgewählten deutschen Großstädten im Wintersemester 2021/2022	41
Abbildung 33:	Entwicklung der Volkshochschulstatistik in den 15 größten deutschen Städten 2011 bis 2021	43
Abbildung 34:	Kinobesuche je Einwohner*in in den 15 größten deutschen Städten 2007 bis 2021	45
Abbildung 35:	Kinobesuche je Einwohner*in in ausgewählten deutschen Großstädten 2021	45
Abbildung 36:	Rückgang der Zahl der Besuche, Veranstaltungen und angebotenen Plätze der öffentlichen Theater in ausgewählten deutschen Großstädten in der Spielzeit 2020/2021 gegenüber 2019/2020	47
Abbildung 37:	Besuche in privaten Theatern in ausgewählten deutschen Großstädten in den Spielzeiten 2019/2020 und 2020/2021	47
Abbildung 38:	Ergebnis des ADFC Fahrradklima-Tests 2022 nach Schulnoten in ausgewählten deutschen Großstädten	49
Abbildung 39:	Die vier am besten und am schlechtesten bewerteten Aspekte im ADFC-Fahradklima-Test 2022 nach Schulnoten in Hannover	49
Abbildung 40:	Entwicklung der Benotung der vier am besten und am schlechtesten bewerteten Aspekte 2022 sowie der Gesamtnote im ADFC-Fahradklima-Test in Hannover 2012 bis 2022	51
Abbildung 41:	Carsharing-Fahrzeuge je 100.000 Einwohner*innen unterteilt nach stationsunabhängigen und stationsbasierten Angeboten in ausgewählten deutschen Großstädten 2022	51
Abbildung 42:	Carsharing-Fahrzeuge je 100.000 Einwohner*innen in ausgewählten deutschen Großstädten 2022, 2017 und 2013	53
Abbildung 43:	Relativer Anstieg der Zahl der Personenkraftwagen in ausgewählten deutschen Großstädten von 2011 bis 2021	53
Abbildung 44:	Anteil der gewerblichen Pkw-Halter*innen (gegenüber privaten) in ausgewählten deutschen Großstädten 2021	55
Abbildung 45:	Beherbergungsbetriebe in ausgewählten deutschen Großstädten 2021	57
Abbildung 46:	Durchschnittliche touristische Aufenthaltsdauer in ausgewählten deutschen Großstädten 2021 gegenüber 2019	57
Abbildung 47:	Durchschnittliche touristische Bettenauslastung in ausgewählten deutschen Großstädten 2021 gegenüber 2019	59
Abbildung 48:	Tourismusintensität in ausgewählten deutschen Großstädten 2021 gegenüber 2019	59
Abbildung 49:	Aufklärungsquote aller Straftaten in ausgewählten deutschen Großstädten 2021	61
Abbildung 50:	Kriminalitätsrate (Straftaten insgesamt je 100.000 Einwohner*innen) in ausgewählten deutschen Großstädten 2021	61
Abbildung 51:	Wohnungseinbrüche in ausgewählten deutschen Großstädten 2021, 2020 und 2019	63

Abbildung 52:	Erfasste Fälle von Straftaten nach Deliktgruppen in Hannover 2022, 2021 und 2020	63
Abbildung 53:	Gewerbesteuerumlage in ausgewählten deutschen Großstädten 2021	65
Abbildung 54:	Realsteuerkraft zusammen und darunter Realsteuerkraft Gewerbesteuer in ausgewählten deutschen Großstädten 2021	65
Abbildung 55:	Gemeindliche Steuerkraft je Einwohner*in in ausgewählten deutschen Großstädten 2021 gegenüber 2020 und 2019	67
Abbildung 56:	Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer in ausgewählten deutschen Großstädten 2021	67
Abbildung 57:	Gemeindeanteil an der Einkommensteuer in ausgewählten deutschen Großstädten 2021	69

Schriften zur Stadtentwicklung

- Band 143 Lagebericht zur Stadtentwicklung 2022 – Hannover Juli 2023
- Band 142 Lagebericht zur Stadtentwicklung 2021 – Hannover Juli 2022
- Band 141 Repräsentativerhebung 2021 – Innenstadt und Mobilität – Hannover November 2021
- Band 140 Wanderungen der Landeshauptstadt Hannover – Hannover September 2021
- Band 139 Lagebericht zur Stadtentwicklung 2020 – Hannover Juli 2021
- Band 138 Wohnungsmarktbeobachtung in den Stadtteilen der Landeshauptstadt Hannover 2020 – Hannover Juni 2021
- Band 137 Wohnungsmarktbeobachtung 2019 – Hannover November 2020
- Band 136 Lagebericht zur Stadtentwicklung 2019 – Hannover November 2020
- Band 135 Repräsentativerhebung 2019 – Sonderauswertung nach Soziodemografie und Stadtteilen – Hannover Oktober 2020
- Band 134 Bevölkerungsprognose für die Region Hannover, die Landeshauptstadt Hannover und die Städte und Gemeinden des Umlands 2019 bis 2030 – Hannover Januar 2020
- Band 133 Repräsentativerhebung 2019 – Gesamtergebnis und Vergleichsdaten aus früheren Erhebungen – Hannover Januar 2020
- Band 132 Lagebericht zur Stadtentwicklung 2018 – Hannover Mai 2019
- Band 131 Lagebericht zur Stadtentwicklung 2017 – Hannover Mai 2018
- Band 130 Kleinräumige Wohnungsmarktbeobachtung in der Landeshauptstadt Hannover – Auswertung der Angebote von Mietwohnungen und Wohnimmobilien in Hannover 2012 bis 2017 – Hannover Mai 2018
- Band 129 Wanderungsmotivbefragung 2017 – Innerstädtische Wanderungen – Hannover April 2018
- Band 128 Lagebericht zur Stadtentwicklung 2016 – Hannover Juni 2017
- Band 127 Kleinräumige Wohnungsmarktbeobachtung in der Landeshauptstadt Hannover 2015/2016 – Hannover November 2016
- Band 126 Repräsentativerhebung 2015 – Sonderauswertung nach Soziodemografie und Stadtteilen – Hannover November 2016
- Band 125 Lagebericht zur Stadtentwicklung 2015 – Hannover Juni 2016
- Band 124 Repräsentativerhebung 2015 – Gesamtergebnis und Vergleichsdaten aus früheren Erhebungen – Hannover März 2016
- Band 123 Lagebericht zur Stadtentwicklung 2014 – Hannover Juli 2015
- Band 122 Repräsentativerhebung Familien in Hannover – Sonderauswertung, Ergebnisse differenziert nach Stadtteilen – Hannover Juli 2015
- Band 121 Repräsentativerhebung Familien in Hannover – Hannover November 2014
- Band 120 Bevölkerungsprognose für die Region Hannover, die Landeshauptstadt Hannover und die Städte und Gemeinden des Umlands 2014 bis 2025/2030 – Hannover August 2014
- Band 119 Lagebericht zur Stadtentwicklung 2013 – Hannover Juli 2014
- Band 118 Kommunale Wohnungsmarktbeobachtung in der Landeshauptstadt Hannover – Wohnungsleerstandsanalyse 2012 und 2013 – Hannover November 2013
- Band 117 Kommunale Wohnungsmarktbeobachtung in der Landeshauptstadt Hannover – Preisdatenanalyse für Mietwohnungen und Immobilien 2012 – Hannover Juni 2013
- Band 116 Lagebericht zur Stadtentwicklung 2012 – Hannover April 2013
- Band 115 Repräsentativerhebung 2011 – Sonderauswertung – Ergebnisse in Differenzierung nach Soziodemographie und Stadtteilen – Hannover Dezember 2012
- Band 114 Kleinräumige Wohnungsmarktbeobachtung in der Landeshauptstadt Hannover 2011 – Hannover September 2012
- Band 113 Wanderungen in der Landeshauptstadt Hannover, Wanderungen zwischen den Stadtteilen, Wanderungen mit dem Umland und Außenwanderungen – Hannover Juni 2012
- Band 112 Bevölkerungsprognose für die Region Hannover, die Landeshauptstadt Hannover und die Städte und Gemeinden des Umlands 2012 bis 2020/2025 – Hannover März 2012

- Band 111 Repräsentativerhebung 2011 – Gesamtergebnis und Vergleichsdaten aus früheren Erhebungen – Hannover Februar 2012
- Band 110 Repräsentativerhebung Wohnen in Hannover – Hannover Dezember 2011
- Band 109 Lagebericht zur Stadtentwicklung 2010 – Hannover Juli 2011
- Band 108 Lagebericht zur Stadtentwicklung 2009 – Hannover September 2010
- Band 107 Kleinräumige Entwicklung des Wohnungsmarktes in der Landeshauptstadt Hannover – Hannover Juni 2009
- Band 106 Repräsentativerhebung 2008 – Sonderauswertung – Ergebnisse in Differenzierung nach Soziodemographie und Stadtteilen – Hannover Dezember 2009
- Band 105 Lagebericht zur Stadtentwicklung 2008 – Hannover Juni 2009
- Band 104 Repräsentativerhebung 2008 – Gesamtergebnis und Vergleichsdaten aus früheren Erhebungen – Hannover Juni 2009
- Band 103 Anzeigenauswertung des Wohn- und Immobilienmarktes der Landeshauptstadt Hannover 2008 – Hannover November 2008
- Band 102 Einwohnerentwicklung 2007 bis 2015/2020 – Hannover Juli 2008
- Band 101 Lagebericht zur Stadtentwicklung 2007 – Hannover Juni 2006
- Band 100 Repräsentativerhebung – Leben und Wohnen im Alter – Hannover Februar 2009
- Band 99 Kleinräumige Analyse des Wohnungsmarktes der Landeshauptstadt Hannover 2007 – Hannover Februar 2008
- Band 98 Wohnungsleerstandsanalyse 2006 der Landeshauptstadt Hannover – Hannover November 2006
- Band 97 Lagebericht zur Stadtentwicklung 2005 – Hannover April 2006
- Band 96 Repräsentativerhebung 2005 – Gesamtergebnis und Vergleichsdaten aus früheren Erhebungen – Hannover Februar 2006
- Band 95 Wanderungsbefragung 2005 – Innerstädtische Wanderungen – Hannover Januar 2006
- Band 94 Kleinräumige Analyse des Wohnungsmarktes der Landeshauptstadt Hannover – Hannover Juni 2005
- Band 93 Lagebericht zur Stadtentwicklung 2003 – Hannover März 2004
- Band 92 Einwohnerentwicklung 2000 bis 2010 – Prognosen für die Region, die Landeshauptstadt Hannover und die Städte und Gemeinden des Umlandes – Hannover Dezember 2002
- Band 91 Lagebericht zur Stadtentwicklung 2002 – Hannover Dezember 2002
- Heft 90.1 Repräsentativerhebung 2002 – Sonderauswertung zum Thema Lebensbedingungen und persönliche Lebensqualität im Wohnquartier – Hannover März 2003
- Band 90 Repräsentativerhebung 2002 – Erste Ergebnisse mit Vergleichsdaten aus früheren Erhebungen – Hannover November 2002
- Band 89 Wanderungsbefragung 2001 – Hannover und andere Großstädte aus der Sicht von Zu- und Fortgezogenen – Hannover August 2002
- Band 88 Dokumentation zur Fachtagung Fundraising – Hannover März 2002
- Band 87 Wohnungsmarkt 2001 – Eine Analyse der Wohnungsmarktsituation in der Landeshauptstadt Hannover – Hannover Februar 2002
- Band 86 Wanderungsbefragung 2001 – Wanderungen zwischen Stadt und Landkreis Hannover – Hannover Dezember 2001
- Band 85 Lagebericht zur Stadtentwicklung 2001 – Hannover November 2001
- Heft 84.1 Repräsentativerhebung 1999 – Sonderauswertung zum Thema Innenstadt – Hannover November 2000
- Band 84 Repräsentativerhebung 1999 – Gesamtergebnis und Vergleichsdaten aus früheren Erhebungen – Hannover Mai 2000
- Band 83 Die Landeshauptstadt Hannover auf dem Weg in die Informationsgesellschaft – Hannover April 2000
- Band 82 Lagebericht zur Stadtentwicklung 1999 – Hannover November 1999
- Band 81 Wohnungspolitischer Handlungsrahmen 2010 – Dokumentation einer Fachtagung der LHH am 14.12.1998 – Hannover Juli 1999
- Heft 80.12 Dialog zur Stadtentwicklung – Leitthema Demokratische Teilhabe – Zukunftskonferenz „Sahlkamp 2010“ – Dokumentation – Hannover Dezember 2002
- Heft 80.11 Dialog zur Stadtentwicklung – Leitthema Demokratische Teilhabe – Kurzberichte 3 – Lokale Demokratie und Schule, Erste Wahl mit 16 – Schülerinnen und Schüler fit machen für die Kommunalwahl – Hannover Januar 2002

Band 1 bis 80.10 vergriffen